

Kriegsmarxismus

Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August

Beleuchtet von
KARL KAUTSKY

Preis K 2.40 (Mk. 1.50)

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI, Gumpendorferstraße 18

[1918, 86 S. Quelle: <http://catalog.hathitrust.org/Record/001341908>]

Inhalt

	Seite [original]
Vorwort	3
1. Einige Kleinigkeiten	5
2. Die Sozialisierung des Eigentums	12
a) Vom Gutshof zum Bahnhof	12
b) Die Sozialisierung der Landwirtschaft	15
c) Die Nationalisierung des Kapitals durch die Aktie	20
3. Staat und Wirtschaftsgebiet	26
a) Das Wirtschaftsgebiet als Verkehrsgebiet	26
b) Das Wirtschaftsgebiet als sich selbst genügende Gebiet	33
c) Nationalitätenstaat und Kolonialstaat	40
d) Der Freihandel	45
4. Die Durchstaatlichung der Wirtschaft	53
a) Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1878	53
b) Kriegswirtschaft	59
c) Staatssozialismus	68
5. Organisation und Sozialismus	71
a) Organisation und Staat	71
b) Organisation und Krieg	75
c) Organisation und Kapital	79
d) Organisation und Klassenkampf	83

Vorwort.

Das Buch Renners, das die vorliegende Schrift veranlasste, erschien schon im Frühsommer des vorigen Jahres. Es lenkte sofort meine Aufmerksamkeit auf sich, sowohl wegen seines Stoffes wie wegen seines Verfassers. Aber zunächst war ich in Anspruch genommen durch meine Arbeiten über die „Befreiung der Nationen“, „Serbien und Belgien“, „Elsass-Lothringen“, die ich im Sommer 1917 verfasste.

Im September hatte ich letztere beendet und machte mich nun an die Auseinandersetzung mit Renner. Dazu fand ich bald ausreichend Zeit, nachdem der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratie mich meuchlings aus der Redaktion der „Neuen Zeit“ entfernt hatte, die von mir mit Dietz 1882 gegründet und 1901 der Deutschen Sozialdemokratie abgetreten worden war.

Ich hatte beabsichtigt, meine Kritik Renners in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen. Daraus wurde nun nichts. Doch wurde ich dadurch auch der Rücksicht auf den beschränkten Raum der Zeitschrift enthoben und legte daher die Darstellung etwas breiter an, als ich ursprünglich geplant. „Trotzdem war die Arbeit Ende November druckfertig.

Wenn sie erst jetzt erscheint, so liegt das also keineswegs daran, dass die Rennerschen Ideen mir besondere Kopfschmerzen verursachten, sondern nur daran, dass die außergewöhnlichen Zeitläufte der Fertigstellung in Druck einige Monate lang äussere Hindernisse in den Weg legten.

Seit der Niederschrift meiner Kritik Renners haben die Ereignisse an der von ihm verfochtenen Politik des 4. August bereits starke Kritik geübt. Die Urheber dieser Politik haben selbst jede Freude an ihr verloren, trotzdem scheint mir eine theoretische Kritik der Rennerschen Anschauungen immer noch am Platze. Denn das Ansehen, das diese in manchen sozialistischen Kreisen zeitweise gewannen, deutet auf eine weit verbreitete Unklarheit über die von Renner behandelten Fragen des Wirtschaftsgebietes, des Staates, der Organisation hin. Das Ergebnis solcher Unklarheit mag durch die praktische Kritik der Tatsachen ad absurdum geführt werden, damit wird jedoch nur die schon bestehende Unsicherheit noch vermehrt, wenn nicht gleichzeitig theoretische Kritik Klarheit bringt.

Diese unerlässliche Klärung herbeizuführen, das ist die Aufgabe meiner Arbeit.

April 1918.

K. Kautsky.

1. Einige Kleinigkeiten.

Der politische Kurs, der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August 1914 eingeschlagen wurde, ist über eine gewisse Zweideutigkeit nicht hinausgekommen. Er wollte etwas ganz Neues und doch nur die Fortsetzung des Weges darstellen, den die Sozialdemokratie ein halbes Jahrhundert lang mit grösster Konsequenz verfolgt hatte. Die Politik des 4. August wollte das Vertrauen der Regierungen und der bürgerlichen Parteien gewinnen und gleichzeitig das der Arbeitermassen erhalten, das nur durch die unbeugsamste oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie gewonnen worden war.

Dieser Zweideutigkeit in der Stellung entspricht auch eine Zwiespältigkeit in der Art, wie die Politik des 4. August begründet wird.

Man beruft sich zu ihrer Rechtfertigung auf Marx, Engels, Bebel, Liebknecht; erklärt, die jetzige Haltung mache nur wahr, was wir immer betont haben, und zugleich verwirft man unsere bisherigen Grundsätze als überholt. Marx und Engels, Bebel und Liebknecht hätten zu ihrer Zeit recht gehabt, aber seitdem habe sich alles geändert und unsere Aufgabe sei es, umzulernen und den neuen Tatsachen Rechnung zu tragen, nicht die alten Dogmen gedankenlos nachzubeten. Diese beiden Arten der Begründung heben einander zwar auf, aber das tut nichts.

Die Umlerner traten sehr entschieden auf, sahen verächtlich auf die „orthodoxen“ Marxisten herab, mussten aber selbst zugeben, dass ihren neuen Ideen jede eigene theoretische Grundlage fehle.

Nun hoffen sie eine solche gewonnen zu haben in *Karl Renners* neuestem Buche über „*Marxismus, Krieg und Internationale*“ (Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus. Stuttgart I. H. W. Dietz, 1917, XII, 384 S.), eine Sammlung von Artikeln, die im Laufe des Krieges im „Kampf“ und der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen sind.

Renner ist sicher neben Cunow der bedeutendste theoretische Kopf der Umlerner, und er genießt dabei den Vorzug, eine achtungswürdige Persönlichkeit zu sein, kein charakterloser Streber, der Ueberzeugungen ebenso rasch zu wechseln versteht wie Hemden. In langem Ringen ist Renner allmählich zu seinen jetzigen Anschauungen gekommen. Er hat sich durch sie in Gegensatz zu uns gestellt, obwohl er früher auf unserer Seite stand, jedoch können wir die Keime seiner jetzigen Anschauungen schon in seinen früheren Schriften entdecken. Der Krieg hat diese Keime nur stärker entwickelt und dadurch dasjenige, das uns mit ihm verband, in den Hintergrund gedrängt. Es ist zum Teil unsere eigene Schuld, wenn wir diese Keime des Gegensatzes früher übersahen oder als blosse Rudimente der Vergangenheit betrachteten. Und weil die Keime zu dem Gegensatz schon da waren, weil dieser dem inneren Wesen des Mannes und nicht äusseren Anstößen entspringt, gehört Renner auch nicht zu den Renegaten und hält sich frei von üblen Renegatenmanieren.

Renners Buch ist der erste Versuch einer theoretischen Begründung der Politik des 4. August. Als solches verdient es eingehende Beachtung. Aber damit sei nicht gesagt, dass es seinen jetzigen Standpunkt begreiflich macht.

Darüber werden wir ausführlich handeln müssen. Bevor wir uns auf die sachliche Untersuchung einlassen, seien jedoch einige Kleinigkeiten erwähnt, die für die Frage der sachlichen Richtigkeit des Rennerschen Standpunktes unerheblich sind, aber doch die Eigenart seines Buches kennzeichnen und uns noch weniger begreiflich erscheinen als dieser Standpunkt selbst.

Renners Arbeit bildet vornehmlich eine Kritik des bisherigen Marxismus, aber merkwürdigerweise lässt sie nirgends erkennen, gegen wen sie sich eigentlich richtet. Sie wimmelt von Ausfällen gegen die „Vulgärmarxisten“. und doch findet sich in dem ganzen Buche nicht ein Satz, nicht ein Name genannt, der uns Aufschluss darüber gäbe, wen er unter diesem wegwerfenden Ausdruck versteht. Der Leser wird mit keinem Worte darüber unterrichtet, wem die Kritik eigentlich gilt.

Es ist doch nicht anzunehmen, dass Renner mit den „Vulgärmarxisten“

Sozialdemokraten meint, die auf seiner Seite stehen, die Quessel, Lensch, Hänisch oder die Kolb, Cunow, Peus. Sollte er etwa die „Austromarxisten“ darunter verstehen, die Fritz Adler und Max Adler, Otto Bauer und Hilferding, Eckstein und mich? Ich ziehe es vor, in dieser Gesellschaft vulgär, als in jener klassisch zu sein.

Es ist um so weniger möglich, bestimmt zu sagen, wen Renner unter den „Vulgärmarxisten“ versteht, als seine kritischen Bemerkungen nicht sehr präzise sind. Oft übt er Kritik Kriegsmarxismus nur indirekt aus in der Weise, dass er eine Selbstverständlichkeit mit grösstem Nachdruck gegen einen supponierten Feind verteidigt und dadurch dem Leser den Glauben beibringt, dieser Feind sei wirklich vorhanden und in den Reihen der Renner feindlichen Marxisten zu finden.

So ruft er auf Seite 33:

„Was ich bestreite, ist die Richtigkeit der Annahme, jedes Proletariat jedes Landes könne zu jeder Stunde jeden beliebigen Staat übernehmen und mit der jeweils gegebenen Bureaucratie sozialisieren.“

Und Seite 315 heisst es:

„Wer etwa weiss, wie schwer es ist, tüchtige Werkstättenvertrauensmänner zu ihren nächsten Pflichten zu erziehen, bleibt frei von dem Aberglauben an das Dekret, das die soziale Verfassung ganzer Reiche über Nacht umkehren könne.“

Ebensogut könnte Renner darauf hinweisen, dass langjährige praktische Erfahrungen ihm unzweifelhaft erwiesen hätten, zweimal zwei sei vier, und dass sie ihn vor dem Aberglauben bewahrten, zweimal zwei sei fünf.

Wo und wann und von wem ist jemals erklärt worden, jedes Proletariat jedes Landes könne zu jeder Stunde jeden beliebigen Staat übernehmen?

Auf Seite 31 behauptet Renner, diese Anschauung werde verfochten von „Marxisten, die ganze Sätze, ganze Seiten von Marx hersagen wie ein Zauberer seine Formeln“, aber damit erfuhren wir noch immer nicht, wer jene Marxisten sind.

In die gleiche Kategorie gehört es, wenn Renner uns des öfteren belehrt, dass „wir Marxisten allesamt besser daran tun, statt uns mit alten Zitaten zu bewerten, den Staat und das Recht zu studieren“. (S. 36. vgl. S. 6, 20.)

Renner hat ja so recht! Aber wer wird ihm diese Weisheit bestreiten? Andererseits wird er aber doch nicht behaupten wollen, dass man kein wissenschaftliches Buch jemals zitieren darf. Es kommt doch nur auf das Wann und Wie an. Renner selbst beruft sich in seinem Buche sehr oft auf Marx. Freilich, ohne ihn wörtlich zu zitieren.

Sollte in der genauen Angabe einer Quelle der Fehler liegen? Zitate können natürlich das Studium der Wirklichkeit nie ersetzen. Aber die Äusserungen eines Mannes, der die Wirklichkeit besonders tief erfasst hat, können als *Wegweiser* und Fingerzeige andere Forscher bei ihren Studien auf manchen Weg aufmerksam machen, den sie ohne diese Äusserungen übersehen hätten. Sollte es Marxisten geben, die Marx-Zitate nicht als Wegweiser für die Erforschung der Wirklichkeit ansehen, sondern als *Beweise*, die das Studium ersetzen, dann hat Renner ein Recht, sich gegen sie zu wenden. Aber er zeige uns erst, dass es solche Marxisten gibt, ehe er sich daran macht, sie zu belehren.

Nicht besser steht es mit der Erklärung, seit den Tagen des Marxschen „Kapital“ habe sich gar manches geändert. Ja, wer wird denn das bestreiten? Das ist ebenso

selbstverständlich wie die anderen bisher zitierten Wahrheiten, die uns Renner verkündet. Entscheidend ist die Frage, welcher Art diese Aenderungen sind. Darum geht der Streit.

Dieser Frage gilt auch in der Hauptsache das Buch Renners. Da begegnen wir aber einer neuen Sonderbarkeit. Er wird nicht müde, die Probleme aufzuzählen, die seit den Tagen, in denen Marx schrieb, aufgetaucht sind, um dann die schwersten Vorwürfe gegen die Marxisten insgesamt zu richten, die dabei nicht immer genau von den Vulgärmarxisten unterschieden werden; Vorwürfe, weil sie diese Probleme nicht untersucht und gelöst haben.

Auf Seite 35 werden die „Jünger“ angeklagt, dass sie es versäumt, eine „marxistische Staats- und Rechtslehre zu schaffen“; auf Seite 38, dass sie kein „induktives Lehrbuch der politischen Oekonomie“ verfasst. Auf Seite 44 wird den Marxisten die Aufgabe gestellt, „eine staatliche Theorie der politischen Oekonomie“ zu produzieren, auf Seite 66 die Aufgabe, „die Politik wechselnder Allianzen zu studieren“.

Früher schon klagt er, dass „der Prozess der Nationalisierung des Kapitals . . . von uns Marxisten bisher kaum zur Not untersucht ist“ (S. 17). „Noch fehlt uns Sozialisten eine gründliche Analyse des geschlossenen Wirtschaftsgebietes“ (S. 18), und doch steht dieses „im Brennpunkt des Zeitgeschehens“ (S. 90). Seine Gesetze sind „das ureigenste Studienprogramm des Marxismus unserer Tage“ (S. 114).

Der Prozess der Sozialisierung des Grundeigentums schlägt Bahnen ein, „die bisher von der Schule Marx' noch nicht durchschaut sind“ (S. 71); „die Behandlung des Grundeigentums in der Parteiliteratur ist falsch und einseitig“ (S. 72). „Eine der dringendsten Aufgaben der marxistischen Theorie ist die genaue Durchforschung der Klassengegensätze höherer Ordnung“ (S. 121), nämlich der ökonomischen Gegensätze zwischen den Staaten:

„Da unsere Theorie die Fortbildung zum Wirtschaftsgebiet übersehen hat, ist sie niemals dazu gekommen, ein allgemein anerkanntes System der *Handelspolitik* zu entwerfen. Nachträglich empfinden wir diesen Mangel, wir helfen uns mit den abgelegten Schlagworten der bürgerlichen Freihandelsbewegung! Ein beschämender Ausweg! Ebenso entbehren wir einer halbwegs brauchbaren Erforschung des *Völkerrechtes* und behelfen uns bald mit pazifistischen, bald mit patriotischen Schlagwörtern— ein ebenso beschämender Ausweg. Das gänzliche Fehlen einer theoretischen Orientierung über den Zusammenhang der Wirtschaftsgebiete und über eine mögliche und wahrscheinliche Entwicklungsrichtung, deren Stadien und Ziele, hat uns dahin gebracht, in der jetzigen, vielleicht entscheidenden Wirtschaftsumwälzung uns entweder an den Status quo ante zu halten und auf die allerreaktionärste Formel zu schwören, oder aber von dem morgigen Tage sofort das Tausendjährige Reich zu erwarten und in exaltierte Schwärmerei zu verfallen, eine Hilflosigkeit, die für Vertreter des ökonomischen Historismus geradezu blamabel ist. Unsere Geschichtstheorie, die kraft ihrer ökonomischen Fundierung hätte die erleuchtetste sein müssen, hat mit dem grössten bisherigen Geschichteereignis nichts anzufangen gewusst, als ihm die Beichtvaterfrage nach individueller Schuld und Sühne zu stellen. Von den tatsächlich geltenden Daseins- und Beziehungsgesetzen der Staaten besitzen wir eben keine durchgebildete Lehre, obwohl wir den Schlüssel dazu schon lange, in den Händen halten!“

„Erst wenn diese Dinge methodisch untersucht sind, wird die Bahn frei sein für eine Theorie der ökonomischen Entwicklung der Welt auf unserer Stufe.“ (S. 122, 123.)

Die Zitate dieser Art liessen sich noch unendlich vermehren. Die Liste der „Versäumnisse“, die die Schule von Karl Marx auf dem Gewissen hat, ist bei Renner eine ungeheure. Wären seine Vorwürfe begründet, sie müssten die ganze Marxsche Schule zermalmen. In Wirklichkeit machen sie einen komischen Eindruck, wenigstens auf mich.

Ich bin abgehärtet gegen sie, denn sie kommen mir sehr bekannt vor.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem mir nicht die dringende Aufforderung zugeht, sofort eine Lücke in der marxistischen Literatur auszufüllen, eine Weltgeschichte auf materialistischer Grundlage abzufassen, eine Grundlegung der Steuerpolitik, eine Soziologie, eine Staatslehre und noch manches andere. Diese Aufforderungen sind nicht tragisch zu nehmen, im Gegenteil, sie erfreuen mich, denn sie bezeugen einen starken unstillbaren Drang nach Wissen derjenigen, die sie äussern. Ich betrachte sie nicht als Vorwürfe, denn sie kommen ausnahmslos von naiven jungen Leuten, die keine Ahnung von den Bedingungen und Schwierigkeiten wissenschaftlicher Arbeit haben.

Hier wird uns aber ein umfangreiches Aufgabenheft präsentiert von einem Manne, der selbst wissenschaftlich arbeitet. Da darf man denn wohl mit der Gegenfrage antworten : Warum lösest du selbst keine von allen den Aufgaben, die du uns stellst?

Es kann in der Wissenschaft unter Umständen schon ein Verdienst sein, eine Frage zu formulieren, auch wenn man sie nicht beantwortet.

Die blosse Fragestellung ist jedoch bloss dann wissenschaftlich wertvoll, wenn die Beantwortung der Frage zurzeit noch nicht möglich ist, wenn erst die Vorarbeiten dazu geleistet werden müssen. In diesem Falle aber wäre es .sinnlos, die Tatsache, dass die Frage noch nicht beantwortet wurde, eine „beschämende“ oder „blamable“ zu nennen.

Sind aber die Vorarbeiten bereits gemacht, ist bei dem gegebenen Stande des Wissens eine Beantwortung der Frage möglich, dann ist das Ausbleiben der Antwort beschämend und blamabel für denjenigen, der die Frage stellt und für keinen anderen.

Die Wissenschaft ist frei. In ihr geht es nicht so zu, wie in der Schule, wo ein Schulmeister den Schülern Aufgaben stellt und ihnen schlechte Zensuren erteilt, wenn sie die Lösung verabsäumen. In der Wissenschaft behandelt jeder jene Probleme, die ihm bei seinen eigenen Arbeiten aufstossen, nichts verpflichtet ihn, Probleme zu lösen, die ein anderer ihm stellt. Seine Verpflichtung geht bloss dahin, unermüdlich zu forschen und bei keinem Problem, das er in Angriff nimmt, früher zu rasten, ehe er es gründlich untersucht hat.

Lächerlich macht sich in der Wissenschaft bloss derjenige, der Fragen aufwirft, ihre Lösung für möglich und für dringend erklärt, und der, statt sie *selbst* zu lösen, über den beschämenden und blamablen Zustand zetert oder raunzt, um österreichisch zu reden, dass die *anderen* sich nicht mit *seinen* Fragen, sondern mit *anderen* Aufgaben beschäftigen, die sie sich selbst stellen.

Wäre der in Renners Euch beklagte Zustand wirklich beschämend und blamabel, der Vorwurf träfe bloss den Autor selbst.

Er trifft auf keinen Fall uns „Vulgärmarxisten“, weil wir von vornherein Renners ganze Fragestellung bestreiten. Alle, die Aufgaben, die er stellt, die Fragen, die er auf wirft, sind in der Weise, wie er sie vorbringt, Fragen und Aufgaben für ihn, nicht aber für uns, die wir die Dinge ganz anders auffassen, wie sich noch zeigen wird.

Der grosse Fragekasten, der da vor uns ausgeleert wird, ist indes, so seltsam er uns anmutet, doch noch nicht das seltsamste in dem Buche. Noch weit unbegreiflicher ist es, dass Renner zuerst in ausgiebigster Weise versichert, von allen den Fragen, auf die es ankommt, sei keine untersucht, und dass er dann doch sie alle zu beantworten weiss. Er sagt, er stelle seine Ausführungen zur Erörterung:

„Nicht um alleinseligmachende Lösungen zu verkünden, sondern um eirrige quälende Probleme aufzurollen, die nach meiner Meinung erforscht sein müssen, bevor eine zwingende

Antwort möglich ist. Ich stelle Vorfragen und *versuche vorläufige Antworten, weit entfernt davon, sie als bewiesen hinzustellen*, aber noch weiter entfernt, bloss Randnoten als Widerlegung gelten zu lassen." (S. 7.)

Und weiter:

„Man nehme diese kurze Skizze nicht schon für die Forschung, die Absteckung des Gegenstandes im Wege einer vorläufigen Orientierung nicht für seine Darstellung, ich biete keine neue Theorie, sondern entwerfe ein Studienprogramm für Marxisten.“

Wunderbar sind Renners Wege! Er gibt uns seine Antworten, ist aber „weit entfernt davon, sie als bewiesen hinzustellen“.

Welchen Zweck haben denn solche Antworten? Er glaubt sich damit zu helfen, dass er unterscheidet zwischen „vorläufigen“ und „zwingenden Antworten“. Die „vorläufigen“ bedürfen nach seiner Meinung keines Beweises. Derartige Antworten sind aber doch nichts anderes als *unbewiesene Vermutungen*. Er vermeint, uns mit solchen Vermutungen kommen zu dürfen, weil er ja doch, in vorteilhaftem Gegensatz zur „pfäffischen Unduldsamkeit“ der „Vulgärmarxisten“, keine „alleinseligmachenden Lösungen zu verkünden“ gedenke.

Das Wort von den „alleinseligmachenden Lösungen“ kann nichts sein als eine scherzhafte Wendung oder eine leere Verdächtigung. Niemand in der Wissenschaft, auch keiner der „Vulgärmarxisten“, beansprucht, mit „alleinseligmachenden Lösungen“ zu kommen.

Wohl aber gilt, wie schon bemerkt, in der Wissenschaft der Grundsatz, dass man mit der Antwort auf eine Frage erst dann hervortreten soll, wenn man sie gewissenhaft erforscht und auf diese Weise zu einer *gut begründeten*, wenn auch nicht „alleinseligmachenden Lösung“ gekommen ist. „Vorläufige Antworten“, aufs Geratewohl in die Welt geschleudert, gelten in der Wissenschaft nichts.

Wenn nun Renner wenigstens dabeibliebe, in Fortgang seines Buches seine Antworten als „vorläufige“ unbewiesene Vermutungen zu behandeln! Doch unvermerkt verwandeln sich die Vermutungen in Behauptungen, freilich völlig unbewiesene, trotzdem sehr bestimmte Behauptungen. Und diese unbewiesenen Behauptungen werden schliesslich zu den Grundpfeilern eines ganzen politischen Systems, der Politik des vierten August, in deren höchst energischer Verherrlichung das Buch ausklingt.

Sehen wir uns um diese Grundlegung etwas näher an.

2. Die Sozialisierung des Eigentums.

a) Vom Gutshof zum Bahnhof.

Renner verwahrt sich dagegen, dass man seine „vorläufigen Antworten“ mit „blossen Randnoten“ erwidert. Aber dürfen bloss unbewiesene Vermutungen mehr beanspruchen?

Indes ist es zum Glück nicht richtig, dass die Marxsche Schule vor dem Kriege sich um die ganze neuere Entwicklung nicht gekümmert und sich auf das Bewerfen mit Marxschen Buchzitaten beschränkt hat, wie Renner uns anklagt. Sie hat fleissig und eifrig

gearbeitet und Renner mit ihr. Das, was er damals in Gemeinschaft mit den „Vulgärmarxisten“ lernte, hat ihm die Fähigkeit verliehen, die unbewiesenen Vermutungen, die der Krieg in ihm weckte, in einer Weise vorzutragen, dass sie als Ergebnisse tieferer marxistischer Erkenntnis erscheinen.

Dies veranlasst uns, die Erörterung der Rennerschen Auffassung nicht auf blosse Randnoten zu beschränken. Dabei stossen wir freilich auf eine bedeutende Schwierigkeit, die jedoch keineswegs in der durchschlagenden Kraft dieser Auffassungen liegt.

Jede Kritik, die fruchtbar sein soll, muss von einer richtigen Darstellung des Gedankenganges ausgehen, der kritisiert wird. Es ist nie eine leichte Sache, sich in einen fremden Gedankengang hineinzuleben und ihn getreu wiederzugeben.

Bei dem vorliegenden Buche wird dies aber besonders schwierig. Denn hier haben wir es nicht mit einer geschlossenen Ideenentwicklung zu tun, in der ein Gedanke logisch den anderen gebiert, einer den anderen stützt und jeder Begriff um so klarer wird, je weiter man in dem Werke voranschreitet, sondern wir haben es zu tun mit Vermutungen, Einfallen, Andeutungen, die nicht theoretisch entwickelt werden, deren theoretische Entwicklung vielmehr einer imaginären Marxisten-schule der Zukunft zugewiesen wird.

Dabei ist die Auseinandersetzung Renners keineswegs widerspruchsfrei. Da ist es nicht leicht, seinen Gedankengang darzustellen. Um so unerlässlicher erscheint es mir, den Autor bei dieser Wiedergabe ausführlich mit seinen eigenen Worten reden zu lassen. Wir wollen uns die Kritik nicht so bequem machen wie er, der die von ihm Kritisierten nie zitiert, nicht einmal nennt, sondern einfach pauschaliter als „Vulgärmarxisten“ abtut, wobei er es dem Leser überlässt, herauszufinden, auf wen diese Bezeichnung gemünzt sein soll.

Renner geht davon aus, dass seit der Abfassung des „Kapital“ ein halbes Jahrhundert verflossen ist und die Welt sich seitdem erheblich geändert hat.

Das hätten wir nicht beachtet, das habe erst der Krieg gezeigt:

„Ich gestehe, dass die wirtschaftlichen Erscheinungen des Krieges mir die kapitalistische Entwicklung von 1878 bis 1914 erst ganz aufgeheilt haben. Ich werde das Gefühl nicht los, dass wir Marxisten grundwandelnde Änderungen, die sich in diesen 36 Jahren in der Struktur der Gesellschaft vollzogen haben, teils übersehen, teils unterwertet, auf jeden Fall aber der Marxschen Gedankenwelt nicht einverleibt haben. Die kapitalistische Gesellschaft, wie sie Marx erlebt und beschrieben hat, besteht nicht mehr so. Ist jener Wandel in der Gesellschaft erfolgt, so haben wir zwar nicht einen Satz von Marx zu verbessern, wohl aber die alte Marxsche Methode auf eine *neue Gesellschaft* anzuwenden.“ (S. 9.)

Wir leben also in einer ganz neuen Gesellschaft, ohne es zu wissen. Darüber wurden Renners Augen durch den Krieg geöffnet.

Sehen wir zu, welcher Art diese „neue Gesellschaft“ ist.

Zwei Erscheinungen haben sich nach Renners Ansicht seit Marx „grundwandelnd“ geändert: das *Eigentum* und der *Staat*.

Betrachten wir zunächst das Eigentum.

Für Marx und Engels entspringt der proletarische Kampf für den Sozialismus aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung. Die Produktion wird immer mehr Grossbetrieb, gesellschaftlicher Betrieb, ihre Grundlage ist aber immer noch privates, nicht gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln.

In diesem Punkte soll sich nach Renner in den letzten Jahrzehnten eine völlige

Aenderung vollzogen haben. Das private Eigentum sei zu einer öffentlichen Anstalt geworden :

„Diesen Wandel wollen wir hier zunächst bloss veranschaulichen. Mitten auf ihrem geschlossenen Gutsbezirk steht das Schloss einer adeligen Familie.... Das Eigentum ist hier deutlich abgegrenzt, Zutritt Fremden verboten. Jedermann begreift und benennt diese wirtschaftliche Tatsache als Eigentum. ... Dem entgegen stellen wir das auffälligste Beispiel der Entwicklung, eine (nicht verstaatlichte) Eisenbahn. Wir treten in in die Halle -auch das ist genau so bürgerliches Grund- und Hauseigentum — aber niemand denkt daran, er habe fremdes Eigentum betreten...

„In diesem Falle ist offensichtlich, dass das private Eigentum öffentliche Anstalt geworden ist (ohne darum öffentliches Eigentum zu werden), in anderen Fällen sieht man es nicht, obschon das Eigentum seine Anstaltsbeschaffenheit geradezu plakatiert. Der Flickschuster überschreibt seinen Laden mit „Schuhbesohlungsanstalt" und besagt damit: gegen tarifmässige Gebühr erwirbt die ganze Öffentlichkeit die Berechtigung, über meine Dienste zu verfügen...

„Im Kriege ist das, was schon in der Entwicklungslinie gegeben war, jählings zum Durchbruch gekommen: der souveräne Privateigentümer ist mit einem Male zum öffentlichen Pflichtenträger gemacht worden: der Landwirt muss anbauen — oder ein anderer nimmt sein Grundstück in Nutzung: er muss verkaufen, er muss statt des Marktpreises eine öffentlich angeschriebene Gebühr nehmen, muss das Getreide zur Bahn oder Mühle verfrachten und so weiter.

Mit einem Male wurde uns sichtbar, dass das Eigentum öffentliche Anstalt geworden ist." (S. 51 bis 53.)

Auf die Erscheinungen des Krieges kommen wir später noch zurück. Hier sei einstweilen nur die Entwicklung im Frieden betrachtet.

Deren Gang wird uns von Renner veranschaulicht durch einen Vergleich zwischen einem Gutshof, zu dem Fremden der Eintritt verboten ist, und einem Bahnhof, zu dem jedermann Zutritt hat. Ja, geht denn die Entwicklung vom Gutshof zum Bahnhof ? Will man die Richtung einer Entwicklung kennzeichnen, dann muss man doch Gleiches mit Gleichem vergleichen, also nicht den Gutshof mit dem Bahnhof, sondern den Gutshof vor 100 oder 50 Jahren mit dem von heute. Tut man das, dann wird man aber keineswegs finden, dass die Gutshöfe heute leichter für jedermann zugänglich sind als vor 50 Jahren. Im Gegenteil. Zu einem Gutshof gehört sehr oft ein Wald. Nun, die Zugänglichkeit der Wälder und ebenso der Alpenweiden hat in den letzten Jahrzehnten nicht zu-, sondern abgenommen. Das Suchen von Beeren und Pilzen ist unter strenger Aufsicht gestellt, das Betreten mancher Jagdreviere gänzlich untersagt worden.

Das ist die Entwicklung des privaten Eigentums zur öffentlichen Anstalt.

Nicht minder seltsam wie die Vergleichung von Gutshof und Bahnhof ist aber die Unterscheidung des Eigentums als privates und öffentliches je nach seiner Zugänglichkeit. Als ob nicht schon aus rein technischen Gründen manche Einrichtungen allgemein zugänglich, manche nur den Beschäftigten zugänglich sein müssten. ganz gleich, ob sie öffentliches oder privates Eigentum sind. In einer öffentlichen Schule oder einer kommunalen Gasanstalt ist der Zutritt Nichtbeschäftigten ebenso verboten wie in einer Privatschule oder privaten Gasanstalt. Andererseits müssen Einrichtungen, die dem allgemeinen Verkehr dienen, jedermann zugänglich sein, der ihre Benützung bezahlen kann, einerlei, ob sie privates oder öffentliches Eigentum sind. Ein Kaufmann oder ein Flickschuster der von Passanten lebt, wäre ein Narr, wenn er über »einem Laden die Aufschrift anbrächte: „Fremden ist der Zutritt verboten." Er lässt jeden eintreten, der sein

Kunde werden will.

Dadurch hört sein Geschäft nicht auf, privates Eigentum zu sein. Uebrigens: Seit wann ist ein Flickschnister, ebenso wie ein Bahnhof, der Vertreter der modernsten Form des Eigentums? Wir finden ihn schon bei den alten Griechen und Römern.

Das gleiche gilt zum Beispiel für Gasthäuser. Nicht erst seit 1878, sondern schon in den Tagen des Propheten Jonas waren sie jedem zugänglich, der bar bezahlte, was er verzehrte. In England heisst ein Gasthaus seit alters her ein „öffentliches Haus“ (public house), was den unglückseligen Uebersetzer Shaws, den Herrn Trebitsch, in der Tat einmal dazu verführte, aus einem Kneipwirt den Besitzer eines öffentlichen Hauses zu machen („Der verlorene Vater“, S. 7,1).

Sollen wir etwa auch aus der Zunahme der Wirtshäuser schliessen, dass das private Eigentum immer mehr eine „öffentliche Anstalt“ wird?

Will man endlich die Eisenbahn mit ihrem Vorgänger vergleichen, dann finden wir als solchen nicht einen Gutshof, sondern eine Landstrasse. Die war aber nicht nur ebenso wie die Eisenbahn jedermann zugänglich, sondern zumeist auch ohne Entgelt. Wo steckt hier also die Entwicklung von privatem Eigentum zu öffentlicher Anstalt?

Weil die Eisenbahnen die Nachfolger der Landstrassen sind, bildet das Eigentum an ihnen auch einen Ausnahmefall insofern, als sie von jeher, und nicht erst seit 1878, selbst unter der manchesterlichsten Regierung durch Staatsgesetz geregelte Monopole darstellten, die ihre Tarife und Fahrpläne auch als Privatanstalten nicht nach Belieben einrichten dürfen.

Das gilt natürlich weder für den Flickschuster noch für den Gutsbesitzer. Deren privates Eigentum zeigte in der Zeit des Friedens nicht die mindeste Tendenz, sich zu „sozialisieren“.

b) Die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Doch Renner weiss noch ein anderes Argument, um die Sozialisierung des Eigentums zu beweisen. Von der Landwirtschaft sagt er (S. 70):

„Was den Prozess der Durchstaatlichung und Sozialisierung der Landwirtschaft betrifft, so ist er weit vorgeschritten. Die staatlichen Agrarzölle haben der Landwirtschaft ganz veränderte Betriebsbedingungen geschaffen. Die staatliche Agrikulturverwaltung bestimmt im Wege der Genossenschaftsförderung den Kunstdünger und seine Verwendung, das Saatgut (Samenzuchtstationen), die Viehrassen, die Ernteverwertung (Absatzgenossenschaften). Durch eine Fülle von Einrichtungen sind alle Elemente einer direkt sozialistischen Leitung des Ackerbaues und der Viehzucht schon heute vorgebildet.“

Der Sozialisierungsprozess schlägt indessen hier Bahnen ein, die bisher von der Schule Marx' noch nicht durchschaut sind. Auch hier muss ich mich auf wenige Andeutungen beschränken.

Ich nehme einen mittleren Landwirt auf rentenarmen Boden. Im Verkauf seiner Ernte, die er selbst mit seinen mithelfenden Familiengliedern gewonnen hat, realisiert er:

1. die Grundrente von seinem Eigentum,
2. den Kapitalzins a) von dem in Grund und Gebäuden investierten Kapital und b) vom Betriebskapital,
3. den Unternehmergewinn,
4. den Arbeitslohn.

Im Durchschnitt der Fälle hat er folgende Leistungen vom Erlös zu bestreiten:

1. Die Zinsen der Hypothek: Sparkassen und Hypothekenanstalten nehmen ihm von vornherein die Grundrente (oben!) und den Leihzins vom investierten Kapital weg (2 a).
2. Die Zinsen für Personalkredit. Die Raiffeisenkasse beansprucht die Zinsen des Betriebskapitals (2 b).
3. Die Steuern, die aus dem schmalen Unternehmergewinn, wenn nicht aus eigener Arbeit gezahlt werden.

Die Sozialisierung schlägt hier einen besonderen Weg ein: Nicht das Eigentumsstück wird körperlich konzentriert, sondern die Eigentumsfunktion wird gespalten und jede Teilfunktion wird gesondert sozialisiert. Das Eigentumsobjekt bleibt als blosser Arbeitsgegenstand in der Hand des Landwirtes zurück."

Renner wird nicht behaupten wollen, diese Erscheinungen seien für die „Schule Marx“ etwas ganz Neues; sie habe noch nie etwas davon gehört, dass die Bauern Steuern und Zinsen für geliehene Kapitalien zu zahlen haben. Aber freilich, die „Schule Marx“ hat nicht „durchschaut“, dass hier ein „Sozialisierungsprozess“ vorliegt, und darin liegt eins ihrer unzähligen Versäumnisse.

Leider überlässt Renner auch hier der „geläuterten“ „Schule Marx“ der Zukunft die theoretische Begründung dieses Prozesses. Er beschränkt sich auf einige Andeutungen, in denen er nicht viel mehr tut, als das bereits Gesagte mit anderen Worten zu wiederholen. Er fährt fort:

„Irrtümlich ist in ihrer Allgemeinheit die Voraussage, dass das grosse Grundstück das kleinere sich einverleibt. Die Realität bleibt getrennt, aber der Inhaber derselben wird mit den Teilfunktionen des Eigentums in Staat, Körperschaft und Genossenschaft einverleibt oder sozialisiert: 1. Agrarbehörde und Genossenschaft nehmen teil an der Betriebsleitung; 2. Hypothekenanstalten haben teil an der Grundrente; 3. die Kreditorganisation an dem Kapitalzins; 4. der Staat an dem Unternehmergewinn und selbst am Lohn. Ein Eigentümer und ein Eigentumsstück wird in eine vierfache Gemeinschaft einbezogen, nach vier Richtungen sozialisiert."

„Der Fehler der bisherigen Betrachtungsweise liegt darin, dass das Eigentum rein körperlich genommen wird und nicht ökonomisch als soziale Funktionen, deren jede auf getrenntem Wege der Sozialisierung zustrebt. Im Verkennen dieses Umstandes liegen alle Missverständnisse der bisherigen Doktrin und zugleich die Todsünde gegen die Marxsche Methode."

Wir erfahren wieder nicht, wessen „bisherige Betrachtungsweise“ und „Doktrin“ hier gemeint ist. Wir müssen uns mit ihrer allgemeinen Verdammung als „Todsünde gegen die Marxsche Methode“ begnügen. Wenn es aber eine Todsünde gegen die Marxsche Methode gibt, ist es das wahllose Zusammenwerfen der verschiedensten Dinge in einen Topf. Und das wird von Renner hier reichlich geübt.

Was hat der „staatliche Agrarzoll“ mit den anderen hier aufgezählten Faktoren und was hat er mit der Sozialisierung des Grundeigentums zu tun? Wie weit musste diese Sozialisierung in England schon im 18. und dann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgeschritten sein, als dort die Kornzölle in Kraft waren!

Richtig ist es, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften anfangen, auf die Betriebsführung ihrer Mitglieder Einfluss zu nehmen, aber es ist eine kolossale Uebertreibung, in diesen schwachen Ansätzen schon die entwickelten „Elemente einer

direkt sozialistischen Leitung des Ackerbaues und der Viehzucht" zu sehen. Und noch übertriebener, wenn Renner ein Eingreifen der „*staatlichen* Agrikulturverwaltung" in die -bäuerliche Betriebsleitung aus der blossen Tatsache konstruiert, dass der Staat „Genossenschaften fördert".

Nun aber gar die „Sozialisierung" des bäuerlichen Eigentums durch Verschuldung und Steuerdruck. Diese Art Sozialisierung ist so alt wie die geschriebene Geschichte selbst.

Wir finden sie bei den alten Juden, Griechen, Römern. Und worin soll der Fortschritt zur Sozialisierung in den letzten Jahrzehnten bestehen, der „von der Schule Marx" noch nicht durchschaut wurde" ? In der *Vermehrung* der Schulden und Steuern?

Renner nimmt bei seinem Beispiel in der Tat eine so hochgradige Verschuldung und Steuerlast an, dass dem Bauern nicht einmal der Lohn für seine Arbeit bleibt. Er sagt, aus dem Erlös seiner Erde, der in Grundrente, Kapitalzins, Unternehmergeinn und Arbeitslohn zerfällt, habe er ausser Schuldzinsen zu bestreiten:

„Die Steuern, die aus dem schmalen Unternehmergeinn, wenn nicht aus *eigener Arbeit* gezahlt werden."

Mit dem Ausdruck „eigene Arbeit" will Renner den Arbeitslohn bezeichnen oder genauer jenen Anteil am Erlös der Ernte, den der Bauer sich als Arbeitslohn rechnen kann. Es scheint nur ein schiefer Ausdruck hier vorzuliegen. Aber wir finden hier mehr: eine Quelle, der ein sachlicher Irrtum entspringt.

Die Rennersche Argumentation wird tatsächlich nur erklärlich, wenn wir annehmen, bloss der Betrag des Arbeitslohnes sei der Ertrag „eigener Arbeit" des Bauern, Grundrente und Profit dagegen der Ertrag des Grundeigentums und des Betriebskapitals, ganz so wie die bürgerliche Vulgar-ökonomie vermeint. Hat der Landmann Zinsen und Steuern aus Grundrente und Profit zu zahlen, so wird ihm damit nicht der Ertrag seiner Arbeit genommen, sondern die „Funktion" seines Eigentums. Dieses wird „sozialisiert", der Bauer selbst in eine „Gemeinschaft einbezogen".

Marx nannte die Tatsache, dass dem Arbeiter von dem Wert seines Produkts bloss der Arbeitslohn verbleibt und der übrige Wert, der Mehrwert, von anderen eingesackt wird, die *Ausbeutung des Arbeiters*. Ganz derselben Erscheinung verleiht Renner den schönen Namen *Sozialisierung des Eigentums* und *Einbeziehung in eine Gemeinschaft*. Nichts, gar nichts hat sich an dem Vorgang geändert und doch scheint er durch die neuen Namen in sein Gegenteil verkehrt, dank der Verwechslung von Arbeitslohn mit Produkt eigener Arbeit.

Worin äussert sich der steigende Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln? Zunächst darin, dass die Zahl der Arbeiter steigt, die ihre Produktionsmittel nicht besitzen und daher von den Besitzern der Produktionsmittel ausgebeutet werden. Diese Seite des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist in dem Beispiel Renners völlig ausgelöscht. Als Beleg für die Tendenzen des kapitalistischen Eigentums nimmt er eine Bauernfamilie, die auf eigenem Boden ohne Lohnarbeiter wirtschaftet — also einen vorkapitalistischen Typus.

Die andere Seite des modernen Privateigentums an den Produktionsmitteln besteht aber darin, dass die Machtstellung der Besitzer dieses Eigentums nicht nur gegenüber den Lohnarbeitern, sondern auch gegenüber der Gesamtgesellschaft, den „Konsumenten", wächst. Das gilt für das Grundeigentum noch mehr als für jede andere

Art Eigentum. Es ist nicht vermehrbar, seine Besitzer bekommen immer mehr der Gesellschaft gegenüber eine Monopolstellung, die sich im Wachstum der Preise der Lebensmittel aufs deutlichste äussert, was das gerade Gegenteil der „Sozialisierung“, der Unterordnung des Eigentums unter die Gesellschaft, bedeutet. Will Renner behaupten, dass die Lebensmittelpreise sinken? Und hat ihm gerade der Krieg in Bezug auf die steigende Macht der Konsumenten über die Produzenten eine „Erhellung“ gebracht?

Und was ändern die von Renner „angedeuteten“ Faktoren an der Machtstellung des Grundeigentums gegenüber den Arbeitern und Konsumenten? Seine Schuldenzinsen und Steuern rechnet der Landwirt als „Produktionskosten“. Sie bestimmen freilich nicht den Preis seiner Produkte auf dem Weltmarkt, aber immerhin, je höher seine Schulden und Steuern, desto stärker der Antrieb für ihn, die Preise seiner Produkte zu erhöhen. Ermässigend auf diese Preise wirken sie gewiss nicht. Ebensowenig wird die Machtstellung des Landwirtes gegenüber dem Publikum, der Gesellschaft, verringert dadurch, dass er sich mit anderen Grundbesitzern in einer Genossenschaft zusammentut. Im Gegenteil, sie wird dadurch verstärkt. Und in gleicher -Richtung wirken die Agrarzölle.

Wo ist denn in alledem auch nur die leiseste Spur von *Sozialisierung* des Grundeigentums zu finden? Die kapitalistische Entwicklung führt vielmehr zu seiner wachsenden *Monopolisierung* heute wie in den Tagen der Abfassung des „Kapitals“.

Die Sache wird für Renner nicht besser dadurch, dass er sie „aufhellt“, durch höchst dunkle Andeutungen, die wir schon oben zitiert haben, darüber, dass wir Marxisten das Eigentum bisher „rein körperlich“ genommen haben, nicht als „soziale Funktion“:

„In Verkennen . dieses Umstandes liegen alle Missverständnisse der bisherigen Doktrin und zugleich die Todsünde gegen die Marxsche Methode.“

Als „Todsünder“ gegen den Marxismus putzt uns Renner hier herunter, unmittelbar nachdem er sich das groteske „Missverständnis der bisherigen Doktrin“ zuschulden kommen liess, den *Lohn* des Arbeiters dem *Produkt* seiner Arbeit gleichzusetzen und so die grösste Todsünde gegen die Marxsche Methode zu begehen.

Was wird am Wesen der kapitalistischen Ausbeutung geändert, wenn wir ihre Erscheinungsformen, Grundrente, Profit, Zins nicht „rein körperlich“ als Produkte der Arbeit, sondern als „soziale Funktionen des Eigentums“ bezeichnen?

Schliesslich scheint Renner zu glauben, der Fortschritt der Sozialisierung der sozialen Funktionen des Eigentums seit Marx bestehe darin, dass der Bauer nicht mehr vom vereinzelt Wucherer ausgebeutet wird, sondern seine Zinsen an *Gesellschaften* von Kapitalisten zu zahlen hat. Er deduziert:

„Der Inhaber des Grundstückes wird mit den Teilfunktionen des Eigentums in Staat, Körperschaft und Genossenschaft einverleibt oder sozialisiert.“

Renner wird natürlich nicht sagen können, dass der Bauer, wenn er einem einzelnen Wucherer Zinsen zahlt, diesem dadurch „einverleibt oder sozialisiert wird“. Er scheint also wirklich zu glauben, wenn die Wucherer nicht vereinzelt bleiben, sondern sich zu einer Wuchergesellschaft zusammentun, -so sei das ein Schritt in -der Richtung, die Macht der Gesamtgesellschaft über das Eigentum zu vermehren und die Macht des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu schwächen.

Es steht im Einklang mit dieser Auffassung, wenn Renner das Ueberhandnehmen des Aktienwesens und die Beherrschung der Industrie durch die Banken für eine

Nationalisierung des Kapitals erklärt.

Auch das gehört zu den Erscheinungen, die erst seit Marx eingetreten sind, die wir Marxisten hätten sehen müssen, aber nicht gesehen haben.

c) Die Nationalisierung des Kapitals durch die Aktie.

Als Marx die kapitalistische Produktionsweise untersuchte, erzählt uns Renner, da wurde sie noch von Einzelkapitalisten beherrscht. Seitdem ist das Aktienwesen gross geworden:

„Das alte Privatkapital des einzelnen ist auf dem Wege vielfacher Organisationen eingegangen in das eine *Nationalkapital*, über das ganz wenige Grossbanken entscheidend verfügen,... Die Privatwirtschaft ist in gewissem Sinne *Nationalwirtschaft* geworden.... Der Prozess der Nationalisierung des Kapitals mit seinen vielfältigen, höchst interessanten und gewichtigen Erscheinungen ist von uns Marxisten bisher kaum zur Not untersucht." (S. 17, vergleiche auch S. 88.)

Der letzte Satz ist vollkommen richtig. Man untersucht bloss, was man sieht. Wir werden den Prozess der „Nationalisierung des Kapitals" durch Aktiengesellschaften und Banken auch weiterhin nicht unteruchen, es sei denn, Renner zeigt uns, dass wirklich etwas Derartiges vor sich geht.

Er versucht das zu tun. Bei der Erörterung darüber müssen wir leider zu der „Todsünde gegen die Marxsche Methode", deren wir uns bereits schuldig gemacht, auch noch die Erbsünde der Marxisten hinzufügen, mit Marx-Zitaten zu operieren. Wird Renner es als mildernden Umstand gelten lassen, dass er die lockende Eva ist, die mich verführt hat? Er selbst beruft sich nämlich in diesem Zusammenhange auf Marx. Allerdings zitiert er ihn nicht wörtlich. Aber sollte gerade das verboten sein?

Renner untersucht im vierten Kapitel das „Kapitaleigentum" und zeigt da zunächst die veränderte Daseinsweise des Kapitalisten:

„Der Kapitalist ist zur Zeit des Todes von Karl Marx in dreifacher Gestalt da: der Fabrikant, der Kaufmann, der Bankier... Der Typus des individuell-aktiven Kapitalisten herrscht vor.... Jeder dieser drei Typen Kapitalisten besorgt die Anhäufung von Mehrwert, die Akkumulation. Sie legen ihn meist in der Erweiterung der eigenen Betriebe an. Das Wachstum der Betriebe ist anfänglich an das Wachstum des individuellen Vermögens gebunden. ..

„Im Konkurrenzkampf unterliegen nun die schwächeren kapitalistischen Betriebe, deren Trümmer von den siegreichen Betrieben aufgenommen werden. Diese sogenannte *Kapitalskonzentration* ist der Prozess, den Karl Marx vor allem vor Augen hatte, der seine Zeit beherrschte. Die Entwicklung zum Sozialismus wird vorgestellt als ständiges Niederkonkurrieren schwächerer Kapitalisten, bis ein einziger oder wenige Kapitalisten individuell den ganzen Betriebszweig beherrschen, um sodann geduldig auf die Stunde ihrer individuellen Expropriation durch den Sozialismus zu harren.

„Nur zum Teil ist es so gekommen. Die zu Lebzeiten von Marx in zweite Linie gestellte *Kapitalszentralisation* hat der Konzentration den Rang abgelaufen. Karl Marx hat sie richtig, wenn auch nicht erschöpfend beschrieben, er hat ihr jenes Gewicht beigelegt, das sie zu ihrer Zeit hatte. Ihren Vorsprung verdankt sie den letzten Jahrzehnten, und heute ist sie die ausschlaggebende Akkumulationsform, obschon sie in unserer Literatur die gebührende Rolle noch nicht spielt." (S. 74 bis 76.)

Renner beschreibt nun, wie neu sich bildende Kapitalien vielfach zu klein sind, um von Kapitalisten im eigenen Betrieb verwendet zu werden. Sie werden von ihren Besitzern an fremde Betriebe verliehen.

„Diese Abspaltung vollendet sich in der Aktiengesellschaft. Die Betriebskonzentration kann vor sich gehen ohne Vermögenskonzentration und lässt eine Vielheit von Kapitalisten zurück. Die *Kapitalszentralisation* hat andere soziale Wirkungen als jene, die Marx von der fortschreitenden *Konzentration* vorausgesagt hat: der Prozess der Sozialisierung ergreift hier bloss die materielle Seite der Produktion, nicht die persönliche des Kapitals. Die Expropriation zielt nicht mehr auf die Besitzentsetzung weniger kapitalistischer Individuen, sondern auf die Ablösung eines Rechtstitels vieler.. .

„Der Kapitalist ist als Person hinter der ‚anonymen Unternehmung‘ verschwunden.“ (S. 76, 77.)

Die Darstellung der Marxschen Theorie der Kapitals-konzentration und Zentralisation stimmt so halb und halb. Sie stimmt nicht ganz. Renner hat sie offenbar aus dem Kopfe wiederholt, um nicht von Marxschen Zitaten ungebührlich beeinflusst zu werden. Sonst hätte er gemerkt, dass das, was er Konzentration nennt, bei Marx Zentralisation heisst und umgekehrt.

Marx untersucht in seinem „Kapital“ zuerst die Vergrösserung der einzelnen Kapitalien durch Akkumulation, durch „Sparen“ des Kapitalisten, der seinen Betrieb, immer mehr durch reine „Ersparnisse“ vergrössert. Diese Art Vergrösserung der einzelnen kapitalistischen Unternehmungen nennt er die Konzentration des Kapitals, „welche unmittelbar auf der Akkumulation beruht oder vielmehr mit ihr identisch ist“.

Von dieser „Art Konzentration“ unterscheidet er eine andere Art der Vergrösserung eines kapitalistischen Unternehmens :

„Es ist Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist zu Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in wenige grössere Kapitale.... Es ist die eigentliche *Zentralisation* im Unterschied zur *Akkumulation* und *Konzentration*.“ („Kapital“, I, Volksausgabe, S. 562, 563.)

Die Konzentration und Zentralisation bedeuten bei Renner also gerade die Umkehrung der Marxschen Begriffe. Nun hat Renner sicher das Recht, dasjenige, was Marx Zentralisation nennt, Konzentration zu nennen und umgekehrt. Aber er darf sich dabei nicht auf Marx berufen, namentlich dann nicht, wenn er die Marxschen Ausführungen über die Zentralisation für seine eigene Auffassung der Zentralisation, also für etwas ganz anderes, das Marx Konzentration nannte, in Anspruch nimmt.

Wie Renner, bezeichnet auch Marx den Kredit, das Bank- und Aktienwesen als Mittel der Zentralisation der Kapitalien, aber da Marx unter der Zentralisation etwas anderes versteht als Renner, beweist die Uebereinstimmung beider im *Ausdruck* in der Frage des Aktienwesens nur, dass beide sich in der *Sache* widersprechen. So sagt zum Beispiel Renner:

„Diese Form der Akkumulation in dritter Hand... die die materiellen Werte vieler Eigner zu einem materiellen Gesamtkapital, dem Bankkapital, vereinigt, ist die schon erwähnte Kapitalszentralisation. Sie geht zunächst nicht über Leichen, wie die Konzentration, -sie trägt die wohlwollendste Physiognomie allgemeiner Wirtschaftsförderung: sie sammelt, was klein, verstreut und augenblicklich nutzlos ist, sie belebt, was tot ist.“ (S. 83, 84.)

Bei Marx ist es gerade umgekehrt: bei ihm beruht die Konzentration nur auf dem Sparen, sie geht nicht über Leichen, wohl aber die Zentralisation.

„Sie endet stets mit Untergang vieler kleinerer Kapitalisten, deren Kapitale teils in die Hände des Siegers übergehen, teils untergehen.“ („Kapital“, Volksausgabe, S. 563.)

An anderer Stelle spricht Marx von „der Zentralisation oder Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige“ (S. 690).

Die Zentralisation des Kapitals durch das Kreditwesen, durch Banken und Aktien steht bei Marx zu ihrer Zentralisation auf dem Wege des Expropriierens, die Renner Konzentration tauft, nicht im Gegensatz. Sie ist nur eine besondere Art der Zentralisation und unterstützt die andere Art, durch die „ein Kapitalist viele totschrägt“.

Marx fährt fort an der oben zitierten Stelle:

„Abgesehen hievon bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidene Beihilfe der Akkumulation sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden, die über die Oberfläche der Gesellschaft in grösseren oder kleineren Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziierter Kapitalisten zieht, aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf -wird und sich schliesslich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation (nach Renner müsste man sagen Konzentration) der Kapitale verwandelt.“ („Kapital“, I, S. 563, 564.)

Hier sieht die „Physiognomie“ der Vereinigung der zersplitterten Geldmittel durch die Banken weniger „wohlwollend“ aus. Aus der „allgemeinsten Wirtschaftsförderung“ wird bei Marx eine furchtbare Waffe im Kampf der grossen Kapitalisten zum Erschlagen der kleinen.

Nun sehen wir aber auch, dass es nicht richtig ist, zu sagen, zu Lebzeiten von Marx sei die Kapitalszentralisation in zweite Linie gestellt gewesen. Kredit und Aktienwesen spielen bei Marx schon die grösste Rolle.

Man höre nur, wie Marx zum Beispiel im dritten Bande des „Kapital“ die Entwicklung unter dem Einfluss des Kredits schildert. Er sagt über ihn:

„Vorstellungen, die auf einer minder entwickelten Stufe der kapitalistischen Produktion noch einen Sinn haben, werden hier völlig sinnlos. Das Gelingen und das Misslingen führen hier gleichzeitig zur Zentralisation der Kapitale und daher zur Expropriation auf der enormsten Stufenleiter. Die Expropriation erstreckt sich hier von den unmittelbaren Produzenten auf die kleineren und mittleren Kapitalisten selbst. Diese Expropriation ist der Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Durchführung ist ihr Ziel.... Diese Expropriation stellt sich aber innerhalb des kapitalistischen Systems selbst in gegensätzlicher Gestalt dar, als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige, und der Kredit gibt diesen wenigen immer mehr den Charakter eines Glücksritters. Da das Eigentum hier in der Form der Aktie existiert, wird seine Bewegung und Uebertragung reines Resultat des Börsenspieles, wo die kleinen Fische von den Haifischen und die Schafe von den Börsenwölfen verschlungen werden. In dem Aktienwesen existiert schon Gegensatz gegen die alte Form, worin gesellschaftliches Privateigentum als individuelles Eigentum erscheint; aber die Verwandlung in die Form der Aktie bleibt selbst noch befangen in den kapitalistischen Schranken; statt daher den Gegensatz zwischen dem Charakter des Reichtums als gesellschaftlichem und als Privateigentum zu überwinden, bildet sie ihn nur in neuer Gestalt aus.“ („Kapital“, UI, I, S. 427.)

Man sieht, wie unrichtig es ist, wenn Renner meint, mit dem Aktienwesen habe der „Sozialisierungsprozess einen eingeschlagen, von dem Marx noch sehr wenig sehen und aussagen konnte“ („Marxismus, Krieg etc.“, S. 16).

Marx hat ihn schon eingehend untersucht, aber von der *Nationalisierung* des Kapitals, von der Ersetzung der Privatwirtschaft durch Nationalwirtschaft sah er freilich nichts.

„Dieser Zustand war Marx“ gewiss „ganz fremd“, aber nicht deshalb, weil Marx von den Tatsachen, auf die Renner sich bezieht, nichts wusste, sondern deshalb, weil er diese Tatsachen nicht mit Rennerschen Augen sah.

Falsch ist es auch, wenn Renner behauptet, dass infolge des Aktienwesens „der Kapitalist als Person hinter der anonymen Unternehmung verschwunden ist“ (S. 77), dass

der „Kapitalist und typische Repräsentant des heutigen Kapitalismus der nach aussen ganz untätige Privatmann ist, der in seinem Schrein Aktien etc. birgt“ (S. 89).

Der Zahl nach nimmt freilich der Typus des „ganz untätigen Privatmannes“ unter den Kapitalbesitzern zu, aber das ist nur eine andere Form des Marxschen Gesetzes von der „beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren“. („Kapital“, Volksausgabe, S. 690.)

Diese Magnaten hören nicht auf zu existieren und zu herrschen. Die Macht und das Herrschaftsgebiet eines jeden von ihnen wächst immer mehr, nicht nur dadurch, dass die kleinen Unternehmungen im Konkurrenzkampf zugrunde gehen, sondern auch dadurch, dass die Einzelunternehmer ihre Betriebe in Aktienunternehmungen verwandeln, deren Aktien vielen kleinen „ganz untätigen Privatleuten“ gehören, die aber beherrscht werden vom den grossen Finanzkapitalisten, den Herren der Banken. Das Aktienwesen ist ein Mittel, die Macht der „Kapitalmagnaten“, die alle Vorteile des modernen Kapitalismus an sich reissen und monopolisieren, noch rascher steigen zu lassen, als der Umfang ihres eigenen Besitzes wächst, da sie über den Aktienbesitz der „ganz untätigen Privatleute“ in den Konkurrenz- und Machtkämpfen der riesenhaften Kapitalsorganisationen ebenso verfügen wie über ihren eigenen Besitz. Und andererseits wird durch diese Vermehrung ihrer Macht ihre Fähigkeit gesteigert, den eigenen Besitz zu vermehren, entweder auf Kosten der kleinen Aktienbesitzer oder durch Niederkonkurrierung feindlicher Kapitalmagnaten. Unter diesen Umständen wächst ihr Besitz weit rascher, als es ohne Kredit und Aktienwesen der Fall wäre.

Auch hier finden wir wieder, dass das, was Renner mit dem schönen Namen der „Sozialisierung“ oder „Nationalisierung“ des Eigentums (an Grund und Boden oder Kapital) kenzeichnet, in Wirklichkeit die höchste Steigerung der monopolistischen Gewalt des privaten Eigentums, die schärfste Zuspitzung seines Gegensatzes zum gesellschaftlichen Charakter der Arbeit darstellt.

Der Kapitalist als Kapitalmagnat ist so wenig als Person hinter der „anonymen Unternehmung verschwunden“, dass seine Persönlichkeit heute vielmehr immer kraftvoller in Gesellschaft und Politik in den Vordergrund tritt neben Monarchen, Präsidenten und ihren Ministern.

Wohl hat seit dem Tode von Marx diese Entwicklung Formen angenommen, die er nicht in allen Einzelheiten voraussah. Doch bestätigen sie nur seine ganze Auffassung. Sicher verdienen diese neuen Formen unser höchstes Interesse, aber es ist nicht wahr, wenn Renner behauptet, dass diese Umwälzung von den Marxisten zu wenig beachtet worden ist.

Wir alle haben von ihr gehandelt, am eingehendsten *Hilferding* in seinem Buche über das *Finanzkapital*. Er hat nicht einen Fragebogen ausgearbeitet, den die *anderen* Marxisten zu beantworten hätten. Er hat auch nicht einige dem Augenblicksbedürfnis entspringende Einfälle als „vorläufige Antworten“ zu grundlegenden Erkenntnissen zu stempeln versucht, deren Richtigkeit zu erweisen nun die bisher sträflich versäumte Pflicht der *anderen* Marxisten sei. Er hat die Fragen, die ihm durch die Tatsachen der neueren Entwicklung des Aktien- und Bankwesens vorgelegt wurden, selbst zu lösen getrachtet, und zwar durch gründlichste Erforschung und theoretische Verarbeitung des gesamten modernen Tatsachenmaterials. Die Antworten, die er uns gab, sind nicht vorläufige, sondern für so lange definitive, als nicht neue, gänzlich veränderte Tatsachen

oder neue, noch mehr vertiefte Forschungen sie überholen oder korrigieren. Bisher ist nicht einmal ein Versuch dazu gemacht worden. Was in den Rennerschen Ausführungen nicht Missverständnis und verkehrte Auffassung, sondern bessere Einsicht ist, entstammt auch aus keiner anderen Quelle als dem Buche Hilferdings.

Um so auffallender, dass er es mit keinem Worte erwähnt. Er hat nur Augen für das, was die Marxisten seiner Ansicht nach *nicht* geleistet haben.

Aber freilich, wie konnte er Hilferding erwähnen! Sind doch dessen Ergebnisse den Antworten, deren Begründung Renner wünscht, geradezu entgegengesetzt. Und solche Leistungen sind in seinen Augen offenbar noch schlimmer als blossе Versäumnisse. Sie sind verächtlicher „Vulgärmarxismus“.

3. Staat und Wirtschaftsgebiet.

a) Das Wirtschaftsgebiet als Verkehrsgebiet.

Renners Ausführungen über die „Sozialisierung“ und Nationalisierung“ von Grundeigentum und Kapital sind bezeichnend für die Tendenzen seines Buches, bilden aber nicht dessen wichtigste Gedankengänge. Diese sind vielmehr dort zu finden, wo er über die Stellung der Sozialdemokratie zum *Staat* spricht, die sich nach seiner Meinung vollkommen ändern müsse, da die Voraussetzungen nicht mehr bestünden, von denen Marx bei seiner Auffassung des Staates ausging.

Die Entwicklung des Staates zum Wirtschaftsgebiet und die wachsende „Durchstaatlichung“ des ökonomischen Lebens, das sind die beiden grundlegenden Erscheinungen, auf die Renner hinweist, von denen Marx nichts sehen konnte und die bisher übersehen zu haben zu den vielen Todsünden der Marxisten gehört.

Betrachten wir zunächst das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaftsgebiet. Renner gibt folgende Darstellung der Entwicklung des letzten Jahrhunderts:

„Die entstaatlichte Oekonomie — das ist das Ergebnis des geschichtlichen Fortschrittes von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion, politisch das Werk der bürgerlichen Revolution gewesen... Diese Entstaatlichung der Oekonomie ist nun bedeutsam nach innen und - aussen. Begrifflich zu Ende gedacht und praktisch zu Ende geführt, hebt sie sofort die Staatsgrenzen auf und schafft unmittelbar die Weltwirtschaft.“ (S. 20, 21.)

Dagegen beginnt die Gegenwirkung in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts durch anfangs schüchternem, später immer stärkeres Eingreifen der Staatsgewalt in das ökonomische Leben:

„Die Volkswirtschaft beginnt sich von Staat zu Staat langsam zu unterscheiden durch eine besondere Wirtschaftsverfassung, die an sich in Widerspruch steht mit der Freiheit des Wettbewerbes, mit der einen unterschiedslosen, naturgesetzlichen Weltökonomie von Karl Marx, und welche die Erwerbs- und Lebensbedingungen der Massen von Land zu Land künstlich verschiebt.“ (S. 13.)

Schliesslich aber kommt die Herrschaft der Banken:

„Die Banken beherrschen das ganze staatliche Wirtschaftsgebiet und gestalten es einheitlich nach Zinsfuss und Warenpreisen. Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet decken sich, das Wirtschaftsgebiet eines Staates hebt sich nach aussen deutlich ab von allen anderen Wirtschaftsgebieten und bildet nach innen eine spezifische und organische Einheit, ein Zustand, der von der einheitlich gedachten Weltwirtschaft von Karl Marx schon sehr weit abliegt.“ (S.

17.)

Dieser Zustand wird auf die Spitze getrieben durch den „imperialistischen Hochschutz“:

„Hochschutzzölle trennen die Staatsgebiete völlig voneinander und formen aus jedem Wirtschaftsgebiet für sich einen *geschlossenen Organismus*. Noch fehlt uns Sozialisten eine gründliche Analyse des geschlossenen Wirtschaftsgebietes, seiner Organe und Funktionen, obwohl das für die Lage der Arbeiterklasse von höchster Wichtigkeit ist.“ (S. 18, vergleiche S. 42, 96.)

Nach dieser Darstellung wird das Staatsgebiet zu einem besonderen Wirtschaftsgebiet infolge des wachsenden Eingreifens der Staatsgewalt in das wirtschaftliche Leben. Das geschlossene Wirtschaftsgebiet ist ein Produkt, das sich erst vor etwa einem Menschenalter zu bilden begann. Vorher herrschte die entstaatlichte Oekonomie und die unterschiedslose Weltwirtschaft. Daneben hat aber Renner noch eine andere Theorie des Wirtschaftsgebietes. So sagt er zum Beispiel auf Seite 201:

„Das Recht, das ein Wirtschaftsgebiet zur handlungsfähigen Persönlichkeit, das ist zum Staate, erhebt, verleiht ihm denknöwendig jene Unabhängigkeit, die staatsrechtlich die Bezeichnung Souveränität führt.“

Danach ist das Wirtschaftsgebiet nicht ein Produkt des Staates, sondern schon vor ihm da. Es wird durch das Recht zum Staat erhoben. Nicht der Umfang des Staates bedingt den Umfang des Wirtschaftsgebietes, sondern umgekehrt. Und weil sich die Wirtschaftsgebiete auszudehnen trachten, muss sich der Staat vergrössern:

„Die geschlossene Gutswirtschaft hat die Gutsherrschaft, die Territorialwirtschaft die Landeshoheit, die geschlossene Nationalwirtschaft den Nationalstaat erwirkt, wobei jederzeit Wirtschafts- und Herrschaftsform sich wechselseitig bedingen.“ (S. 272.)

„Ausdehnung ist die allgemeine Tendenz der Wirtschaftsgebiete. Die geschichtliche Entwicklung zeigt in gerader Linie ein Fortschreiten von der geschlossenen Gutswirtschaft zur Stadtwirtschaft, zur Landeshoheit, zum Nationalstaat, zum internationalen Weltstaat, und weist in letzter Linie auf das einheitliche Weltwirtschaftsgebiet hin, das wenigstens auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen nur durch die politische Einheit der Welt zu verwirklichen ist.“

„Der äussere Rahmen dieser evolvierenden Wirtschaftseinheit ist die Marktgemeinschaft, die aus sich heraus auch die Wirtschaftsgemeinschaft erzeugt. Vorstellbar ist, dass sich diese Gemeinschaften bloss mechanisch, äusserlich, ohne öffentliche Gewalt herstellen können, aber eben nur vorstellbar. In Wahrheit ist schon jede Marktgemeinschaft nur unter einer politischen Machtorganisation denkbar. Markt- und Wirtschaftsgemeinschaften haben die Tendenz, Staatsgemeinschaften zu werden, und die *allermeisten Kriege*, in denen man herkömmlicherweise bloss *Eroberungskriege* sieht, haben die Aufgabe vollzogen, bestehende oder werdende Markt- und Wirtschaftsgemeinschaften zu sichern in der Form von Staatsgemeinschaften, sind also nicht völkerverbindende, sondern *völkerverbindende Kriege gewesen*. Im Krieg hat die Stadtwirtschaft die Gutswirtschaft, die Landeshoheit die Stadtwirtschaft, die Nationalwirtschaft die Landeshoheit überwunden. Diese Kriege waren nicht Barbarei, sondern Entwicklungsinstrument.“ (S. 116, 117.)

Eine so warme Verherrlichung der „allermeisten“ Eroberungskriege und des Imperialismus ist selbst in den Publikationen der Umlerner, die uns an starken Tabak gewöhnt haben, eine Seltenheit. Sie bedeutet einen völligen Bruch mit unseren bisherigen Grundsätzen. Das besagt natürlich keineswegs schon, dass die Rennerschen Ausführungen falsch sind. Jeder Grundsatz, und mag er uns noch so teuer sein, muss sich eine Nachprüfung gefallen lassen und muss von uns verworfen werden, wenn er sie nicht besteht.

Aber eines dürfen wir verlangen: dass der Bruch mit Grundsätzen, die das Ergebnis tiefen Forschens sind, nicht ohne gründliche und gewissenhafte Prüfung vollzogen wird. Hier aber haben wir einen solchen Bruch, der nicht nur bloss auf vorläufigen, beweislosen Vermutungen beruht, sondern auch so wenig durchdacht ist, dass der Kritiker sich in den gröbsten Widersprüchen bewegt: Auf der einen Seite lässt er das Wirtschaftsgebiet aus dem Staat, auf der anderen den Staat aus dem Wirtschaftsgebiet entspringen. Und einmal ist ihm der Vorläufer des jetzigen Imperialismus die geschlossene Nationalwirtschaft im Nationalstaat, ein andermal die entstaatlichte Oekonomie, die keine Staatsgrenzen kennen will.

Nirgends lässt Renner uns klar erkennen, was er eigentlich unter einem Wirtschaftsgebiet versteht, wodurch dessen Grenze bestimmt wird.

Einmal will er uns allerdings darlegen, was ein Wirtschaftsgebiet kennzeichnet: „Wer die Grenze zwischen zwei Staaten überschreitet, merkt, auch wenn sprachliche und kulturelle Unterschiede nicht obwalten, wie bei Bodenbach, sofort unvermittelt starke Gegensätze. Nicht nur sind alle Preise und Löhne verschieden, auch die wirtschaftliche Betriebsweise ist im grossen und kleinen Grundbesitz, in Fabrik und Handwerk anders, ebenso die durchschnittliche Profitrate und der Leihzins und endlich auch der ganze Wirtschaftsgeist. Dieses auffällige Anderssein ist nicht zu verwechseln mit den sonstigen lokalen Differenzierungen, die bestehen, aber niemals so tief und allseitig auftreten. Beim Uebertritt über die Grenze haben wir ein anderes Wirtschaftsgebiet betreten. Die Grenze ist gleichsam seine Haut; was aber ist sein Körper? Nennen wir die Zusammenfassung aller Wirtschaften und alles Wirtschaftens innerhalb dieser Grenze den staatlichen Wirtschaftskörper.“ (S. 97.)

Daran ist nicht zu zweifeln, dass an den Staatsgrenzen Unterschiede in der Art des Wirtschaftens verschiedener Länder zutage treten. Renner selbst nennt aber auch schon einige der Faktoren, die jene Unterschiede bewirken: hier sind andere Zölle als dort, andere Steuern, andere Gesetze, eine andere Staatsverwaltung, eine andere Geldwährung, ein anderes Unterrichtswesen u. s. w.

Alle diese Unterschiede sind erst durch den Staat geschaffen, erstehen durch ihn, schwinden mit ihm. Keiner dieser Unterschiede sagt uns auch nur das Mindeste über das, worauf es hier ankommt, über die *Ausdehnung*, die Wirtschaftsgebiet und Staat haben müssen, sollen sie gedeihen können.

Immer wieder wiederholt uns Renner, dass die Ausdehnung des Staatsgebietes und die des Wirtschaftsgebietes einander wechselseitig bedingen, dass die stete Vergrösserung des Staates durch Eroberungskriege eine kulturelle Tat sei. Wenn es aber gilt, zu zeigen, dass und warum dem so ist, wird uns bloss mitgeteilt, dass jeder Staat innerhalb seines Bereiches eine Reihe politischer Bedingungen des Wirtschaftens schafft, die für alle Betriebe seines Gebietes die gleichen und verschieden von den entsprechenden Bedingungen anderer Staaten sind.

Allerdings erzeugt der Staat für die Betriebe innerhalb seiner Grenzen nicht nur eine gewisse Uniformität politischer Bedingungen ihres Wirtschaftens zum Unterschiede vom Ausland, sondern auch eine grössere Leichtigkeit des Verkehrs und damit einen engeren Zusammenhang der warenproduzierenden Betriebe untereinander. Schon die Gleichheit der politischen Bedingungen erleichtert den Verkehr. Dazu gesellt sich die direkte Einwirkung des Staates auf das Verkehrswesen, die natürlich in erster Linie auf Hebung des Verkehrs innerhalb seiner Grenzen berechnet ist.

Wollen wir unter einem *Wirtschaftsgebiet* ein *Verkehrsgebiet* verstehen, das heisst ein Gebiet, dessen Teile untereinander mit grösserer Leichtigkeit verkehren als mit Teilen anderer Gebiete, so sind solche stellenweise schon von Natur aus gegeben, zum Beispiel in einem von unwegsamen Gebirgen umgebenen Flussgebiet, In der Regel aber werden besondere Verkehrsgebiete erst durch die Staatsgewalt geschaffen.

Will Renner unter dem Wirtschaftsgebiet nichts anderes verstehen als ein derartiges Verkehrsgebiet?

Es scheint so, denn um zu begründen, dass „das Wirtschaftsgebiet eine reale Einheit“ ist, sagt er:

„Das staatliche *Verkehrswesen* schafft durch seine Konzentration die äusseren Bedingungen der *Wirtschaftseinheit*, die Grundlage, auf der sich ein gleichartiger *Innenmarkt* erhebt.“ (S. 98.)

Was Renner das „Wirtschaftsgebiet“ nennt, ist sonach nichts anderes als der innere Markt. Glaubt unser Kolumbus, der dem Marxismus neue Welten entdecken will, wirklich, dass Marx und die Marxisten sich mit dieser altbekannten Erscheinung nie beschäftigt hätten, dass sie für uns etwas ganz Neues sei, das noch tiefgründiger Untersuchung durch die geläuterte Marxistenschule der Zukunft harre?

Der innere Markt ist nie übersehen worden, auch nicht in den Zeiten der weitesten Verbreitung der Freihandelslehre. Niemals und nirgends ist die „Entstaatlichung“ der Oekonomie so weit gegangen, dass die Landesgrenzen durch Abschaffung sämtlicher Zölle aufgehoben wurden. Selbst in England wurden nur die Schutzzölle beseitigt, Finanzaufgaben sind geblieben und dazu recht hohe. Die anderen staatlich geschaffenen Bedingungen des Wirtschaftens, Mass und Gewicht, Münze, Eisenbahnwesen, bürgerliches Recht, Steuerpolitik u. s. w., sind dabei gerade in England sehr eigenartig geblieben, zum grossen Teil wegen seiner insularen Lage, die es von Natur aus zu einem besonderen Verkehrsgebiet gemacht hat. Marx hatte also in England, trotz seines Freihandels, ausreichend Gelegenheit, die Erscheinungen des inneren Marktes genau zu studieren.

In seinem „Kapital“ hat er nicht näher von ihnen gehandelt, nicht deshalb, weil er sie übersah, sondern weil er die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise erforschen wollte, die allen Staaten gemeinsam sind, und weil der Unterschied zwischen dem inneren Markt und dem Weltmarkt hierfür nicht in Betracht kommt. Auch der innere Markt vermag sich den Gesetzen des Weltmarktes nicht zu entziehen.

Gelegentlich kommt Marx auf den Unterschied vom inneren Markt und Weltmarkt zu sprechen, so im 20. Kapitel des ersten Bandes über „nationale Verschiedenheit der Arbeitslöhne“. In dem 24. Kapitel, im Abschnitt über die „Gestaltung des inneren Marktes für das industrielle Kapital“, namentlich aber in dem Abschnitt über das Geld und dessen Verschiedenheiten als Weltgeld und Geld in der „inneren Zirkulationssphäre“.

Unterschiede in den staatlich geschaffenen technischen wie den politischen Produktions- und Verkehrsbedingungen der verschiedenen Verkehrsgebiete hat es stets gegeben. Und sie sind nicht im Zunehmen begriffen, wie Renner meint. Diese Bedingungen nähern sich einander vielmehr zusehends. Die Preise, die Löhne, die Arbeitszeiten der verschiedenen Gebiete haben die Tendenz, auf das gleiche Niveau zu kommen. Die Arbeitslöhne in England oder Frankreich und in Deutschland stehen heute einander viel näher als vor fünfzig und selbst vor dreissig Jahren.

Nach Conrad betrug zum Beispiel der Preis des Weizens per Tonne im Durchschnitt 1821 bis 1830 in England 266 Mk., in Preußen 121 Mk. Dagegen 1898 in England 154 Mk., in Preussen 184 Mk. Sie waren einander tatsächlich gleichgekommen und standen in Preussen nur um den Betrag des Zolls höher. Die daraus hervorgehende Differenz war aber weit geringer als vor einem Jahrhundert die aus den allgemeinen Produktionsbedingungen entspringende.

Nun noch ein Beispiel aus der Lohnstatistik: Es betrugen nach den internationalen Erhebungen des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten die durchschnittlichen Stundenlöhne der Möbeltischler (in Pfennigen):

	1885	1890	1900	1903
In Berlin	33.0	43.0	63.5	67.2
„ Paris	61.7	66.3	69.7	69.7
Vereinigte Staaten (nordatlantisch)	—	105	112	134

Im Jahre 1885 war in Paris der Arbeitslohn noch fast doppelt so hoch wie in Berlin. 1903 war der Unterschied schon fast völlig ausgeglichen. Im Jahre 1890 noch betrug in den nordatlantischen Staaten, den eigentlichen Industriestaaten Amerikas, der Arbeitslohn 244 Prozent des Berliner Lohnes. Zehn Jahre später nur noch 176 Prozent. Dann hob er sich infolge einer ausserordentlich günstigen Konjunktur wieder auf 200 Prozent des Berliner Lohnes, aber den Niveauunterschied von 1890 vermochte er nicht mehr zu erreichen.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel, die Metaldreher, deren durchschnittliche Stundenlöhne für Paris und Berlin bis 1878 zurückzuverfolgen sind. Diese Löhne betrugen (in Pfennigen) :

	1878	1880	1890	1900
In Berlin	28.0	31.7	47.4	60.9
„ Paris	47.2	48.0	47.8	54.3
Nordamerikanische Staaten	—	—	100	104

Ebenso wie die steigende Annäherung der Preise und Löhne wirken noch andere Momente in gleicher Richtung, so die Währungsverhältnisse. Alle modernen Staaten gingen in den letzten Jahrzehnten zur Goldwährung über, die bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts allein von England angenommen war. Das metrische Mass und Gewicht ist aus Frankreich im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts auf Mitteleuropa übertragen worden u. s. w. Nehmen wir dazu noch die wachsende internationale Verflechtung des Finanzkapitals, die Vermehrung der internationalen Abkommen, die durch eine zunehmende Ausgleiche der Produktionsbedingungen der einzelnen Staaten die Abschleifung ihrer Eigenart ermöglichen, dann erkennen wir deutlich, wie gänzlich es aus der Luft gegriffen ist, wenn Renner behauptet:

„Sowohl ökonomisch als juristisch knüpft die kapitalistische Entwicklung in ihren Anfängen überall an andere staatliche Voraussetzungen an, sie strebt sie zunächst auszugleichen, zu nivellieren. Diese Nivellierungstendenz ist jedoch nur der älteren Periode eigentümlich und wird nur irrthümlicherweise auch für unsere Zeit behauptet. Die neustaatliche Periode (seit dem Sturz des Liberalismus) jedoch beginnt sie wieder zu differenzieren und gestaltet häufig sogar aus gleichen Anfängen sehr verschiedene Formen. (Jüngere Periode.)" (S. 103, 104.)

Schnell fertig ist nicht nur die Jugend, sondern auch Renner mit dem Wort und auch mit der Feststellung von Irrthümern, die er bei anderen zu entdecken vermeint. Die Beweise für seine Worte überlässt er klugerweise auch hier der erleuchteten

marxistischen Nachwelt, denn die verblendete Mitwelt findet, sie stünden zu sehr in Widerspruch zu den Tatsachen.

Renner schliesst auf die steigende Differenzierung wohl aus den modernen Bestrebungen nach steigender Abschliessung der Staaten und Bildung privater Monopole in ihrem Innern. Aber weder Schutzzölle noch Kartelle sind imstande, der machtvollen Ausbildung der Verkehrstechnik und des Verkehrswesens entgegenzuwirken, die immer siegreicher im Frieden alle Zollhindernisse überwinden.

Der internationale Verkehr wächst mit ungeheurer Schnelligkeit.

Im Deutschen Reiche betrug der Spezialhandel in der Ära des Schutzzolls:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Milliarden Mark	
1880 . .	2.9	2.9
1800 . .	4.3	3.4
1900 . .	6.0	4.8
1910 . .	10.4	8.1
1913 . .	11.6	10.9

Nur deshalb konnte die Ära des Schutzzolls sich ohne grosse Schädigungen des ökonomischen Lebens behaupten, weil die Zölle ganz ausserstande waren, die wachsende Annäherung der einzelnen natürlichen und staatlichen Verkehrsgebiete zueinander und die zunehmende Innigkeit ihrer gegenseitigen Beziehungen, damit aber auch die stete Verstärkung ihrer Abhängigkeit voneinander zu verhindern.

Das liegt so offenkundig zutage, dass auch Renner selbst es weiss und laut verkündet in seinem Kapitel über „Die äusseren Beziehungen der Wirtschaftsgebiete und die Weltwirtschaft“. Was wird aber dabei aus dem „geschlossenen Wirtschaftsgebiet“, diesem „geschlossenen Organismus“, der im Gegensatz zur vorhergehenden „unmittelbaren Weltwirtschaft“ das Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte sein soll?

b) Das Wirtschaftsgebiet als sich selbst genügendes Gebiet.

Renners widerspruchsvolle Auffassung des Wirtschaftsgebietes rührt nicht zum mindesten daher, dass er unter diesem Wort zwei ganz verschiedene Dinge versteht, die ihm unbewusst durcheinanderlaufen. Auf der einen Seite ist ihm das Wirtschaftsgebiet im Grunde nichts anderes als ein Verkehrsgebiet, ein Gebiet, innerhalb dessen durch natürliche oder staatliche Bedingungen der Güterverkehr leichter ist, als der Verkehr zwischen diesem und einem anderen Gebiet. Da er aber diesen Begriff nicht scharf erfasst, mengt sich mit ihm zeitweise ein anderer, wonach das Wirtschaftsgebiet nichts ist als ein Gebiet, das sich in allen wesentlichen Punkten wirtschaftlich selbst genügt, das alles, was es braucht, selbst produziert.

Das wird schon dadurch bezeugt, dass er seine Aufzählung der geschichtlich aufeinanderfolgenden Arten der Wirtschaftsgebiete mit der „geschlossenen Gutswirtschaft“ beginnt. Eine solche ist sicher kein Verkehrsgebiet, sondern ein Gebiet, das seinen Verbrauch selbst produziert, nichts von aussen bezieht, nichts nach aussen abgibt (im wesentlichen), das sich also wirtschaftlich genügt. Die Tendenz, das natürliche Streben nach solcher Selbstgenügsamkeit (nach „Autarkie“) entdeckt aber Renner auch in

jedem anderen Wirtschaftsgebiet :

„Jedes Wirtschaftsgebiet hat *naturnotwendig* diese Autarkisierungstendenz, sie ist ein Haupthebel der Entwicklung, der Ausbreitung höherer Wirtschaftsformen über die Erdoberfläche, der Oekumenisierung der Welt.“ (S. 118.)

Die Unterschiede zwischen den beiden Arten Wirtschaftsgebiet sind fundamentaler Natur. Die Politik, welche die eine Art erheischt, bildet den geraden Gegensatz zur Politik der ändern.

Die wirtschaftliche Entwicklung beruht auf fortschreitender Arbeitsteilung, die wieder abhängt von fortschreitender Vergrößerung des Absatzes der einzelnen Produkte. Wenn Millionen von Schrauben gebraucht werden, kann man eine besondere Fabrik für ihre Erzeugung einrichten. Werden nur einige Tausende gebraucht, kann man sie nur nebenher in einer Fabrik herstellen, die verschiedene Eisenwaren erzeugt. Würde sich der Absatz für eine "Ware auf ein bestimmtes Verkehrsgebiet beschränken, so müsste der Fortschritt der Arbeitsteilung "bald seine Schranken finden. Die Ausdehnung des Verkehrs über dieses Gebiet hinaus ist eine Bedingung des ökonomischen Fortschrittes, des Gedeihens der Industrie, der Entwicklung der Produktivität der Arbeit, der Bildung der Vorbedingungen des Sozialismus. Sie wird ohneweiters erreicht durch Hinwegräumung jener natürlichen oder staatlichen Schranken, die ein bestimmtes Verkehrsgebiet, den „inneren Markt“, von anderen Verkehrsgebieten abschliessen. Ausbau und Verbesserung der Verkehrsmittel, Aufhebung der Zölle u. s. w., das sind die Methoden, durch die bisher auch die Sozialdemokratie die Annäherung der Völker zu fördern suchte.

Anders steht die Sache, wenn das Wirtschaftsgebiet ein geschlossenes Gebiet sein will, das sich selbst genügt, das alles produziert, was es selbst braucht. Die Ausdehnung des Marktes, des Absatzes ist hier nicht zu erreichen durch die Erleichterung des Verkehrs mit anderen Gebieten, sondern durch Ausdehnung der Grenzen des geschlossenen Gebietes. In diesem Sinne sagt auch Renner: „Ausdehnung ist die allgemeine Tendenz der Wirtschaftsgebiete.“

Fällt aber das Wirtschaftsgebiet mit dem Staatsgebiet zusammen, so ist jene Ausdehnung gleichbedeutend mit der Ausdehnung des Staatsgebietes, die in der Regel nur möglich ist durch den Eroberungskrieg. Dieser wird so für Renner dort, wo er konsequent seinen eigenen Standpunkt zu Ende denkt, was nicht überall der Fall, eine Notwendigkeit des ökonomischen Fortschrittes, die auch der Sozialdemokrat anerkennen muss.

Wir haben einen seiner Aussprüche in diesem Sinne schon kennen gelernt.

Es ist nicht der einzige in dem Buche. So heisst es auf Seite 278:

„Niemand wird es einfallen, zu leugnen, weder dass das römische Weltreich für die Menschheit ein gewaltiger Gewinn war, noch dass der Krieg das Mittel war, diesen Erfolg herbeizuführen. Und also ist es nicht ausgeschlossen, *dass auch in der Zukunft die Welt ihre Ordnung finde im Wege kriegerischer Auslese*, dass diejenige Macht, die sich als die stärkste Organisation erweist, auch durch die Geschichte zum grössten Organisationswerk berufen und von *Rechtswegen* die höchste Gewalt wird, die *Richterin*, *Walterin* und *Rechts-schöpferin der Völker*.“

Das römische Weltreich konnte im Kriege nur geschaffen werden durch den Ruin der römischen Bauernschaft, dessen Gegenstück der Despotismus der römischen Kaiser darstellt. Der Untergang der Volksfreiheit, der Verfaulungsprozess der römischen

Kaiserzeit ist nach Renner ein so grosser Gewinn, dass er durch die ewigen Kriege der römischen Machthaber nicht zu teuer bezahlt wurde. Dabei ist der Krieg für unseren Umlerner auch ein Gottesurteil, in dem stets der bessere, für die Menschheit nützlichere Teil siegt. Die im Kriege der Menschheit aufgezwungene Weltherrschaft der im Waffenhandwerk am besten geübten Nation ist ihm gleichbedeutend mit dem Triumph des Rechts durch „kriegerische Auslese“.

Derartige Ausführungen sind nicht neu. Völlig neu aber ist es, dass Sozialdemokraten sie proklamieren. Sie bedeuten einen völligen Umsturz unserer bisherigen Grundsätze, eine Kapitulation vor der Machtpolitik.

Darin hat ja Renner recht, wenn er in Voraussicht sozialdemokratischer Einwände hinzufügt: „Weichmütige Selbsttäuschung macht keine Geschichte.“

Hätten wir ihm nur moralische Entrüstung entgegenzusetzen, dann stünde es schlimm um unsere Sache.

Die hier vorgeführten Konsequenzen der Rennerschen Auffassung gelten nur dann, wenn wir das Wirtschaftsgebiet als einen sich selbst genügenden wirtschaftlichen Organismus betrachten. Einen solchen stellt der innere Markt nicht dar, neben dem stets noch der äussere Markt besteht, die beide die innigsten Wechselwirkungen aufeinander ausüben. Ein Wirtschaftsgebiet, das zusammenfiel oder zusammenfallen könnte mit dem Staatsgebiet in einem anderen Sinne als dem des inneren Marktes, gibt es aber innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht. Was uns Renner über sein Wirtschaftsgebiet erzählt, beruht teils auf Konstruktionen, teils auf Verwechslungen.

Er führt uns die Entwicklung des Wirtschaftsgebietes vor, wie es wächst von der Gutswirtschaft zur Wirtschaft der Stadt, des Territoriums, des Nationalstaates und dann des Nationalitätenstaates. Aber von allen diesen Gebieten bildet nur das Gut der Feudalzeit einen Wirtschaftskörper mit der Tendenz, sich selbst zu genügen. Ein solches Gut hat nie ein souveränes Gemeinwesen dargestellt, es war stets nur ein wirtschaftlicher Betrieb innerhalb eines Staates, wie heute etwa eine Fabrik, nur mit dem Unterschied, dass die Gutsherrschaft auch politische Funktionen zu versehen hatte, ein Rädchen im Verwaltungsorganismus des Staates war. In der Periode der Gutsherrschaft finden wir bereits ungeheuer grosse Staaten, wie den Karls des Grossen, der ausser Frankreich und Norditalien auch den grössten Teil des heutigen Deutschlands umfasste. Die geschlossene Gutswirtschaft und Gutsherrschaft bestand in Russland bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein.

Der Staat selbst ist in seinen Anfängen etwas ganz anderes als eine Gutsherrschaft. Er ist eine *Herrschaftsorganisation*, die eine ganze Reihe sich selbst genügender Wirtschaftsgebiete, Stammesgaue, Markgenossenschaften, Guts-Herrschaften und dergleichen zusammenfasst. Er ist kein Wirtschaftsorganismus, wenn der Staatsgewalt auch unter Umständen wirtschaftliche Aufgaben zufallen. Seine Ausdehnung ist sicher wirtschaftlich bedingt, aber nicht in der einfachen Weise, wie Renner sich es vorstellt, dass sie abhängt von der Ausdehnung eines Wirtschaftsgebietes.

Die Grösse eines Staates hängt ab von der Kraft, namentlich der militärischen Kraft seiner herrschenden Klasse; sowohl von der Kraft, die sie selbst direkt besitzt, wie jenen Kräften, die sie sich dienstbar macht. Je grösser die Machtmittel der Herrschungsklasse, desto mehr Gebiet, desto mehr Menschen vermag sie zu erobern, desto mehr wird sie den Staat ausdehnen.

Die Kraft der herrschenden Klasse ist ökonomisch bedingt. Von der

Produktionsweise und Gesellschaftsform, die in ihrem ursprünglichen Gebiet und von jener, die in einem Nachbargebiet herrscht, hängt es ab, ob in ihr die militärischen und sonstigen für die Ausdehnung des Staates erforderlichen Eigenschaften höher entwickelt sind als bei dem Nachbarn, ob sie es vermag, diesen niederzuschlagen und ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Das Gebiet des Staates ist ein Herrschaftsgebiet, kein Wirtschaftsgebiet, es kann nicht nur die verschiedensten sich selbst genügenden Wirtschaftsgebiete, sondern sogar Gebiete der verschiedensten Produktionsweisen umfassen. Innerhalb der Grenzen desselben Staates können Gebiete liegen, die sich selbst genügen, und solche, die auf den regsten Aussenhandel angewiesen sind und ausschliesslich davon leben.

Die erobernde und zusammenfassende Kraft, die eine herrschende Klasse aus ihrer ökonomischen Grundlage zieht, ist der wichtigste, jedoch nicht der einzige ökonomische Faktor, der für die Bildung eines Staates in Betracht kommt.

Die Verkehrsverhältnisse spielen zum Beispiel für die militärische Kraft ebenso eine Rolle wie für den Handel. So hängt diese Kraft heute bekanntlich in hohem Masse vom Stande der Eisenbahnen ab. Zur Eroberungspolitik der alten Römer gehörte die Anlegung eines Strassennetzes, das ihre Stadt mit den Provinzen verband. Je leichter man Truppen vom Zentrum an die Grenze werfen kann, desto leichter wird der Staat unter sonst gleichen Umständen eine Grenzprovinz behaupten können. Andererseits wird eine Eroberung nicht leicht festzuhalten sein, die durch ein schwer überwindliches Verkehrshindernis, etwa ein unwegsames Gebirge, vom übrigen Reiche abgetrennt ist, dagegen keine natürliche Schranke zwischen sich und dem Nachbarstaat findet. In dem einen Falle wird die Leichtigkeit des Verkehrs nicht nur militärische, sondern auch ökonomische Verbindungen der Provinz mit dem Reich herstellen, die bewirken, dass ihre Bevölkerung an dem Zusammenhang mit ihm interessiert ist. Im anderen Falle erschwerten Verkehrs wird die Provinz, die nur mühsam militärisch zu behaupten ist, auch keinen ökonomischen Zusammenhang mit dem Gesamtreich gewinnen, eher ein Interesse an der Verbindung mit dem Nachbarstaat, mit dem der Verkehr für sie leichter ist. Ihre Bevölkerung wird jede Gelegenheit benützen, sich loszureissen.

Angesichts der Bedeutung, die die Verkehrsmittel für den Krieg wie für den Handel haben, werden daher Gebiete, die von Natur aus Verkehrsgebiete in dem hier bereits entwickelten Sinne sind, auch leichter staatlich zusammengehalten werden können. Insofern besteht also unter Umständen ein innerer Zusammenhang zwischen der Ausdehnung des Staates und des Verkehrsgebietes. Aber das gilt keineswegs allgemein, bildet nur einen Sonderfall, der unter gewissen Umständen eintritt. Die Staaten dieser Art sind weit entfernt, den allgemeinen Typus zu bilden, vielmehr nur als Ausnahmen zu betrachten.

Böhmen stellt zum Beispiel seit altersher gleichzeitig ein natürliches Verkehrsgebiet und ein Staatsgebiet dar. Der Umfang des Königreichs Böhmen ist deutlich auf einer physikalischen Karte Kuropas zu erkennen, auf der nur die Bodengestaltung verzeichnet ist, nicht die politischen Grenzen. Aber das ist ein Ausnahmefall, der für die meisten anderen Staaten nicht zutrifft. Böhmen bildet auch darin eine Ausnahme, dass die Grenzen des Königreiches seit einem Jahrtausend bis in unsere Tage die gleichen blieben, was sich von den wenigsten Staatswesen sagen lässt.

Derartige besondere Fälle mögen Renner vorgeschwebt haben, als er seine Behauptung aufstellte, Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet stünden in organischem

Zusammenhang. Bestimmtes lässt sich darüber nicht sagen, da er nirgends seine Anschauungen begründet oder theoretisch entwickelt, sondern sich damit begnügt, sie mit grosser Entschiedenheit zu bekunden, was freilich bequemer ist und auf manchen Leser mehr Eindruck macht als die überzeugendste Begründung.

Unvereinbar mit dieser Auffassung des Zusammenhanges von Wirtschaftsgebiet und Staatsgebiet ist jedoch der Ausgangspunkt der Darstellung, durch die Renner jenen Zusammenhang illustrieren will: die geschlossene Gutswirtschaft war nie ein selbständiges politisches Gemeinwesen, geschweige denn ein Staat. *Bei ihr fiel also Wirtschaftsgebiet und Staatsgebiet nie zusammen.*

Nicht besser steht es mit der Rennerschen Darstellung der weiteren Entwicklung über die Gutsherrschaft hinaus.

Die Stufenfolge, die er uns vorführt, ist Schmoller und Bücher entlehnt. Gar manches lässt sich gegen sie schon bei ihren Urhebern einwenden; noch mehr aber gegen die Art und Weise, wie Renner sie anwendet, um das Wachstum der Staaten durch die Ausdehnung der Wirtschaftsgebiete zu erklären.

Nach ihm folgt auf die Gutswirtschaft die Stadtwirtschaft, und die „Staatsgemeinschaft“ entwickelt sich vom Fronhof zur Stadt.

In Wirklichkeit bildet sich die Stadt innerhalb des Staates. Nichts irriger als die Vorstellung, die erste Form des Staates habe die Gutswirtschaft gebildet und die zweite die Stadt. Es kommt im Laufe der geschichtlichen Entwicklung vor, dass einzelne Städte eine überragende Bedeutung bekommen, die sie instand setzt, sich politisch unabhängig, ja ein kleineres oder grösseres Landgebiet von sich abhängig zu machen. So kann die Stadt zu einem Staat werden, mitunter zu einem gewaltigen, wie Athen, Venedig, vor allem Rom. Mannigfach waren die Faktoren, von denen die Ausdehnung ihres Staatsgebietes abhing, aber nie wurde es bestimmt durch die Ausdehnung der Stadtwirtschaft, was immer man unter diesem Namen verstehen mag.

Auf die Stufe der Stadtwirtschaft folgt bei Renner wie bei Schmoller die der „Territorialwirtschaft“, die die „Landeshoheit erwirkt“.

Dieser Begriff ist gleich sonderbar, mag er eine ökonomische Entwicklungsstufe bezeichnen oder ein Wirtschaftsgebiet.

Die Landeshoheit der Territorialherren ist nicht etwa wie das Städtewesen eine allen Völkern auf einer gewissen Kulturhöhe gemeinsame Erscheinung, sondern eine besondere Spezialität des Deutschen Reiches. Eine Reihe seiner Fürsten entwickelte sich seit dem Ausgang des Mittelalters tatsächlich zu souveränen Monarchen, die aber doch über sich einen Kaiser anerkannten. Diese besondere Art fürstlicher Gewalt nannte man die Landeshoheit der Territorialherren. Die Eigenart dieser kleinen Fürstentümer innerhalb eines grossen Reiches ermöglichte es, dass die Ausdehnung des Gebietes der einzelnen Dynastien viel unabhängiger von ökonomischen und militärischen Bedingungen war als die eines völlig selbständigen Staatswesens. Es konnten sich im Deutschen Reiche Staatswesen erhalten von einer Winzigkeit, die auf gleicher Kulturstufe anderswo unmöglich gewesen wären. Daneben gab es sehr ansehnliche Staaten, auch abgesehen vom Landgebiet des Kaisers. Im Jahre 1786 umfasste Deutsch-Preussen über 2000 Quadratmeilen, Bayern über 1000 Quadratmeilen, dagegen verfügte der Graf von Leiningen nur über 8 Quadratmeilen, der von Wernigerode gar nur über 4 Quadratmeilen.

Man kann schon aus diesen Andeutungen ermessen, was es heisst, von einer „Territorialwirtschaft“ als einem Wirtschaftsgebiet von einer bestimmten Ausdehnung zu

sprechen, das einer bestimmten Höhe der ökonomischen Entwicklung entspricht und das sich mit Notwendigkeit überall durch Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes bildete!

Schmoller bezeichnet als Periode der Territorialwirtschaft die Zeit vom 14. bis 18. Jahrhundert, für die Mittelstaaten von 1 bis 2 Millionen Einwohnern typisch seien. Jedoch ist für diese Zeit ebensowenig wie für den Zeitraum vor und nach ihr eine besondere Staatsgrösse typisch. Neben kleinsten Staaten und Mittelstaaten finden wir in jener Epoche grosse Staaten, die ihre Geschichte bestimmen, Frankreich, Spanien, England, die habsburgische Monarchie. Jeder dieser grossen Staaten zerfiel in zahlreiche Verkehrsgebiete, die durch Zölle voneinander getrennt waren, oft räumlich weit ab vom Hauptkörper des Staates lagen. In keiner Weise bedeutete der Staat jener Zeit ein Wirtschaftsgebiet.

Die nächste Stufe, die uns Renner vorführt, die „geschlossene Nationalwirtschaft“, die den Nationalstaat „erwirkt“, soll der Stufe entsprechen, die Bücher und Schmoller als die der „Volkswirtschaft“ bezeichnen. Doch von einer „geschlossenen Nationalwirtschaft“ sprechen sie nicht. Wo sollte diese auch zu finden sein? Wird sie „erwirkt“ durch das Streben nach dem Nationalstaat? Aber gleichzeitig mit diesem Streben finden wir das nach dem Freihandel, nach „Entstaatlichung“ der Oekonomie, nach Aufhebung der Grenzen, nach Schaffung der „staatslosen Weltökonomie“. Alles das sind Ergebnisse der gleichen ökonomischen Entwicklung.

Vergebens sehen wir uns nach Beispielen um, die uns den Begriff der „geschlossenen Nationalwirtschaft“ veranschaulichen und uns das geschlossene Wirtschaftsgebiet einer Nation zeigen könnten, das der Bildung eines Nationalstaates vorausgeht.

Wo eine Nationalität in verschiedene Teile zerfiel, von denen jeder einem anderen Staat zugehörte, bildete die Nationalität nicht einmal jenes engere Verkehrsgelbiet, das man den inneren Markt nennt, trotz der Gemeinsamkeit der Sprache, dieses wichtigsten aller Verkehrsmittel. Wo blieb die „geschlossene Nationalwirtschaft“ der Polen in Preussen, Oesterreich, Russland? Oder etwa die der Tschechoslowaken in Ungarn und Böhmen? Oder die der Deutschen in Oesterreich und Preussen ?

Es ist eine rein aus der Luft gegriffene Behauptung, dass der Nationalstaat vorbereitet und seine Ausdehnung bestimmt wird durch die vorherige Bildung einer geschlossenen Nationalwirtschaft.

c) Nationalitätenstaat und Kolonialstaat.

Als Abschluss der bisherigen Entwicklung des Staates betrachtet Renner den „übernationalen Weltstaat“. Hier kommen wir zur Gegenwart, zu dem Punkte, wo die theoretische Untersuchung des Wirtschaftsgebietes praktisches Interesse erfüllt. Leider bedeutet die grössere Nähe des Gegenstandes nicht grössere Klarheit. Was Renner „übernationalen Weltstaat“ nennt, das umfasst mehrere, untereinander sehr verschiedene Staatsformen. Allerdings ist diese Konfusion ihm heute nicht allein eigentümlich. Sehr allgemein ist die Auffassung, als wenn alle Staaten, in denen Völker verschiedener Sprache zusammengefasst sind, einen gemeinsamen Typus darstellen würden. Das ist keineswegs der Fall. Am allerwenigsten aber bildet eine solche Zusammenfassung eine Staatenart, die ansschliesslich die jüngste Gegenwart kennzeichnet.

Da die Ausdehnung des Staates nicht durch die eines Wirtschaftsgebietes, was

immer man unter einem solchen verstehen mag, notwendig bedingt wird, sondern durch die Machtmittel der ihn beherrschenden Klassen, finden wir in der geschriebenen Geschichte, soweit wir sie zurückverfolgen können, von ihren Anfängen an Staaten, die so ausgedehnt sind, dass sie verschiedene Sprachgebiete umfassen. Die Staaten dieser Art bilden eine ununterbrochene Reihe bis heute, von den Assyern an.

Unter ihnen sind die verschiedensten Typen zu unterscheiden. Für die moderne Geschichte kommen zwei in Betracht, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen.

Da finden wir einmal Staaten, deren verschiedene Sprachgemeinschaften moderne Nationalitäten darstellen, wie sie der Kapitalismus und die aus ihm hervorgehende *moderne* Demokratie schafft: Nationalitäten, die die Fähigkeit und den Willen haben, die Staatspolitik selbständig und tatkräftig zu bestimmen. Diese Staaten sind *Nationalitätenstaaten*. Ihr auffallendster "Vertreter heute ist *Oesterreich*.

Auf der anderen Seite haben wir Staaten, die, mögen sie bloss aus einer modernen Nation bestehen oder aus mehreren, sich daneben Völkerschaften einverleiben, die noch das Stadium der primitivsten Demokratie nicht überschritten haben, einer Demokratie, die sich sehr wohl in einem kleineren Rahmen, etwa einer Gemeinde oder Markgenossenschaft, zu betätigen weiss, die aber noch nicht über die materiellen und intellektuellen Vorbedingungen verfügt, um in die grosse Staatspolitik eingreifen zu können.

Sind im Nationalitätenstaat alle Nationen fähig und ge-[...] gleichen Rechtes an der Staatspolitik teilzunehmen, so [...]es für die annektierten Elemente in der zweiten Staatsart vornherein ausgeschlossen. Hier sind die zum Staat hinzugefügten Gebiete blosser Anhängsel, *Kolonien*.

Der *Kolonialstaat* und der *Nationalitätenstaat* sind zwei ganz verschiedene Arten von Staaten, obgleich sie beide „übernationale Weltstaaten“ sind.

Es ist, schlimm genug für Renner, dass er diese beiden Staaten nicht auseinanderhält. Ausserdem aber hat er das Pech, dass keine der beiden Staatenarten erst nach dem Nationalstaat auftritt, wie es sein Schema der Wirtschaftsgebiete vorschreibt. Die heutigen Nationalitätenstaaten wie die Mehrzahl der heutigen Kolonialstaaten haben sich vielmehr in jenem Zeitraum gebildet, in dem Renner seine famose „Territorialwirtschaft“ entdeckt und der dem des Nationalstaates vorhergeht.

Darin stimmen die beiden Staatenarten überein, doch weisen sie nicht die gleiche Entwicklung auf. Seit dem Aufkommen der modernen Nationalität und der Idee des Nationalstaates nimmt die Bildung von Nationalitätenstaaten ein Ende. Alte Nationalitätenstaaten verschwinden so die europäische Türkei -- keine neuen entstehen mehr. Nirgends können wir in Europa seit einem Jahrhundert Ansätze zu der Neubildung eines „übernationalen Weltstaates“ durch Angliederung bisher souveräner moderner Staaten an einen grösseren Staat anderer Nationalität bemerken, wohl aber Trennungen schon bestehender Staaten in verschiedene Teile, von der Belgiens von Holland 1830 angefangen bis zu der Norwegens von Schweden, 1905, der nun wohl die Selbständigkeit Polens folgen dürfte.

Die Nationalitätenstaaten, die heute in Europa bestehen, sind Ueberbleibsel der Vergangenheit. Sie mögen unter Umständen noch eine grosse Kraft entwickeln, wie etwa auch die katholische Kirche. Aber es ist eine Kraft, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hat, eine Kraft, die ebenso konservativ wirkt, wie sie von konservativen Mächten abhängt. Wie immer man über die Zukunft solcher Staaten denken mag, es

gehört eine erhebliche Dosis lokaler Selbstgenügsamkeit dazu, der Meinung zu verfallen, ihr politisches und ökonomisches Leben vollziehe sich erspriesslicher als in den Nationalstaaten und bilde ein verlockendes Vorbild für diese. Besonders erstaunlich ist diese Selbstgenügsamkeit, wenn sie sich nicht bei einem Konservativen findet, sondern bei einem Mann, der als Sozialdemokrat, also sozusagen als Revolutionär auftritt.

Anders steht es mit dem Kolonialstaat. Für eine Reihe von Staaten ist allerdings das, was sie an kolonialem Gebiet noch besitzen, ebenfalls nur ein Ueberbleibsel aus der Vergangenheit, so bei Spanien, Portugal, Holland. Andere dagegen sind tatsächlich erst dann durch Annektierung von Kolonien zum „übernationalen Weltstaat“ übergegangen, nachdem sie das Stadium des Nationalstaates erreicht hatten. So Italien, Frankreich und England endlich waren schon früher Kolonialstaaten, haben aber in den letzten Jahrzehnten ihren kolonialen Besitz erheblich erweitert.

Diese Erscheinungen, des modernen Imperialismus sind es, aus denen die Auffassung Renners vom „übernationalen Weltstaat“ einen Schein von Berechtigung gewinnt.

Aber strittig ist ja nicht die Erscheinung selbst. Die pfeifen die Spatzen von den Dächern. Strittig ist bloss, wie sich das Proletariat zu ihr stellen soll.

Die Sozialdemokratie hat bisher die Auffassung vertreten, dass der Besitz von Kolonien für die industrielle Entwicklung nicht notwendig ist, dass er eine Gefahr bildet, da er zum Wettrüsten drängt und kriegerische Verwicklungen provoziert. Endlich aber auch, und das allein müsste für einen Sozialdemokraten genügen, dass die gewaltsame Besitznahme eines fremden Landes, die Unterjochung und Knechtung seiner Einwohner den Grundsätzen des Proletariats widerspricht, das sich, als unterste der Klassen, nicht befreien kann, ohne alle Unterdrückung und Ausbeutung aufzuheben.

Das haben wir Marxisten jahrzehntelang verfochten und ausführlich begründet. Wollte Renner eine andere Auffassung verfechten, dann müsste er zunächst unsere Beweisgründe widerlegen. Er weiss eine bequemere Methode. So nebenher lässt er ein paar Bemerkungen fallen, in denen die bisherige Auffassung der Sozialdemokratie so schief dargestellt wird, dass sie lächerlich erscheint.

„Die Ausbreitung und Verdichtung der Oekumene (Weltwirtschaft) ist die grösste geschichtliche Tatsache des letzten halben Jahrhunderts, der grösste Fortschritt der bisherigen Geschichte überhaupt.“

„So im ganzen gesehen. Nachbarlich und sonderstaatlich gesehen, erscheint das freilich als Kolonialpolitik und koloniale Ausbeutung, Herrschaft und Knechtschaft u. s. w. Das ist allerdings und ist bei der dialektischen Natur des Kapitals auch gar nicht verwunderlich. Es will mir daher durchaus nicht gefallen, dass so viele und so namhafte Marxisten hinter der kolonialen Tagesbeschwerden und Nachbarschaftsivalitäten das Säkular-Grosse der Oekumenisierung der Welt gar nicht sehen und ihr gegenüber einen hilflos-griesgrämigen sittenrichterlichen Standpunkt beziehen, der tief unter der Marxschen Denkweise liegt. Viele von ihnen spinnen sich in einen kleineuropäischen Gesichtskreis, in eine Art geschlossenen Handelsstaat Europa ein, der bloss in Altväterweise Uebenschuss und Ueberbedarf zu tauschen, die Naturvölker einstweilen der Wildnis zu überlassen und sich selbst auf dem kürzesten Sonderweg in den Himmel des Sozialismus zu befördern habe, von wannen der Befreier Sozialismus dann wiederkehren und den Wilden das Evangelium des Sozialismus im Wege der Predigt beibringe soll. So vollzieht sich die Geschichte nicht. In solcher Art Gegner des Kolonialsystems sein, heisst Gegner der Weltgeschichte sein und nicht Anti-imperialist.“ (S. 112, 113.)

„Die Notwendigkeit der sogenannten Kolonisation zu verneinen, ist kindisch.“ (S. 362.)

Renner gehört also zu jenen „Antiimperialisten“, die die Notwendigkeit der Kolonisation und damit des Imperialismus verfechten. Den Imperialismus dadurch zu bekämpfen, dass man seine Notwendigkeit verneint, erscheint ihm „kindisch“. Wer gegen die Kolonialpolitik auftritt, ist sogar ein „Gegner der Weltgeschichte“, am Ende gar noch ein Gegner der Geographie. Es mag das ja ein fürchterliches Vergehen sein, ich ziehe es aber immer noch einer Gegnerschaft gegen die Logik vor.

Natürlich ist es eine reine Phantasie Renners, dass die Gegner der Kolonialpolitik Europa in einen geschlossenen Handelsstaat verwandeln und die Ausdehnung seines Handels einschränken wollten. Es gehört zu den unausrottbarsten Wahnideen der Anhänger der Kolonialpolitik, dass Ausdehnung des Handelsverkehrs nur möglich sei durch Ausdehnung des kolonialen Besitzes.

Der Wert der deutschen Ausfuhr betrug 1913 über 10.000 Millionen Mark, der nach den deutschen Kolonien 53 Millionen Mark. Nach Chile oder nach Finnland allein exportierte das Deutsche Reich mehr als nach allen seinen Kolonien zusammengenommen.

Bedeutend grösser als das deutsche ist das französische Kolonialreich. Trotzdem gingen 1913 von der französischen Gesamtausfuhr im Betrag von 6900 Millionen Franken nur 284 Millionen Franken in die Kolonien (abgesehen von Algier). Wieviel davon Lieferungen für Staatszwecke oder Staatsbeamte waren, die mit französischem Geld bezahlt wurden, lässt sich leider nicht feststellen. Es wird nicht wenig sein. Die Kolonien kosteten Frankreich 1913 105 Millionen Franken.

Ueber das gewaltigste Kolonialreich verfügt England. Jedoch selbst dort ist der Handel mit der übrigen Welt wichtiger als der mit den Kolonien. Von der Gesamtausfuhr von 525 Millionen Pfund Sterling gingen 1913 nur 205 Millionen Pfund Sterling in die britischen Besitzungen. Dabei sind aber eine Reihe derselben gar keine Kolonien in dem hier gebrauchten Sinne mehr, sondern autonome Staaten. Diese, Kanada, Australien, Südafrika allein bezogen von der englischen Ausfuhr 91 Millionen Pfund Sterling.

Bemerkenswert ist endlich, dass von der übrigen Ausfuhr nach den Kolonien im Betrag von 114 Millionen der Löwenanteil auf Indien (83 Millionen) und Aegypten (10 Millionen) entfiel, zusammen 93 Millionen Pfund. Von dem unbedeutenden Rest von 20 Millionen Pfund geht aber auch noch der grösste Teil in Gebiete, die durchaus nicht von „Wilden“ bewohnt werden, darunter die Inseln an der französischen Küste im Kanal, Gibraltar, Malta, Zypern.

Will Renner behaupten, alle diese Gebiete könnten nur in der Form von Kolonien an der „Oekumene“ teilnehmen, seien für die wirtschaftliche Entwicklung verloren, wenn sie aufhörten, Kolonien zu sein? Empört er sich nicht gegen „die ausbeuterischste und herrschbegierigste Bourgeoisie der Welt, die angelsächsische Bourgeoisie“? (S. 200.)

Entrüstet er sich nicht über die „englische Eroberungspraxis in Indien und Ostasien“ sowie in Aegypten und über den „Raub Marokkos“; (S. 20(j), vgl. auch S. 298.)

Oder ist er gegen die Kolonialpolitik bloss dort, wo sie England oder Frankreich zugute kommt?

Jener Verkehr mit den „Wilden“, der durch koloniale Eroberungen erschlossen wird, bedeutet nur einen winzigen Bruchteil des Weltverkehrs. Aber auch die Ausdehnung des Handelsverkehrs mit Wilden lehnen wir nicht grundsätzlich ab, sondern nur die Methode der Gewalt.

Renner kennt freilich nur die Alternative gewaltsamer Unterdrückung oder der

Ueberredung „im Wege der Predigt". Dass man den Verkehr in einer Weise gestalten kann, in der die Wilden Nutzen aus ihm ziehen und dadurch bewogen werden, sich auf ihn einzulassen, das kommt ihm nicht in den Sinn, und doch ist das die alte Methode des Handelsverkehrs zwischen gleich Starken, von denen keiner den anderen vergewaltigt.

Aber natürlich, grösser ist der Gewinn für die eine Seite, wenn sie der anderen als die stärkere, als Unterdrückerin und Ausbeuterin entgegentreten kann. Seit wann bildet aber dies kapitalistische Motiv der Kolonialpolitik eine „Notwendigkeit" für Sozialdemokraten?

Ich spreche hier nicht von dem Problem, wie dort, wo ein kolonialer Besitz bereits vorhanden ist, die Bevölkerung am besten zu politischer und ökonomischer Selbständigkeit zu überführen ist. Das ist eine Sache für sich. Hier handelt es sich um die angebliche ökonomische Notwendigkeit steter Erweiterung des „Wirtschaftsgebiets" durch Eroberung neuer Kolonien, entweder auf dem Wege der Versklavung und Expropriierung bisher freier Völker oder auf dem Wege des Krieges gegen eine andere Kolonialmacht.

Diese Politik hat die Sozialdemokratie bis zum Weltkrieg stets abgelehnt als eine Politik des Krieges für kapitalistische Zwecke, für „Ausbeutung, Herrschaft und Knechtschaft".

Renner rechtfertigt diese Politik als Gebot des ökonomischen Fortschrittes, er tut Ausbeutung und Knechtschaft als blosse nebensächliche Schönheitsfehler der kapitalistischen Dialektik ab, die uns nicht beirren dürfen als kleine „Tagesbeschwerden und Nachbärschaftsivalitäten". Ja er wagt es, unseren Kampf gegen Ausbeutung und Knechtschaft zu verhöhnen als einen „hilflos-griesgrämigen Sittenrichterlichen Standpunkt", der „tief unter der Marxschen Denkweise liegt".

Renner hat vollständig die wuchtigen Worte vergessen, mit denen Marx in seinem „Kapital" die ursprüngliche Akkumulation des Kolonialsystems brandmarkt, dessen Methoden „auf brutalster Gewalt" beruhen, seine Mitleidlosigkeit und »Schamlosigkeit. Marx endet den Abschnitt, in dem das Kolonialsystem behandelt wird, mit den Worten: „Wenn das Geld, nach Augier, mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend" („Kapital", L, S. 688).

Welch „hilflos-griesgrämiger sittenrichterlicher Standpunkt, der tief unter der Marxschen Denkweise liegt"!

Wenn jemals, würde Marx diesen Rennerschen Ausführungen gegenüber gesagt haben: Sollte das Marxismus sein, dann bin ich kein Marxist.

Was bleibt vom Sozialismus übrig, wenn der Kampf gegen Ausbeutung und Knechtschaft nicht seine *allgemeine* Pflicht ist. Es gibt keine Partei, die sich nicht gegen Ausbeutung und Knechtschaft einzelner Gegenden und Schichten wendete. Was den Sozialismus kennzeichnet, ist die Tatsache, dass er sich gegen „jede Art der Ausbeutung und

Unterdrückung" wendet, „richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse" (Erfurter Programm). Es genügt nicht, für die Befreiung der arbeitenden Klassen in Wien und Umgebung einzutreten.

Doch tun wir Renner nicht unrecht? Tritt er nicht als der Verteidiger rückständiger Nationen gegen industriell überlegene auf? Vergleicht er nicht deren Gegensatz mit dem Klassengegensatz zwischen Proletariat und Kapital?

Das tut er allerdings. Aber nicht, um die *Kolonialpolitik* zu bekämpfen, sondern den *Freihandel*.

d) Der Freihandel.

Kolonialpolitik und Schutzzollpolitik gehen Hand in Hand, sind Kinder der gleichen Politik des Kapitals, das durch Staatshilfe Extraprofite zu erlangen sucht. Es ist nur konsequent, wenn Renner, nachdem er sich für die koloniale Eroberungspolitik erwärmt hat, dem Freihandel zu Leibe geht, natürlich unter den stärksten Ausfällen gegen die Verständnislosigkeit der Marxisten:

„Wir helfen uns fort mit den abgelegten Schlagworten der bürgerlichen Freihandelsbewegung! Ein beschämender Ausweg!“ (S. 122.)

Und die Schutzzöllnerei? Ist die keine bürgerliche Bewegung?

Doch sehen wir zu, durch welchen Ausweg Renner uns beschämt.

Der Freihandel ist ihm Unterdrückung und Ausbeutung:

„Der Freihandel schafft erst recht zwischen den Bewohnerschaften aller Zonen und Klimate die schlimmsten kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnisse.“ (S. 383.)

Als Beweis dafür sollen wohl folgende Ausführungen gelten:

„Im ganzen fernen Osten wird der Aussenhandel von westeuropäischen Kaufleuten besorgt. Hier monopolisiert der Fremde den allergrössten Teil des im Lande realisierbaren Handelsprofits und vermindert dem Lande den verfügbaren Mehrwert, dessen einzige Akkumulations- und Entwicklungsquelle, um einen beträchtlichen Teil. Dieser Ausfall verkümmert das Wachstum des heimatlichen Kapitals und verlangsamt damit die allgemeine Kulturentwicklung des ganzen Volkes....

„Das altliberale Freihandelsargument, dass der Freihandel an sich der gleiche Vorteil beider durch ihn verbundenen Völker sei, ist damit Lügen gestraft. Es beruht auf dem gleichen Trugschluss, wie das von Karl Marx so oft gegeisselte Argument, dass der freie Lohnvertrag die ökonomische Freiheit des Arbeiters bewirke. Für das Volk, dessen *Handelskapital* ein anderes Wirtschaftsgebiet sich dienstbar macht, bewährt sich der *Freihandel* ebenso als der *heuchlerische Vorwand kolonialer Ausbeutung*, wie für den Kapitalisten die Vertragsfreiheit als Deckmantel der Lohnsklaverei. Und doch unterliegen ganze *Schwärme von Vulgärmarxisten* solchen *simplen Trugschlüssen*, weil sie das Wort "Freiheit" dabei täuscht. Nur dann bewirkt Freihandel nicht Ausbeutung zwischen zwei Volkswirtschaften, wenn sie ökonomisch auf gleicher Stufe stehen.“ (S. 213, 214.)

Und der gute Renner ist jahrzehntelang mitgelaufen im Schwarm dieser Vulgärmarxisten, die vom Freihandel nichts verstehen als das Wörtchen „frei“. Um ihn zur Widerlegung ihrer „simplen Trugschlüsse“ zu veranlassen, war ein Weltkrieg nötig!

Indessen nicht nur das Wort „Freiheit“, sondern auch das Wort „Handel“ gestattet „simple Trugschlüsse“, und Renner macht von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch. Seine ganze Argumentation beruht darauf, dass er zwei verschiedene Begriffe einander gleichsetzt: eine Anzahl von Kaufleuten und ein Zollsystem. Das eine wie das andere sind „Handel“. Wenn englische Kaufleute China ausbeuten, soll das am englischen Freihandelssystem liegen!

Eins ist richtig: Wenn sich in China englische Kaufleute festsetzen und dort Handelsprofite einstecken, die sie in England statt in China akkumulieren, so wird dadurch die Akkumulation des chinesischen Kapitals verlangsamt. Aber das geschieht, weil jene Kaufleute Engländer sind, die nach England zurückkehren, und nicht deshalb,

weil China niedrige Zölle hat, oder gar deshalb, weil in England der Freihandel herrscht.

Was geschieht aber in Agrarländern, in denen die Kaufleute nicht aus dem Ausland kommen? In Preussen und den Vereinigten Staaten waren sie auch in der agrarischen Periode Inländer. Hier blieb also der Handelsprofit im Lande. Wo kam da die Ausbeutung her, die der Freihandel bewirkt? Und wieso kommt es, dass diese einheimischen Kaufleute ebenso sehr für den Freihandel eintraten wie die ausländischen?

Es ist klar, dass ein Schutzzoll dem inländischen Kaufmann gegenüber dem ausländischen keine bevorzugte Stellung schafft. Der Zoll von eingeführten Produkten muss entrichtet werden ohne Unterschied, ob der Importeur ein Ausländer oder ein Inländer ist.

Nicht zum Schütze des heimischen *Kaufmannes*, sondern zum Schütze des heimischen *Industriellen* wird der Zoll eingeführt. Dessen Wirkung besteht darin, dass er nur vom ausländischen, nicht vom inländischen Produkt zu tragen ist. Renner lässt die Ausbeutung durch den Freihandel als Ausbeutung durch das *Handelskapital* erscheinen.

Etwas ist ja daran an der Rennerschen Behauptung, dass die Agrarstaaten gegenüber den Industriestaaten im Nachteil sind. Aber er sucht diesen Nachteil an falscher Stelle.

Ein Land ohne eigene kapitalistische Industrie vermag nur schwer seine ökonomische und politische Unabhängigkeit gegenüber den Industrieländern zu behaupten, die ihm so vielfach überlegen sind. Daher versucht auch jedes Agrarland, seine eigene Grossindustrie zu entwickeln.

Dies Streben nach einer eigenen Industrie, das ist jene Erscheinung, die Renner fälschlich als das naturnotwendige Streben jedes Wirtschaftsgebietes nach „Autarkie“, nach der Fähigkeit, sich selbst zu genügen, bezeichnet.

Aeusserlich hat es den Anschein, als wäre beides gleichbedeutend: Wenn ein Agrarstaat sich eine Industrie schafft, erzeugt er nun nicht alles selbst, was er braucht, während er früher seine Industrieerzeugnisse importieren musste? In Wirklichkeit besitzt nur der Agrarstaat die Fähigkeit zur Autarkie. Denn ihm fehlt nicht jede Industrie, er ist nur in dem Stadium, in dem die landwirtschaftliche Bevölkerung den grössten Teil der industriellen Erzeugnisse, die sie braucht, in ihren eigenen Betrieben herstellt, so dass insofern noch keine Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie hergestellt ist. Erst muss diese urwüchsige landwirtschaftliche Industrie verdrängt sein, ehe der Agrarstaat als Markt für eine grosskapitalistische Industrie in Betracht kommt.

Dieser Vorgang bedeutet aber notwendigerweise rasch wachsende Abhängigkeit vom Weltmarkt, also das Gegenteil von Autarkie auch dann, wenn die Grossindustrie im Agrarstaat selbst erstellt. Selbst ein Land, das über fast alle Rohmaterialien in reichstem Masse verfügt, steigert seit dem Aufkommen seiner Grossindustrie seine Einfuhr wie seine Ausfuhr. So die Vereinigten Staaten. Ihre Einfuhr machte 1862 189 Millionen, 1892 827 Millionen, 1902 903 Millionen und 1912 1653 Millionen Dollar aus, davon konsumreife Industrieprodukte für 360 Millionen Dollar (1862 für 109 Millionen), Rohmaterialien für die Industrie und Halbfabrikate 850 Millionen (1862 61 Millionen), Lebensmittel 426 Millionen 1862 89 Millionen).

Man kann ermessen, wie sehr die Abhängigkeit von anderen Gebieten durch die Entwicklung der Grossindustrie in einem Lande wachsen muss, das nicht, wie die Vereinigten Staaten, Baumwolle und Kupfer, Eisen und Kohle in reichster Fülle selbst produziert.

Das Wachstum der Grossindustrie bedeutet also nichts weniger als Zunahme der Autarkie, selbst wenn, wie in den Vereinigten Staaten, die Landwirtschaft dabei fortfährt, den eigenen Bedarf zu decken, ja Überschüsse zu liefern. Aber das Wachstum der Grossindustrie bedeutet erhöhte Kraft des Landes, sich im Wettbewerb der Völker nicht nur in der Oekonomie, sondern auch der Politik und der Wissenschaft zu behaupten.

Als Mittel zur Förderung dieses Strebens nach Entwicklung einer eigenen Grossindustrie können die Schutzzölle dienen, wenn sie auch nicht unbedingt dazu notwendig sind.

Die kapitalistische Produktionsweise bedarf zu ihrem Gedeihen bestimmter Vorbedingungen — Sicherheit des Eigentums, eine geeignete Rechtsordnung, entwickelte» Verkehrswesen, eine gewisse Verbreitung von Kenntnissen im Volke, Einschränkung der Vergeudung des Mehrproduktes in unproduktivem Aufwand und dergleichen. Wo diese Bedingungen in ausreichendem Masse vorhanden sind, vermag sich der industrielle Kapitalismus auch bei freiem Handel oder niederen Schutzzöllen zu entwickeln, wie das Aufblühen der Industrie in der Zeit nach den napoleonischen Kriegen in der Schweiz und in Deutschland beweisen. Gute Volksschulen und geringe Heereslasten haben in der Schweiz das Aufkommen der modernen Industrie sehr begünstigt. Auch Deutschland wurde durch relativ gute Volksschulen begünstigt. Seine Heeresausgaben waren freilich reichlich, immerhin hat dort die lange Friedensperiode von 1815 bis 1866 mächtig zur Entwicklung der Industrie beigetragen, trotz der niedrigen Tarife des Zollvereines.

Aber in rückständigen Agrarstaaten, die sehr oft von einem kriegerischen, unwissenden Despotismus beherrscht werden, sind diese Bedingungen nicht immer leicht zu schaffen. Sie wirken stets langsam und kosten entweder Geld, wie Volksschulen, Strassenbauten etc., oder erheischen den Verzicht der herrschenden Klassen auf Prunk und Macht. Rasch und sofort wirken dagegen Schutzzölle, und sie belasten bloss die Volksmasse, den Kapitalisten bringen sie Extraprofite, den Herren des Staates neue Steuereinnahmen.

Unter den Massnahmen zur Förderung der Industrie in einem rückständigen Lande stehen daher für die praktischen Staatsmänner in der Regel die Schutzzölle in erster Linie. Marx und Engels sowie deren Schüler haben denn auch ihre Bedeutung nie verkannt. Die „Schwärme von Vulgär-marxisten“, die sich durch das bloese Wörtchen „Freiheit“ für den absoluten Freihandel gewinnen Hessen, sind bloss eine Rennersche Schwärmerei. Wenn er nichts anderes sagen wollte, als auf die ökonomische Rolle von Erziehungszöllen hinweisen, hätte er gerade nichts Neues vorgebracht. Sonderbar bliebe es bloss, warum er zu diesem Zwecke den «o irreführenden Umweg über das Handelskapital nahm. Irreführend wären seine Ausführungen über den Freihandel in ihrem Zusammenhang jedoch auch dann, wenn sie an sich richtig wären.

Denn die Frage der Handelspolitik, die die Sozialdemokratie heute beschäftigt, ist die des Freihandels oder Schutzzolls nicht in den *Agrarländern*, sondern in den *Industrielländern*.

Nur in diesen gibt es eine starke Sozialdemokratie, die die Handelspolitik zu beeinflussen vermag. In den Industrieländern hat aber der Schutzzoll längst aufgehört, als Erziehungszoll zu wirken. Er tritt jetzt stets im Verein mit Zöllen auf Lebensmittel und Rohstoffe auf, Zöllen, von denen die Befürworter des Erziehungszolls nichts wissen

wollen. Die Aufgabe des Zolls ist eben im entwickelten Industrieland nicht mehr die Erleichterung des Aufkommens der Industrie im eigenen Lande, sondern bloss die Gewährung einer privilegierten Monopolstellung für die Industriellen sowie für die Produzenten der Rohstoffe und Lebensmittel, durch die sie erhöhte Profite und Grundrenten auf Kosten der Gesamtbevölkerung gewinnen, und die es ihnen gleichzeitig ermöglicht, kraft dieser Extraprofite an das Ausland billiger zu verkaufen als an das eigene Land, auf dem Weltmarkt andere Nationen zu unterbieten.

Das weiss Renner so gut wie wir. Er weiss aber auch, dass die Marxisten diese Veränderung im Charakter des Zolls seit langem erforscht haben. Schon 1888 wies Friedrich Engels in der „Neuen Zeit“ darauf hin in einem Artikel über „Schutzzoll und Freihandel“. Ich habe später ebenfalls davon gehandelt. Unter den Jüngeren hat namentlich Hilferding den Gegenstand eingehend untersucht in seiner Abhandlung über den „Funktionswechsel des Schutzzolls“ („Neue Zeit“, XXI., 2, S. 274. Vgl. darüber noch Otto Bauer „Die Nationalitätenfrage“, S. 404 ff. sowie „Die Arbeiterklasse und die Schutzzölle“, „Neue Zeit“, XXIII., 1, S. 536, endlich jüngst Karl Emil in der grundlegenden Artikelserie „Handelspolitische Fragen“, „Neue Zeit“, XXX., 1).

Dieser ganze „Schwarm von Vulgärmarxisten“ erklärte sich dem *neuen* Schutzzoll gegenüber unter allen Umständen für den Freihandel — natürlich bloss deshalb, weil in dem Wort die Silbe „frei“ vorkommt und weil sie nur den „beschämenden Ausweg“ wussten, sich mit den „abgelegten Schlagworten der bürgerlichen Freihandelsbewegung zu behelfen“. Schämt sich Renner denn gar nicht, gegen seine alten Freunde, mit denen er so eifrig zusammengearbeitet, von denen er-so viel gelernt hat, so nichtsnutzige Anklagen zu erheben? Alles kann man bei ihm doch nicht mit Kriegspsychose erklären.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der moderne Schutzzoll der Industrieländer diese instand setzt, auf dem Weltmarkt eine Schleuderkonkurrenz zu entfalten, billiger zu verkaufen als Industrieländer, die den Freihandel akzeptiert haben. So weit die aufkeimende Industrie durch billige Zufuhren von dem Auslande gefährdet wird, kann auf diese Weise der Schutzzoll der Industrieländer für die industrielle Entwicklung der Agrarländer eine viel grössere Gefahr werden als allgemeiner Freihandel. Der jetzige Schutzzoll der Industrieländer soll auch nach den Absichten seiner Propagandisten in derselben Richtung wirken, wie die Kolonialpolitik. Beide wollen die Agrarländer verhindern, dass sie zu einer selbständigen Grossindustrie gelangen; sie wollen ein Mittel sein, jene Gebiete in ständiger Abhängigkeit von den grossindustriellen Ländern zu erhalten — und „damit die allgemeine Kulturentwicklung zu verlangsamen“, welche Wirkung Renner dem Freihandel zuschreibt. (S. 213.)

Am allerwenigsten kann die aufkeimende Industrie der Agrarländer durch den Freihandel dann bedroht werden, wenn sie selbst Schutzzölle eingeführt haben und nur die Industrieländer zum Freihandel übergehen. Und darum handelt es sich uns tatsächlich bei der heutigen Agitation für den Freihandel.

Wir verlangen den Freihandel in den *Industriestaaten*, ohne Rücksicht darauf, ob die *Agrarstaaten* auch ihre Zölle reduzieren. Nur eines muss der freihändlerische Staat in seinen Handelsverträgen mit anderen Staaten verlangen: die Meistbegünstigung, die Zusicherung, dass er in einem Lande nicht ungünstigeren Einfuhrzöllen unterworfen wird, als andere importierende Länder.

Sehr nett ist es, dass Renner dort, wo er die koloniale Eroberungspolitik verteidigt, es „tief unter der Marxschen Denkweise“ findet, wenn man die koloniale

Ausbeutung und Knechtung bekämpft, oder wie er es bezeichnet, ihnen gegenüber einen „hilflos griesgrämigen, sittenrichterlichen Standpunkt bezieht“. Wo es dagegen gilt, den Freihandel zu verdächtigen, da entrüstet er sich gar sittenrichterlich-griesgrämig über ihn als „heuchlerischen Vorwand kolonialer Ausbeutung“. (S. 214).

Dieses Sittenrichtertum unterscheidet sich von dem der „Vulgärmarxisten“ allerdings dadurch, dass es den Tatsachen ins Gesicht schlägt.

Gemeint ist offenbar der englische Freihandel. Es ist zwar unsinnig, in ihm ein Mittel oder gar einen heuchlerischen Vorwand kolonialer Ausbeutung zu sehen, aber es passt ganz gut zu Renners sonstigen Äusserungen über England, von denen wir eine schon zitiert haben, wonach die angelsächsische Kapitalistenklasse die ausbeuterischste und herrschbegierigste Bourgeoisie der Welt ist (S. 200).

Angesichts aller dieser Gedankengänge ist es wohl klar, welcher Art der „Antiimperialismus“ Renners ist, der für Schutzzölle und Kolonialpolitik eintritt, den Krieg als Mittel der Vereinigung der Nationen preist und eine Zukunft voraussieht, in der eine Herrennation, gleich ehemals der römischen, auf dem Wege kriegerischer Auslese „durch die Geschichte zum grössten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird“ (S. 278).

Welches Volk damit gemeint ist, unterliegt keinem Zweifel:

„Unzweifelhaft ist, ökonomisch gesehen, Deutschland heute das neueste, das vorbildliche Staatswesen, und nicht England oder gar Frankreich.“ (S. 104.)

Einen derartigen Antiimperialismus können sich die Imperialisten wohl gefallen lassen.

Um ihre Politik wirksam zu betreiben, brauchen sie die Gefolgschaft der Arbeiter. Die blieb ihnen bisher versagt. Vor Jahren versuchte es Naumann, die Proletarier Deutschlands für den Imperialismus zu gewinnen. Sie Hessen seinen Versuch der Begründung einer nationalsozialen Partei scheitern, obwohl er nicht einmal Schutzzöllner war, sondern dem Freihandel anhing.

Otto Bauer schrieb darüber vor zehn Jahren:

„Die Arbeiterklasse ward überall des Imperialismus Feind... So- ist auch im Deutschen Reiche der von tüchtigen Männern unternommene Versuch, die deutschen Arbeiter dem Gedanken des Imperialismus zu gewinnen, schmählich gescheitert.

Naumann war ausgezogen, die Sozialdemokratie abzulösen, die Arbeiterklasse dem Gedanken der kapitalistischen Machtpolitik zu erobern; er landete in der freisinnigen Vereinigung, der Partei der deutschen Banken, Börsen und Grosshändler. Der Imperialismus Naumanns war übrigens freihändlerisch. ... Die Konsequenz, die Naumann nicht zog, hat Schippel gezogen. Wenn er Schutzzölle befürwortet, wenn er die ‚Milizgläubigen‘ verhöhnt, über die ‚dogmatische‘ Ablehnung der Kolonialpolitik spöttelt, rät er den deutschen Arbeitern zu einer imperialistischen Politik. Im Vergleich zu Naumann hat seine Politik den Vorzug der Konsequenz; nur wäre sie freilich nicht proletarische, sondern kapitalistische, nicht sozialdemokratische, sondern nationalliberale Politik.“ („Die Nationalitätenfrage“, S. 490, 491.)

Das, was Otto Hauer damals nationalliberale Politik nannte, das ist heute die Politik Renners. Der Fortschritt, den er gemacht hat, besteht darin, dass sie durch ihn nicht mehr als antimarxistische betrieben wird, sondern dass er sie als die höchste Blüte eines geläuterten Marxismus dem Proletariat anpreist, dessen Vertrauen zu Marx und dem Marxismus auf diese Weise dem Imperialismus dienstbar gemacht würde, wenn es Renners Lehre kritiklos hinnähme.

4. Die Durchstaatlichung der Wirtschaft.

a) Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1878.

Die Rennersche Verquickung der Begriffe Wirtschaftsgebiet und Staat führt in ihren Konsequenzen zum Imperialismus, denn danach würde die stete Ausdehnung des Staatsgebiets, die am ehesten durch Eroberungskriege möglich ist, zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, der auch die Arbeiter Rechnung tragen müssen, ebenso wie etwa der Einführung der Maschinen.

So bringt Renner die Auslandspolitik des Proletariats in das Schlepptau der herrschenden Klassen. Ihm selbst erscheint das natürlich nicht in diesem Lichte. Er meint:

„Auf der Grundlage der ökonomischen Theorie der Welt werden wir das politische Programm der Internationale, die bis heute nur ein kühner Traum, eine heroische Vorwegnahme grösster Tataufgaben durch die Leidenschaft des Herzens war, mit Fleisch und Blut ausstatten und zu *einem proletarischen System der auswärtigen Politik* gelangen, das uns heute so sehr fehlt, ohne das wir im dunkeln tapen.“ (S. 123.)

In die gleiche lichtvolle Sphäre wird durch Renner die *innere Politik* des Proletariats erhoben durch seine Beobachtungen über das Fortschreiten der „Durchstaatlichung“ der Wirtschaft. Auch das ist einer der neuen Prozesse, die das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise so gänzlich verändern und die Marx nicht sehen konnte, die zu beobachten die Marxisten versäumten, und die einzig Renners Auge bisher geschaut hat:

„Die ganze Schaffenszeit von Marx fällt in die liberale Gesellschafts-epoche, deren Ausgangspunkt ist: Personen und Waren sind frei, der Staat greift in ihre Bewegungen nicht ein.“ (S. 7.) „Marx hat jene individualistisch-anarchistische Wirtschaftsweise erforscht und beschrieben, um sie zu verneinen.“ (S. 8.)

Diese Wirtschaftsweise hat sich seit Marx vollständig geändert.

„Die Verstaatlichung von Produktionsmitteln allerdings macht an sich den Staat nur zum Privateigentümer und ändert nichts oder wenig an dem sozialen Gefüge. Es handelt sich um die Durchdringung der Privatwirtschaft selbst bis in ihr Zellgewebe durch die Staatlichkeit, also nicht um Verstaatlichung einiger Betriebe, sondern um die Durchsetzung der gesamten Privatwirtschaft durch deren gewollte und bewusste Bestimmung und Leitung.... Nennen wir es die *Durchstaatlichung* der Oekonomie.“ (S. 12.)

Marx verlangte als Bedingung für die Befreiung des Proletariats die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Vergesellschaftung. Renner setzt dem die „Durchstaatlichung“ der Privatwirtschaft gegenüber, bei der das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufrechterhalten bleibt, aber der Staat oder vielmehr die „Staatlichkeit“, wie der im Kriege neu aufgekommene komische Ausdruck lautet, sich immer mehr in das wirtschaftliche Leben einmischt. Diese Durchstaatlichung führe geradewegs zum Sozialismus, ohne jede Revolution, ohne jene „Expropriation der Expropriateure“, die Marx forderte.

Renner zeigt uns nun, wie die Durchstaatlichung der kapitalistischen Wirtschaft sich nicht durch das Erstarken des Proletariats, sondern durch den Kapitalismus selbst in den letzten vierzig Jahren „stufenweise gesteigert“ hat.

Auf der ersten Stufe greift „die Staatsgewalt nur schüchtern und verschämt“ ein unter dem Titel „Schutz der Schwachen“. Der Staat schützt den Handwerker durch

Befähigungs-nachweis und Zunft, den Bauern durch Anerbenrecht und ähnliches.

„Man schützt auch den Arbeiter durch einen Höchstarbeitstag und Zwangsversicherung; man schützt nach aussen die heimische Arbeit durch vorerst massvolle Zölle.“ (S. 13.)

Im zweiten Stadium „setzt ein neuer Antrieb ein: die Privaten schaffen sich selbst Organisationen zur Einschränkung der Konkurrenz und zur Vereinigung zu gemeinsamer Wirtschaft“ (S. 14), Kartelle, Genossenschaften, Gewerkschaften.

An Stelle des Privatunternehmers tritt die Aktiengesellschaft.

„Nur mit Anmerkungen spricht man noch von der 'privatkapitalistischen Wirtschaftsweise'; der Ausdruck bedarf eines Beiworts, wir stehen in der Epoche organisierter Privatwirtschaft: sie ist staatlich bestimmte, durchstaatliche Organisation!“ (S. 15.)

Nun kommt das dritte Stadium: die Aktienbanken:

„Sie beherrschen das ganze staatliche Wirtschaftsgebiet und gestalten es einheitlich nach Zinsfuss und Warenpreisen. Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet decken sich, das Wirtschaftsgebiet eines Staates hebt sich nach aussen deutlich ab von allen anderen Wirtschaftsgebieten und bildet nach innen eine spezifische organische Einheit.... Das alte Privatkapital des einzelnen ist auf dem Wege vielfacher Organisationen eingegangen in das eine *Nationalkapital*.... Die *Privatwirtschaft* ist in gewissem Sinne *Nationalwirtschaft* geworden.“ (S. 16, 17.)

Der Zollschutz wird zum Hochschutz.

Nun mit dem Weltkrieg sind wir in das letzte Stadium der Entwicklung getreten. Seine Wirtschaft ist für Renner nicht etwas Abnormes, die völlige Umkehrung der Friedenswirtschaft, sondern ihre Vollendung:

„Der Krieg hat sie nicht aus der Bahn geworfen, nichts Absonderliches hereingetragen, er hat eine sichtbare Entwicklungsreihe bloss beschleunigt: er hat das Kartell, wie es ist, unter Staatshoheit gesetzt und so Zucker- und Branntweinzentralen geschaffen. Nach solchen Vorbildern hat er Baumwolle, Wolle, Flachs, Metalle, Fette und Oele, Futtermittel und auch die Brotfrucht in eigene Bewirtschaftung genommen.... Es ist nach der Schutzepoche, nach der organisierten Privatwirtschaft, nach der imperialistischen Nationalwirtschaft eben eine *staatswirtschaftliche Epoche*, in die wir eingetreten sind.“ (S. 18, 19.)

„Der Sozialist aber sieht nach wie vor im Staate den Vollzugsausschuss der Kapitalistenklasse“ (S. 11) und doch hat das Proletariat keinen treueren Freund als den Staat: „Die Oekonomie dient immer ausschliesslicher der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegender dem Proletariat.“ (S. 27.)

„Der bürgerliche Staat muss im Interesse seiner eigenen Erhaltung... das Werkzeug, das im Sinne des Bourgeois der Klassenherrschaft dient, immer mehr mit sozialem Inhalt füllen. Nicht zum ersten Male in der Geschichte ist es geschehen, dass das Werkzeug über seinen Herrn hinauswächst.“ (S. 28.)

Dies Renners Gedankengang. Dass die Tatsachen, auf denen er sich aufbaut, den Marxisten nicht bekannt und nicht von ihnen untersucht sein sollten, wird Renner selbst nicht behaupten wollen. Wir haben sie nur bisher in einem etwas anderen Lichte gesehen, und daran dürfte sich kaum etwas ändern, trotz der Erhellung, die jetzt von Renner ausgeht.

Was das Manchestertum anbelangt, unter dessen Herrschaft Marx schrieb und dessen Wirtschaft dieser allein gekannt haben soll, so ist es mit seinen Forderungen nie vollständig durchgedrungen. Auch in jenen Zeiten, in denen es die ökonomische Theorie völlig beherrscht, hat der Staat in das Wirtschaftsleben eingegriffen. Mit dieser Praxis der „Durchstaatlichung“ war Marx sehr wohl vertraut.

Nun aber die vier verschiedenen Stufen der „Durchstaatlichung“ seit der Mitte der Siebzigerjahre!

Die erste Stufe „von 1878 bis etwa 1890“ setzt bei Renner ein durch Massregeln, wie den Befähigungsnachweis für Handwerker etc. Wir waren in der Sozialdemokratie bisher einig darüber, dass dies reaktionäre Versuche waren, mittelalterliche ökonomische Formen wiederherzustellen oder zu retten. Renner sieht in ihnen die Anfänge einer neuen Entwicklungsrichtung. Wären sie das, dann hätten sie sich doch seit den Achtzigerjahren weiter entfalten müssen. Aber sie blieben bloss vereinzelte Ansätze in einem rückständigen Gemeinwesen.

Deutschland hat nur schüchterne Anläufe gemacht, die zu nichts führten, in England und Amerika, ja in der ganzen übrigen Welt ist nichts Derartiges unternommen worden. Oesterreich allein hat das Aufkommen des Antisemitismus durch die Wiederbelebung des alten Zunftzopfes eingeleitet.

Ein österreichischer Demokrat, Kronawetter, nannte das den „Sozialismus des dummen Kerls von Wien“. Renner betrachtet jetzt jene zünftlerischen Experimente als Ausflüsse einer Entwicklungsrichtung, die durch die Welt geht.

Der gleichen Verwechslung Oesterreichs mit der Welt begegnen wir auch darin, dass Renner den Normalarbeitstag für ein Produkt der Zeit seit 1878 ansieht. In England hat bekanntlich die Einführung des Normalarbeitstages weit früher eingesetzt. Der grösste Fortschritt auf diesem Gebiete erfolgte dort gleichzeitig mit dem grössten Sieg des Manchestertums, der Abschaffung der Kornzölle. Und der Arbeiterschutz nimmt nicht zu in dem Masse, in dem die „Durchstaatlichung“ fortschreitet. In den letzten Jahrzehnten stagniert die Sozialpolitik vollständig. Marx hatte gerade Gelegenheit, die grössten Fortschritte des Normalarbeitstages zu studieren.

Renner spricht, wie wir gesehen haben, sehr wegwerfend von den „Gegnern der Weltgeschichte“. Es scheint aber nach den hier gegebenen Proben, die sich leicht vervielfältigen lassen, dass die Welt, deren Geschichte er schreibt, sich von dem, was man sonst darunter versteht, erheblich unterscheidet.

Sie umfasst nur den Globus — nicht etwa von Ungarn, nur das nicht!

O nein, o nein!

Das Vaterland muss grösser sein!

Sie umfasst den Globus von Grossösterreich.

Nicht minder sonderbar ist es, dass Renner die neue Zollpolitik in einen Topf wirft mit den Arbeiterschutzgesetzen :

„Man schützt den Arbeiter durch einen Höchstarbeitstag... man schützt nach aussen die heimische *Arbeit* durch vorerst massvolle Zölle“.

Wir wissen bereits, dass diese neuere Zollpolitik nicht die Arbeit schützt, sondern die grossen Monopolisten, denen sie Extraprofit und erhöhte Grundrenten einbringt. Der „Schutz der heimischen Arbeit“ war das Schlagwort, womit sie die Arbeiter bereden wollten, diese neue Last als Hilfe zu empfinden.

Nun die zweite Stufe, seit 1890:

„Kartell um Kartell entsteht“... „In der gleichen Zeit schossen die Gewerkschaften der Arbeiter auf“, „das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist im letzten Menschenalter aufgebaut worden... Zehn Jahre später schafft die Arbeiterklasse Deutschlands sich eine konsumgenossenschaftliche Organisation.“ (S. 14, 15.).

Schon wieder die Weltgeschichte des grossösterreichischen Globus! Wie, sind die Gewerkschaften der Arbeiter und die Konsumvereine in England nicht ebenso wie der Normalarbeitstag „aufgeschossen“ gerade in der Zeit, in der das Manckestertum blühte? Und wie hätten sie sich entwickeln können, ohne das Gegenteil der „Durchstaatlichung“, ohne die Freiheit der Koalitionen und der Vereine, ohne die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit?

Trotzdem sollen Gewerkschaften und Konsumvereine etc. Produkte fortschreitender Durchstaatlichung der „Wirtschaft“ sein. Wer glaubt, dass Renner der Beweis dafür schwer fällt, unterschätzt ihn. Nichts leichter für ihn als dieser Beweis. Alle die genannten Institutionen sind Organisationen, unterliegen als soche der staatlichen Gesetzgebung. Diese beeinflusst sie, folglich wird dadurch die Wirtschaft „durchstaatlicht“.

Als seit 1878 durch die staatliche Handhabung des Sozialistengesetzes die deutschen Gewerkschaften aufgelöst wurden, bedeutete das offenbar auch einen gewaltigen Schritt zu ihrer „Durchstaatlichung“¹¹. Das behauptet Renner in allem Ernst. Er sagt:

„Die Staatlichkeit (!) bestimmt alle Formen der Organisation sehr wesentlich.“
Und das wird folgendermassen illustriert:

„Der Staat *drangsalirt* die Gewerkschaften, duldet die Genossenschaften, beargwöhnt die Aktiengesellschaften und verleugnet — wenigstens öffentlich — die Kartelle.“ (S. 16.)
Und das Ergebnis:

„Die Epoche organisatorischer Privatwirtschaft: sie ist staatlich bestimmte, durchstaatlichte Organisation.“ (S. 15.)

Das haben sich die Gewerkschaften bisher nicht träumen lassen, dass ihre Drangsalierung nichts anderes bedeutet als ihre Durchstaatlichung zur Herstellung der organisierten Privatwirtschaft.

Schon gar nicht war uns allen bewusst, dass die Beeinflussung der Formen der Aktiengesellschaften, Gewerkschaften, Genossenschaften durch die Landesgesetzgebung etwas ist, was erst seit 1890 eintrat, was Marx nicht mehr beobachten konnte. Wenn Renner bei der Betrachtung dieser Stufe ausruft:

„Die Wirtschaftsantriebe sind durchkreuzt durch Staatsgesetze ... Die Wirtschaftsorganisation ist staatlich differenziert“,
so konnte er die gleiche Beobachtung in jedem beliebigen Zeitalter vorher machen. Sie ist in keiner Weise gerade für die Zeit seit 1890.

Je mehr wir uns in die Kennersche „Durchstaatlichung“ vertiefen, desto problematischer erscheint sie.

Das gilt auch für das dritte Stadium, das „vor zwei oder drei Jahrffünften“ einsetzte und durch die Herrschaft der grossen Aktienbanken gekennzeichnet wird.

Wir können uns darüber kurz fassen, da wir bereits in dem Kapitel über die Sozialisierung des Eigentums davon gehandelt haben. Es ist das Stadium, in dem die Zentralisation der Kapitalien ihren höchsten Grad erreicht, einige wenige Kapitalmagnaten durch das Uebergewicht ihres Besitzes das ganze ökonomische Leben beherrschen, eine Entwicklung, die durch Kredit und Aktienwesen enorm beschleunigt wird. Marx hat diese Stufe in seinem „Kapital“ bereits vorausgesehen, Hilferding hat sie eingehend erforscht und für die sie kennzeichnende enge Verbindung des Industrie- und Bankkapitals die Bezeichnung des „Finanzkapitals“ geprägt. Renner

fügt dem nichts Neues hinzu, ausser dass er treffende Kennzeichnungen durch schiefe und irreführende ersetzt, das Finanzkapital „Nationalkapital" nennt, die Beherrschung des gesamten Produktionsprozesses durch die Grossbanken als „Nationalwirtschaft" bezeichnet und dazu das bei ihm übliche Gestöhne über das Versagen der Marxisten anstimmt:

„Der Prozess der Nationalisierung des Kapitals... ist von uns Marxisten bisher kaum zur Not untersucht." (S. 17.)

Renner täte gut, in diesem Falle nur für sich allein zu sprechen.

Richtig ist, dass es bisher noch keinem Marxisten einfiel, die Ausdrücke „Nationalisierung des Kapitals" und „Nationalkapital" für einen Zustand zu gebrauchen, in dem die Masse der Nation mehr als je vom Kapitalbesitz ausgeschlossen und zum Gegenstand der Ausbeutung durch das Kapital geworden ist, dessen Beherrschung mehr als je in den Händen einiger privater Riesenkapitalisten zentralisiert ist. Oder soll das Kapital dadurch national geworden sein, dass der Welthandel, der Kapitalexport und das internationale Zusammenwirken der Kapitalmagnaten der verschiedenen Länder in diesem Stadium die stärksten Dimensionen angenommen hat? Ist zum Beispiel das französische, englische, amerikanische, deutsche Kapital, das in Russland angelegt ist, russisches Nationalkapital oder französisches etc. ?

Wie aber äussert sich die „Durchstaatlichung" unter diesen Verhältnissen? Ganz einfach dadurch, dass die Kapitalistenklasse den Staat mehr als je beherrscht, dass die industrielle Bourgeoisie ihm nicht mehr so misstrauisch wie ehemals gegenübersteht, sondern ihn als williges Werkzeug betrachtet und behandelt, das in das Wirtschaftsleben einzugreifen hat, um Profite zu steigern.

b) Kriegswirtschaft.

Der Krieg bedeutet für Renner ökonomisch nichts als eine gewaltige Beschleunigung des von ihm geschilderten Entwicklungsganges : er setzt das Kartell unter Staatshoheit, führt zur staatlichen „Bewirtschaftung" der Futtermittel, Brotfrucht, Fette, Öle, Metalle, Baumwolle etc. Alles das ist nichts „Absonderliches", sondern Fortsetzung der bisherigen Entwicklung !

Zu den vielen Sonderbarkeiten der Rennerschen Auffassung lernen wir hier noch eine neue kennen: Er will aus den Erscheinungen der Kriegswirtschaft ökonomische Gesetze ableiten, obwohl doch im Kriege die wichtigsten Bedingungen der normalen Wirtschaft, der Friedenswirtschaft ausgeschaltet sind, und im heutigen Kriege mehr als je.

Nur auf zwei Unterschiede zwischen den beiden Arten der Wirtschaft sei hingewiesen.

Die Friedenswirtschaft ist der dauernde, normale Zustand, der jahraus, jahrein besteht, die Friedenswirtschaft muss daher darauf bedacht sein, dass der Produktionsprozess sich immer wieder in gleichem Ausmass (einfache Reproduktion) oder stets sich erweiterndem Ausmass (erweiterte Reproduktion) wiederholt. Sonst geht die Gesellschaft zugrunde.

Die Kriegswirtschaft ist ein vorübergehender Zustand, von dem man erwartet, dass er so rasch nicht wieder eintritt.

Sie scheut daher, wenn der Kriegszweck es erfordert, nicht vor einer Gestaltung des Produktionsprozesses zurück, die seine Wiederholung in gleichem Ausmass unmöglich

macht, die seinen Umfang immer mehr verengt.

Dies der eine Unterschied, der zweite ist der: Die Friedenswirtschaft vollzieht sich unter dem Drucke der *Konkurrenz*. Das gilt selbst dort, wo das Kartellwesen sie im Innern eines Landes zum Teil ausgeschaltet hat. Der Wettbewerb der Staaten untereinander bleibt bestehen. Er drängt, mit, einem möglichst geringen Aufwand an Kosten, also an Arbeit, ein möglichst grosses Produkt unter möglichster Vermehrung der Produktivkräfte zu erzielen. Im Kriege ist die ökonomische Konkurrenz zwischen den Nationen verdrängt durch die Konkurrenz der Waffen. Da gilt es zu siegen nicht durch grössere Billigkeit, sondern durch überlegene Zerstörungskraft und überlegene Freudigkeit im Hinopfern von Kräften und Mitteln. Da hat die Wirtschaft die Aufgabe, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Erhaltung der Produktivkräfte, die grösste Masse von Zerstörungsmitteln und von Mitteln zum „Durchhalten“ im Zerstörungsprozess zu erzeugen.

Schon das zeigt, dass die Produktionsbedingungen im Kriege grundverschieden sind von denen des Friedens. Renner aber findet, der Krieg habe die Friedenswirtschaft der letzten Jahrzehnte „nicht aus der Bahn geworfen, nichts Absonderliches in sie hineingetragen“. (S. 18.) Ja er gesteht, dass ihm „die wirtschaftlichen Erscheinungen des Krieges die kapitalistische Entwicklung von 1878 bis 1914 erst ganz aufgeheilt haben“. (S. 9.)

Dabei sind die Mittel der Kriegswirtschaft vielfach nichts als Auskunftsmittel in einer Zwangslage. Warum „bewirtschaftet“ (das heisst nicht: produziert, sondern rationiert) der Staat Getreide, Fette, Oele, Wolle etc. ? Doch nur deshalb, weil die freie Einfuhr dieser Stoffe sehr gegen seinen Willen durch äussere Störungen unterbunden ist. Er setzt die staatliche „Bewirtschaftung“ nicht als höheres, vollkommeneres Prinzip dem freien Verkehr gegenüber, sondern nur als Verlegenheitsmittel, weil er den freien Verkehr nicht haben kann.

Die „Staatswirtschaft“ im Kriege, die Renner als Ergebnis der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte erscheint, ist nichts, was nicht in jeder belagerten Stadt seit alters her sein Gegenstück fände. Neu ist bloss die ungeheure Tatsache, dass ganze grosse Reiche heute in dieser Lage sind. Aber auch das ist nichts ganz Unerhörtes. Als 1793 das revolutionäre Frankreich von den verbündeten Monarchien Europas bekriegt wurde, war es in einer ähnlichen Situation. Und dem entsprechend kam man damals schon zu ähnlichen Massregeln einer „durchstaatlichten“ Wirtschaft, gerade zu der Zeit, als nach Renner die bürgerliche Revolution die Oekonomie „entstaatlicht“ hatte. (S. 20.) Cunow kann ihm Näheres darüber mitteilen.

Auffallend in der heutigen Kriegswirtschaft ist aber folgendes :

Ein jeder Krieg erheischt rücksichtslose Eingriffe in das Privateigentum, um so mehr, je grösser die Not der Zeit. Da ist es nun bemerkenswert bei der heutigen „Bewirtschaftung“ verschiedener Produkte durch den Staat, *welche Kraft das Privateigentum an den Produktionsmitteln entfaltet*. Diese Kraft, trotz aller Durchstaatlichung, ist das Bemerkenswerte an der „Staatswirtschaft“, die der jetzige Krieg nach sich zieht. Eine wirkliche rationelle Staatswirtschaft müsste in den Produktionsprozess eingreifen, diese Grundlage des gesamten Wirtschaftens. Das wäre nicht möglich ohne Eingriffe in das Privateigentum an den Produktionsmitteln. In diesem Sinne erwartete Friedrich Engels vor einigen Jahrzehnten, dass ein Krieg Deutschlands gegen Frankreich und Russland zur „Anwendung der revolutionären Massregeln“ führen

und die sozialdemokratische Partei stark genug sein werde, der Regierung solche Massregeln aufzuzwingen.

Tatsächlich ist es bisher nicht zu derartigem einschneidenden Vorgehen gekommen. Vor dem Privateigentum an Produktionsmitteln macht die Kriegswirtschaft respektvoll halt. Die heutige Art des staatlichen Eingreifens in die „Wirtschaft“ erfasst so weit weniger die Produktion als die Produkte, hat also mit dem marxistischen Sozialismus nichts zu tun, der die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Produktion verlangt.

Da die Durchstaatlichung der Wirtschaft im Kriege nicht die Produktionsstätten verstaatlichte, erzeugte sie Resultate, die bei niemand Begeisterung für die „Staatswirtschaft“ erweckt haben. Allgemein ersehnt man den Moment, da der Friedenszustand gestattet, sie wieder los zu werden. Dies ist dem Umstand zuzuschreiben, dass das private Kapital und der private Grundbesitz im Staate stärker sind als je und die „Nationalisierung des Kapitals“ oder „Sozialisierung des Grundeigentums“ nicht« als eine leere Redensart ist.

Wie stark das private Kapital dem Staate gegenüber ist, bezeugt schon die Tatsache, dass die Milliarden, die der Krieg erheischt, nicht durch erhöhte Besitzsteuern aufgebracht wurden, das heisst durch Beschlagnahme eines Teils des privaten „Nationalkapitals“, sondern durch Kriegsanleihen. Enorme Verschuldung der Nationen an das Kapital, Hunderte von Milliarden Nationalschulden — das ist das Kennzeichen der „Nationalisierung des Kapitals“.

Renner freilich sieht gerade in den Staatsschulden das Moment, das den Staat zum Erlöser des Proletariats macht:

„Diese direkte Staatsleitung muss sich täglich mehr gegen den Privatwillen des Kapitalisten kehren, ihn reglementieren, zwingen, beiseite schieben, geradezu ersetzen; sie muss *automatisch* das Privatinteresse des Kapitalisten kränken, seinen Anteil am Verwertungsprozess verringern und muss insbesondere nach Kriegsschluss der drängenden Finanznot zufolge *wachsende Teile des gesellschaftlichen Mehrwertes sich selbst aneignen*. Dadurch muss die heraufsteigende staatswirtschaftliche Epoche das Kapital aus seiner Herren- in die Dienerrolle zurückdrängen, *der Staat selbst muss diesen Wandel erzwingen und das überlieferte Klassenverhältnis 'zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Staat i'n sein Gegenteil verkehren'*.“ (S. 19.)

Ein Zukunftsbild von berückender Schönheit, das nur an einem kleinen Fehler leidet. Es stützt sich einzig und allein auf die erstaunliche Annahme, dass der Staat sich um so mehr „gesellschaftlichen Mehrwert aneignet“ und um diesen Betrag den Anteil des Kapitals am „Verwertungsprozess“ verringert, je mehr er der Kapitalistenklasse gegenüber in Schuldknechtschaft versinkt.

Leider ist diese Auffassung nicht auf Renner beschränkt, so müssen wir ihr noch ein paar Worte widmen.

Kein Zweifel, die Finanznot wird den Staat zwingen, die Kapitalisten nach dem Kriege schwerer zu besteuern als vorher. Aber wenn der Staat die Steuer einnimmt, so eignet er sie sich nicht an, um sie zu behalten. Er gibt sie wieder aus. Wenn wir auch diese Seite in Betracht ziehen, so ergibt sich folgendes:

Das Gesamteinkommen einer kapitalistischen Nation, das heisst der gesamte von ihr im Jahre geschaffene Neuwert, zerfällt in Mehrwert und Arbeitslohn. Von Zwischenformen sehen wir hier ab. Nehmen wir den extremsten Fall, der gesamte Betrag

der Verzinsung der Staatsschuld wird durch Besteuerung des Mehrwerts herausgeholt. Was geschieht? Dieser selbe Betrag wird, wenn wir die Kapitalistenklasse als Ganzes in Betracht ziehen, der gleichen Klasse in der Form der Steuer genommen, *um ihr in der Form des Zinses wiedergegeben zu werden*.

Ein derartiger Vorgang kann und muss innerhalb der Kapitalistenklasse grosse Verschiebungen hervorrufen, aber der Anteil der Kapitalistenklasse als Ganzes am „Verwertungsprozess“, am „gesellschaftlichen Mehrwert“ wird um kein Jota dadurch verringert.

Dieser extreme Fall wird indes kaum je eintreten. Ein Teil der neuen Steuerlasten wird sicher den arbeitenden Klassen auferlegt werden. Der Betrag, um den ihr Lohn in dieser Weise verringert wird, fliesst durch Vermittlung des Staates der Kapitalistenklasse in der Form der Verzinsung der Staatsschuld als Mehrwert zu. Die Masse des Mehrwertes, die das Kapital erlangt, sein „Anteil am Verwertungsprozess“ wird dadurch also nicht vermindert, sondern vermehrt auf Kosten des Arbeitslohnes.

Das und nichts anderes wird die Finanznot nach Kriegsschluss bewirken.

Es bleibt Renners Geheimnis, wieso dabei „das Kapital aus seiner Herren- in die Dienerrolle zurückgedrängt“ und das „überlieferte Klassenverhältnis zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Staat in sein Gegenteil verkehrt“ wird.

Daran ist natürlich nicht zu zweifeln, dass die drängende *Finanznot* grosse ökonomische und soziale Wirkungen ausüben wird. Aber warum soll diese Not im Frieden allein schon genügen, den Staat, das heisst Regierung und Bürokratie, aus einem Diener in einen Herrn des Kapitals zu verwandeln, wo doch das stete Wachsen der Kriegsanleihen beweist, dass nicht einmal die noch viel mehr drängende *Kriegsnot* Derartiges herbeizuführen vermochte?

Was die Finanznot bewirken wird, das ist nicht wachsende Unabhängigkeit der Staatsgewalt von der Kapitalistenklasse, sondern wachsende Verschärfung der Klassengegensätze im Staat und Verschärfung der Klassenkämpfe um die Staatsgewalt.

Die Masse des Kapitals als Einnahmequelle der Kapitalistenklasse wird durch die Finanznot nicht geändert. Wohl aber das Verhältnis zwischen produktivem Kapital, das die Form von Produktionsmitteln (Maschinen, Gebäuden, Rohstoffen etc.) annimmt, und unproduktivem Kapital, das in der Form der Staatsanleihe nichts ist als ein Zahlungsverprechen des Staates, das dem Besitzer einen Anspruch auf den regelmässigen jährlichen Bezug einer bestimmten Geldsumme durch den Staat verleiht.

Bloss das produktive Kapital, das zur Anwendung von Arbeitern in der Wertproduktion dient, hat auf die Grosse des jährlich geschaffenen Wertes und damit auch Mehrwerts Einfluss, nicht das unproduktive Kapital. Bei gleichbleibender organischer Zusammensetzung des Kapitals, gleicher Produktivität und Ausbeutung der Arbeit sinkt die Gesamtmasse des Mehrwerts in dem Masse, in dem das produktive Kapital abnimmt.

Die Kriegführung nimmt heute weit mehr Produkte in Anspruch, als an Überschuss über die Bedürfnisse der Bevölkerung und über den Wiederersatz der verkauften Produktionsmittel hinaus im Jahre geschaffen wurde. Sie verbraucht für sich einen grossen Teil der Arbeitskräfte oder Produkte, die dem Wiederersatz von Produktionsmitteln dienen sollten, ja sie verbraucht Stoffe, z. B. Metalle, die im Laufe von Jahrzehnten angehäuft wurden, vielfach schon in den Verbrauch übergegangen waren und jetzt wieder dem Konsum entzogen werden, um neuerdings in Produktionsmittel für

Kriegszwecke verwandelt zu werden. Das ist jener Prozess, den Renner als Beginn der „staatswirtschaftlichen Epoche“, als „staatliche Bewirtschaftung“ der Metalle, Textilstoffe etc. bezeichnet. So vermindert sich rasch die Menge der für Produktion und Konsum verfügbaren Stoffe in den kriegführenden Staaten, ja in der Welt überhaupt, da diese Staaten den grössten Teil des Erdballs besetzt halten und in Anspruch nehmen. Da das Privateigentum noch in voller Kraft besteht und das Kapital den Staat beherrscht, werden die Stoffe, die der Staat für seine kriegerischen Zwecke den Privaten abnehmen muss, nicht ohne Entschädigung beschlagnahmt, sie werden auch nicht mit Geldmitteln gekauft, die man durch Besteuerung der Kapitalisten aufbringt, sondern sie werden bezahlt mit Geldmitteln, die der Staat von denselben Kapitalisten leiht, denen er ihre Stoffe abkauft. So lange sie etwas zu verkaufen haben, das heisst solange die für den Krieg erforderlichen Stoffe nicht gänzlich verbraucht sind, wird also das Geld für die Kriegsanleihen nicht fehlen. Die Kapitalmenge im Lande selbst nimmt dabei anscheinend nicht ab, nur das Verhältnis zwischen produktivem und unproduktivem Kapital verschiebt sich immer zu ungunsten des ersteren.

Waren vielleicht in einem Staate vor dem Kriege 300 Milliarden an produktivem Kapital vorhanden, so kann das Verhältnis nach dem Kriege beispielsweise sich so gestalten, dass nur noch 200 Milliarden produktives Kapital vorhanden sind. Die anderen 100 Milliarden sind stofflich verbraucht, als Kapital haben sie die Form von Kriegsanleihen, unproduktivem Kapital angenommen. Für den Kapitalisten kann es gleich sein, woher er sein Einkommen bezieht. Aber die Masse des neu-geschaffenen Mehrwertes hängt nur von der Menge des produktiven Kapitals ab. Hat sich dieses um ein Drittel vermindert, so wird bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen auch die Masse des Mehrwerts um ein Drittel vermindert sein. Dabei kann das durchschnittliche Einkommen der einzelnen Kapitalisten wachsen, wenn die Gesamtzahl der Kapitalisten noch rascher abgenommen hat als die Masse des Mehrwertes, wenn zum Beispiel die eine Hälfte der Kapitalisten bankrott wird. Die andere Hälfte kann reicher sein als je.

Das ist aber eine Wandlung, die sich nicht ohne tiefgehende heftige Kämpfe abspielen kann. Und es werden Kämpfe nicht bloss zwischen Individuen sein, sondern zwischen ganzen Gruppen mehr und weniger begünstigter Kapitalisten. Diejenigen, deren Besitz von Natur aus die Monopolisierung begünstigt, diejenigen, in deren Reihen die Zentralisierung des Kapitals am fortgeschrittensten ist, sowie diejenigen, deren Produkte am meisten verbraucht werden, am lebhaftesten begehrt, am unentbehrlichsten sind, werden am ehesten in der Lage sein, Extraprofite zu gewinnen und die Last des veränderten Zustandes auf andere Industriegruppen abzuwälzen. Diese hochkommenden Schichten, die schon im Kriege ihre Lage durch reiche Kriegsgewinne verbessern, was Renner als „Verringerung des Anteils am Verwertungsprozess“ erscheint, es sind dieselben, die bereits vor dem Kriege durch jenen Prozess, den Renner als „Nationalisierung des Kapitals“ bezeichnet, die Nation ökonomisch immer mehr beherrschten: die Herren der Schwerindustrie und der Grossbanken sowie die grossen Grundbesitzer.

Die von ihnen abhängigen Industriellen werden in eine sehr bedrängte Lage kommen, in der nur die reichsten und skrupellosesten Aussichten haben, sich zu behaupten. Diese werden den Druck, der auf sie geübt wird, nach der Richtung des geringsten Widerstandes weitergeben, das heisst, sie werden sich auf Kosten der Arbeiterschaft zu retten suchen.

Dabei wird ihnen sehr zustatten kommen die grosse Arbeitslosigkeit, die infolge der Verminderung des produktiven Kapitals nach dem Kriege einsetzen muss, sobald das Fortwirtschaften durch Aufbrauchen akkumulierter Produktions- und Konsumtionsmittel ohne Wiederersatz ein Ende nimmt.

Die Lohndrückerei wird noch durch ein anderes Moment bewirkt werden. Im Kriege ist der Staat wirklich das geworden, was Renner ein „geschlossenes Wirtschaftsgebiet“ nennt, und in ihm ist wirklich das Wertgesetz aufgehoben. Hier gilt das, was Renner schon in der Friedenswirtschaft vor dem Kriege entdeckt haben wollte:

„Fernab liegt die Zeit freien Angebotes und Verkehres der Welt, das Wertgesetz des Warenumtausches gilt nur in letzter Linie.“ (S. 18.)

Was Renner als Produkt der ökonomischen Entwicklung ansieht, das schon vor dem Kriege gereift war, ist tatsächlich bloss Produkt der abnormen Verhältnisse des Krieges, ist erst in seinem Fortgang allmählich zutage getreten und muss nach seinem Aufhören, wenn auch vielleicht nicht sofort, verschwinden.

Heute schon lechzt alle Welt nach dem „freien Angebot und Verkehr der Welt“. Er kann aber nicht wieder hergestellt werden, ohne dass das Wertgesetz wieder in seine Rechte tritt, trotz seiner Modifikationen durch Schutzzölle und Kartelle, die bestimmte Schranken nicht übersteigen können. Mit dem Wertgesetz tritt aber auch das Lohngesetz wieder in Kraft.

Begegnet der Kapitalist auf dem Weltmarkt wieder der Konkurrenz, kann er die Preise seiner Waren nicht mehr willkürlich ansetzen, werden sie wieder durch die Produktionskosten bestimmt, dann tritt auch wieder mit voller Wucht der Drang in Kraft, die Produktionskosten herabzuschrauben auf Kosten der Lohnarbeit. Entweder, was das bequemste und nächstliegende, durch Drücken der Löhne, oder, wo das auf Widerstand stösst, dadurch, dass billige Arbeitskräfte an Stelle teurer, Frauen und Kinder an Stelle von Männern gesetzt werden, oder arbeitsparende Maschinen und Methoden Menschenkraft entbehrlich machen.

So haben wir nach dem Kriege mit einem beispiellosen Lohnsturz zu rechnen.

Auch die Preise vieler Waren werden sinken, die bei der Abschliessung des Wirtschaftsgebietes und bei der Monopolstellung der Produzenten, die der Krieg geschaffen hat, sich hoch über das Niveau der Produktionskosten erhoben. Doch im Gegensatz zum Ueberfluss an Arbeitskräften, der nach dem Kriege eintreten muss, wird der Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Frieden noch längere Zeit fort dauern. Die Abweichungen des Preises vom Wert werden aber bekanntlich in hohem Grade durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt. Der Preis der Ware Arbeitskraft wird unter diesen Verhältnissen unter ihren Wert sinken, der Preis der Nahrungsmittel und Rohstoffe über ihrem Werte stehen, wenn er auch das heutige Niveau wahrscheinlich nicht wird behaupten können. Wir sehen hier ab von dem Einfluss eventueller Geldverschlechterungen.

Wir werden eine Teuerung haben, höhere Preise, als sie vor dem Kriege bestanden, eine Teuerung, die dann nicht mehr wie jetzt durch hohe Löhne vieler Arbeiterschichten gemildert, sondern durch Lohnherabsetzungen furchtbar verschärft wird.

Zu diesen Wirkungen auf Kapital und Proletariat gesellen sich nun die auf die Träger der Staatsgewalt. Die Finanznot zwingt sie zu Steuererhöhungen, sie mögen

wollen oder nicht. Niemals werden sie die neuen Steuern völlig der Kapitalistenklasse aufbürden können. Diese selbst wird die Steuerlast von sich möglichst den schwächeren Schultern, also dem Proletariat, zuschieben. Das kann sie indirekt erreichen, indem sie den Steuern, die sie selbst treffen, eine Form zu geben sucht, die es ihr ermöglicht, die Last ökonomisch, etwa durch Preis- oder Mieterhöhungen und dergleichen abzuwälzen. Daneben wird sie aber auch direkt die Belastung des Proletariats anstreben durch Einführung von Steuern, die von vornherein auf die grosse Volksmasse fallen. Sie wird versuchen, diese Belastung zu bemänteln und namentlich die Monopole sind dazu sehr geeignet, besonders wenn die kapitalistischen Finanzmänner dabei noch das Glück haben, die Unterstützung von Sozialdemokraten Cunowscher Färbung zu finden, die dem Proletariat einreden, ein fiskalisches Monopol sei keine indirekte Steuer, sondern eine Konfiskation kapitalistischer Profite.

Trotz solcher Helfer werden doch alle die hier erwähnten Faktoren die Klassengegensätze nach dem Kriege auf eine furchtbare Höhe steigern.

Schon in dem Jahrzehnt vor dem Kriege fanden wir ein zunehmendes Stagnieren der Lohnbewegung und wachsende Teuerung. Wir fanden in der Zeit, die Renner als die der „Nationalisierung des Kapitals“ bezeichnet, zunehmende Proletarisierung der Nationen; und in dieser Zeit, in der er auch hochgradige „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ sieht, wachsende Zunahme der Staatslasten, der Steuern und Zölle. Alles das erzeugte eine stete Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe, bewirkte aber auch, dass diese immer weniger rein gewerkschaftlich blieben, immer mehr politisch wurden.

Je mehr sich das Kapital der Staatsgewalt bemächtigt und seinen Zwecken dienstbar macht, um so mehr wird auch der Kampf des Proletariats gegen das Kapital ein Kampf gegen die Staatsgewalt.

In diesem Kampfe gewinnt das Proletariat den höchsten Grad von Kraft, dessen es in einem gegebenen Moment fähig ist. Der rein gewerkschaftliche Kampf hat die Tendenz, die Arbeiter eines Berufes zusammenschliessen, nicht aber die aller Berufe. Denn die ökonomischen Augenblicksinteressen der einzelnen Berufe sind nichts weniger als identisch, oft sehr verschieden. Viel eher als im gewerkschaftlichen Kampfe werden sich im Kampfe gegen die Staatsmacht die Arbeiter als Klasse ihrer gemeinsamen Interessen bewusst. So sagt auch das „Kommunistische Manifest“: „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.“

Es hängt nicht vom Belieben des Proletariats ab, ob der gewerkschaftliche oder der politische Kampf bei ihm im Vordergrund steht. In Perioden der Prosperität verheisst im allgemeinen der gewerkschaftliche, in Perioden der Krise oder Stagnation der politische Weg bessere Erfolge. Aber stets konnte man die Erfahrung machen, dass das Proletariat bedeutungslos wird, in verschiedene Schichten zerfällt, die einander fremd, mitunter feindselig gegenüberstehen, wenn der gewerkschaftliche Kampf allein es beschäftigt.

Das war der Fall in England ein Menschenalter lang seit den Sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, es gilt jetzt noch in Amerika.

Seine grösste Kraft entfaltete es dort, wo selbständiger politischer Kampf es ganz erfüllt, wie in der Chartistenbewegung Englands. Der Einfluss und die Bedeutung der englischen Arbeiterbewegung, die dann in der Zeit der Nurgewerkschafterei sehr gesunken waren, wuchs von neuem rasch in den letzten zwei Jahrzehnten, als Teuerung

und Stagnation wieder den politischen Kampf in den Vordergrund brachten und die Gewerkschaften politisierten. Die englische Arbeiterpartei war noch keine sozialistische Partei, aber auf dem besten Wege, eine zu werden und der ganzen bürgerlichen Welt ihres Landes gewachsen zu sein, als der Krieg diese vielverheissende Entwicklung zeitweilig unterbrach.

Die Verschärfung der Klassengegensätze durch Stagnation, Teuerung, Steuerlasten, die zunehmende Politisierung des Klassenkampfes, das Wachsen der Opposition gegen die Staatsgewalt — das und nicht die Nationalisierung des Kapitals und Durchstaatlichung der Wirtschaft, zeigte uns die Entwicklung vor dem Kriege. In meinem „Weg zur Macht“ habe ich diese Entwicklung deutlich gezeichnet, sehr zum Aerger so manches Gewerkschaftsführers, obwohl ich dort nicht gegen die Gewerkschaften, sondern gegen die Illusionen der Nationalsozialen polemisierte, die vermeinten, wir wüchsen von selbst durch die blosse kapitalistische Entwicklung und das wachsende Entgegenkommen der Staatsgewalt, ohne jeden Kampf gegen und um diese Gewalt in den Zukunftsstaat hinein.

Nach dem Kriege werden die Verhältnisse, die sich schon vor ihm herausgebildet hatten, in kolossal vergrößertem Massstabe wiederkehren.

Der Krieg selbst hat diese Entwicklung vorübergehend unterbrochen, einmal dadurch, dass er den Burgfrieden herbeiführte, dann aber auch dadurch, dass er die Gesetze der Friedenswirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt, mit seinem geschlossenen Wirtschaftsgebiet, mit seiner Aufhebung des Wertgesetzes und Lohngesetzes, mit dem Herausziehen von Millionen von Arbeitskräften aus der Produktion, mit einer Produktion, die die Produktivkräfte der Staaten nicht vermehrt, sondern aufzehrt, die jede Reproduktion auf erweiterter, ja selbst auf gleicher Stufenleiter unmöglich macht. Die Kriegsproduktion bedeutet Reproduktion auf stets mehr sich verengender Stufenleiter. Diesen Fall hat Marx im „Kapital“ nicht in Betracht gezogen. Er hat mit normaler Wirtschaft nichts zu tun.

Diese Verkehrung aller Bedingungen einer normalen Wirtschaft in ihr Gegenteil hat im Kriege Erscheinungen gezeitigt, die oberflächlichen Beschauern die Anschauungen des Nationalsozialismus aus der Zeit vor dem Kriege zu bestätigen scheinen, und haben gleichzeitig in manchem bis dahin internationalen Sozialdemokraten die psychischen Vorbedingungen eines nationalen Sozialismus erzeugt.

Um für diesen eine theoretische Basis zu schaffen, war nun bloß noch eines notwendig: die Kriegswirtschaft nicht nur für normale Wirtschaft zu erklären, sondern auch für eine Wirtschaft, aus deren Erscheinungen die Gesetze der normalen Friedenswirtschaft noch deutlicher zu erkennen sind als aus dieser selbst. Das hat Renner in seinem Buche geleistet.

Er meint, der Krieg habe ihm „die kapitalistische Entwicklung von 1878 bis 1914 *erst ganz aufgehell*t“.

In Wirklichkeit hat er ihn gelehrt, diese Entwicklung ganz verkehrt zu sehen.

c) Staatssozialismus.

Renners Verkehrtheit ist neuesten Datums. Aber von ihren Ergebnissen kann man nicht das gleiche sagen. Sie sind, wie schon bemerkt, bei den Nationalsozialen und deren

Vorgänger Schippel zu finden. Dieser, der sich an Rodbertus gebildet, führt uns aber direkt zum Staatssozialismus der Vierzigerjahre zurück, der sich wieder als eine Fortsetzung der grossen Utopisten erweist. Wie diese, zweifeln auch die Staatssozialisten an der Möglichkeit, dass das Proletariat sich selbst befreien könne. Für ihre Zeiten hatten sie damit auch vollkommen recht. Ihr Fehler lag darin, nicht die Entwicklungsfähigkeit des Proletariats zu erkennen.

Die ersten Utopisten wollten die menschenfreundlichen aufgeklärten Kapitalisten überreden, die neue sozialistische Gesellschaft zu begründen. Die Staatssozialisten erwarteten nichts mehr von den Kapitalisten, aber alles von einer aufgeklärten, über den Klassen stehenden Monarchie und Bürokratie, die das Proletariat befriedigen würden, um einen gewaltsamen revolutionären Ausbruch zu hindern, der nur verheerend wirken könnte.

Was uns Renner in seinem Buche vorführt, ist ein Bastard zwischen Naumann und Rodbertus, angetan mit marxistischem Kostüm, der die Sprache der Kriegsjournalistik spricht und dem Proletariat zuredet, Vertrauen zur Regierung zu haben, die sich ihm immer mehr nähert und durch die Logik der Tatsachen gedrängt werde, „immer vorwiegender dem Proletariat zu dienen“.

Er kommt zu dem Schlusse:

„Die blosse Tatsache, dass, je entwickelter ein Proletariat war, desto näher seine Vertreter zur Staatsregierung getreten sind, gibt sehr zu denken. Also wäre der Grad der Staatsnähe und nicht der Grad der Staatsterne ein Merkmal der Klassenreife! Und das verwundert uns nach den Ergebnissen der vorangegangenen Studien durchaus nicht!“ (S. 379.)

Hier ist alle Beziehung auf den Klassenkampf aufgehoben. Das Verhältnis der Vertreter des Proletariats zur Staatsregierung wird hier nicht abhängig gemacht davon, in den Händen welcher Klasse diese Regierung ist, welche Klassenpolitik sie treibt. Keine Spur des Gedankens, dass die „Staatsferne“, das heisst die Opposition des Proletariats gegen die Regierung, an Schroffheit wachsen kann, wenn die Regierung immer kapitalistischer wird. Dass die Opposition am energischsten gerade dann sein kann, wenn sie dem Siege am nächsten ist, wenn die Bourgeoisie die verzweifeltsten Versuche macht, die Staatsgewalt zu behaupten.

Nein, der Staat ist für Renner etwas, das sich von selbst, in den Händen welcher Klasse immer die Staatsgewalt sein mag, notwendigerweise der Arbeiterklasse nähert, so dass es bloss ein Zeichen der Unreife des Proletariats bedeutet, wenn seine Vertreter der Staatsregierung nicht „näher treten“.

Renner ist nicht der einzige, der so denkt. Die Anschauungen, die er vertritt, sind in der Mehrheit jenes Teils der Deutschen Sozialdemokratie vorherrschend, auf dessen Seite sich die Inhaber des alten Parteiapparats stellten.

So weist Lensch in der „Glocke“ (24. November 1917, S. 287) darauf hin, dass er in seiner Schrift über „Das Ende und das Glück der Sozialdemokratie“ den gleichen Standpunkt vertrat. Er sagte dort:

„Wenn am 4. August die deutsche Sozialdemokratie aus Rücksicht auf ihr eigenes Interesse die Notwendigkeit des Staates anerkennen musste, so wird in Zukunft der Staat aus Rücksicht auf sein Interesse die Notwendigkeit der Sozialdemokratie anerkennen müssen.“

Das heisst, die Notwendigkeit derjenigen Art von Sozialdemokratie, zu der Lensch gehört. Er fährt fort:

„Und Renner, den Scheidemann in Würzburg den „trefflichen Renner“ nannte, drückt

den gleichen Gedanken mit den Worten aus: „Die Oekonomie dient immer ausschließlicher der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegender dem Proletariat.“ Und gewitzigt durch gewisse Erfahrungen, die man freilich nicht bloss in Oesterreich macht, fügt er hinzu: „Ich sehe schon die Vulgärmarxisten die Steine wider mich auflesen.“

Ja die Respektlosigkeit der frechen „Vulgärmarxisten“ geht noch weiter. Sie erlauben sich sogar, jene „trefflichen“ klassischen Marxisten ob ihres blinden, durch nichts gerechtfertigten Vertrauens zu ihren Regierungen direkt auszulachen.

5. Organisation und Sozialismus.

a) Organisation und Staat.

Nur eine Frage sei noch erörtert, und zwar deshalb, weil die Auffassung, die hier Renner vertritt, in weiten Kreisen geteilt wird.

Renner wiederholt die alte Auffassung, der Sozialismus sei das Gegenteil von „Individualismus“. Der Kapitalismus sei „individualistisch-anarchistisch“, der Sozialismus dagegen bedeute das Prinzip der Organisation. Auf S. 8 sagt er:

„Karl Marx hat jene individualistisch-anarchistische Wirtschaftsweise erforscht und beschrieben, um sie zu verneinen . . ., die kapitalistische Gesellschaft, wie sie Marx erlebt und beschrieben hat.“

Dagegen auf S. 30:

„Sozialismus in seiner rechtlichen Bestimmtheit ist Organisation und Verwaltung.“

Und auf S. 200 wird „die Arbeiterklasse die Mutter des Organisationsgedankens“ genannt.

In Wirklichkeit ist der Organisationsgedanke so alt, wie die Menschheit selbst. Die Menschen sind von Natur aus soziale Tiere, gesellschaftliches Zusammenwirken setzt aber Organisation voraus. Das heisst, dass bestimmte Mitglieder der Gesellschaft bestimmte Funktionen im Interesse der Gesamtheit übernehmen und vollziehen und dass eine Leitung da ist, die dieses Funktionieren einrichtet und überwacht. So wird eine gewisse Analogie einer Organisation von Menschen mit einem tierischen Organismus hergestellt, wobei die einzelnen tätigen Mitglieder die Glieder des Körpers und die leitenden Mitglieder sein Gehirn darstellen.

Renner drückt das etwas mystisch aus, wenn er vom Staate sagt:

„Hier nun hätte die Untersuchung einzusetzen, wie denn das Recht das Wunder vollbringt, aus Millionen Einzelmenschen gleichsam ein Individuum höherer Ordnung zu schaffen, was denn das Recht eigentlich sei und was denn der Staat, dieses sein Geschöpf und doch auch Schöpfer zugleich. Eine verjüngte und geläuterte Marxistenschule wird diese Antwort zu geben, wird uns von dem Fetisch des Rechtes zu befreien haben, der uns noch immer narret, und die Wirklichkeit des Rechtes aufhellen. Einst- weilen aber müssen wir uns mit einer Darstellung begnügen, die bloss auf einer Analogie zu beruhen scheint, aber dennoch zutrifft: Wir betrachten den Staat unter dem Bilde eines einzelnen Menschen, der, trotz seiner Vielköpfigkeit, denkt, fühlt und will wie ein physiologisches Individuum, und ebenso handelt, obschon mit unendlich gewaltigeren Mitteln.“ (S. 228.)

In Ermangelung jener verjüngten und geläuterten Marxistenschule erlaube ich mir zu bemerken, dass durch den „Fetisch des Rechtes“ nur „genarrt“ wird, wer vermeint, dass es „ein Wunder“ vollbringt und den Staat als ein Individuum schafft, das ebenso

denkt, fühlt, will und handelt wie ein physiologisches Individuum.

Der Staat denkt, fühlt und will ebenso sehr oder ebenso wenig wie irgendeine andere Organisation von Menschen, etwa eine Aktiengesellschaft oder eine Gewerkschaft. Sein Recht vollbringt kein grösseres Wunder als irgendein Organisationsstatut. Wer denkt und fühlt, will und handelt, das sind immer nur die Menschen, die Mitglieder des Staates oder der Aktiengesellschaft oder der Gewerkschaft, die ihr Recht oder ihr Organisationsstatut festsetzen und ihre Leitung bestimmen oder sie schon fertig vorfinden und dann entweder sich gefallen lassen oder umändern.

Darin liegt gar nichts Geheimnisvolles, kein Fetisch und kein Wunder. Und der Staat macht keine Ausnahme unter den Organisationen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, dass es keine Unterschiede unter ihnen gibt. Sie sind der mannigfachsten Art.

Schon ihr Alter unterscheidet sie. Die einen sind jüngsten Datums, oft unter unseren Augen, mitunter durch unsere eigene Tätigkeit entstanden. Nicht das geringste Mysterium haftet ihnen an. Andere sind aus der grauen Vorzeit überkommen, keine Zeugnisse geben uns die Umstände ihrer Begründung kund. Man kann sich diese so geheimnisvoll als möglich vorstellen. Die einen sind das bewusste Produkt der Tätigkeit einzelner Individuen, die anderen findet der Mensch der jetzigen Generation fertig vor, er wird in sie hineingeboren und durch sie von seinen frühesten Anfängen an bestimmt, ehe er noch die geringste Möglichkeit hat, auf sie bestimmend einzuwirken. So Staat, Kirche, auch Familie. Sie erscheinen nicht als sein Produkt, sondern er als das ihrige.

Die einen Organisationen werden zusammengehalten durch ausgeklügelte und schriftlich festgesetzte Regeln. Andere sind nach und nach von selbst aus den Verhältnissen erwachsen und werden durch Gefühle, Bedürfnisse, Instinkte, Gewohnheiten zusammengehalten, die meist die Form ethischer Kräfte annehmen.

Der Mensch ist eben von Natur aus, wie gesagt, ein soziales Tier. Schon seine tierischen Vorfahren müssen rudelweise zusammengelebt haben, werden, wie so viele andere Herdentiere, schon rohe Organisationen gebildet haben, in denen den einzelnen Mitgliedern gelegentlich bestimmte Funktionen der Leitung, des Wachdienstes, des Vorkampfes zufielen. Mit dem Aufkommen der Sprache erstand die Möglichkeit besserer Verständigung, die Möglichkeit, einzelne Funktionen planrässiger auszubilden, die Organisation straffer zu gestalten und deren Erfahrungen den Nachkommen zu überliefern. Mit der Schrift wurde dann die Möglichkeit gewonnen, die organisatorischen Regelungen oder Gesetze nicht nur dauernd und genau festzulegen, sondern auch den Umfang, für den sie galten, über den Kreis hinaus zu erweitern, der durch mündliche Verständigung erreichbar war.

Bei alledem spielen aber bis heute in jeder Organisation die gefühlsmässigen Bindemittel, die sogenannten Imponderabilien, eine wichtige Rolle, mag auch die organisatorische Regelung durch schriftliche Gesetze und Statuten noch so sehr ausgebildet, und mag auch die Schaffung und die Anwendung der Gesetze noch so sehr besonderen Körperschaften zugewiesen sein. Das gilt nicht nur für überkommene Organisationen, wie Staat und Kirche, sondern auch für ganz neue, zu unserer Zeit begründete. Die Begeisterung für die proletarische Sache und das Vertrauen zu unseren Vorkämpfern, namentlich zu Bebel und Liebknecht, hat die Organisation der sozialdemokratischen Partei fester zusammengehalten und ihr mehr Kraft verliehen als alle Paragraphen des Parteistatuts.

Immerhin gibt es auf diesem Gebiete gewaltige Unterschiede. Die Extreme bilden auf der einen Seite Organisationen, bei denen der Buchstabe des Gesetzes oder des Statuts fast ausschliesslich entscheidet, wie zum Beispiel Aktiengesellschaften, und auf der anderen Organisationen, die fast nur durch Bedürfnisse, Gefühle, Sitten und Gewohnheiten zusammengehalten werden, wie etwa eine Familie.

Die Unterschiede, die zwischen den Organisationen in Bezug auf ihre Grosse, ihre Macht sowie ihre Wichtigkeit bestehen, liegen auf der Hand. Die Mitgliedschaft bei einem Kegelklub ist ohne alle Bedeutung für das Individuum. Dagegen war es im Mittelalter unmöglich, ausserhalb der Kirche zu leben; die Exkommunikation, der Ausschluss aus der Kirche, bedeutete dort, wo er tatsächlich durchgeführt wurde, die Abschneidung von allen Lebensquellen. So ist heute die Organisation des Staates so umfassend und übermächtig, dass ein Leben ausserhalb des Staates unmöglich ist. Man mag wohl durch Auswanderung dem einen Staat entgehen, aber das ist nicht zu erreichen, ohne dass man von einem anderen aufgenommen wird.

Indes so unendlich hoch auch an Machtfülle und Unentrinnbarkeit der Staat über einem Kegelklub steht, er ist doch, gleich diesem, nur eine Organisation von Menschen, und wenn man von ihm sagen wollte, dass er „denkt, fühlt und will wie ein physiologisches Individuum und ebenso handelt“, müsste man das gleiche auch von einem Kegelklub sagen können.

Endlich sei noch ein wichtiger Unterschied unter den Organisationen erwähnt, der auftritt, nachdem sich in der Gesellschaft Unterschiede und Gegensätze von Klassen gebildet haben.

Die einen Organisationen umfassen nur Mitglieder, die alle der gleichen Klasse angehören, die anderen umfassen Mitglieder verschiedener Klassen.

Eine Organisation der ersteren Art, in der nur eine Klasse vertreten ist, etwa nur Kaufleute oder Handwerker oder Grundbesitzer etc., dient stets dazu, die Kraft dieser Klasse zu vermehren, einerlei, ob es eine ausbeutende oder eine arbeitende Klasse ist.

Nicht so einfach liegt die Sache in einer Organisation, die Mitglieder verschiedener Klassen enthält. In manchen dieser Organisationen befindet sich die Leitung von vornherein in den Händen der Ausbeuter. Die Kraft, die aus der Organisation hervorgeht, wird dort direkt zu einer Kraft, die den Ausbeutern zugute kommt. In der Organisation und durch die Organisation wird ja die Macht der Ausbeutung verstärkt. Als ein Beispiel einer derartigen Organisation dient eine kapitalistische Fabrik. Ein anderes Beispiel bietet ein Staat, der dadurch entsteht, dass ein kriegerischer Stamm «in fremdes Gebiet erobert, dessen ebenso friedliche wie fleissige Bevölkerung unterjocht, expropriert und in seinen Dienst zwingt.

Zu dem gleichen Resultat, aber auf einem Umweg, kommt eine aus Mitgliedern verschiedener Klassen zusammengesetzte Organisation, in der die Leitung nicht von vornherein in Händen der Ausbeuter liegt, sondern demokratisch von der Gesamtheit, also auch den Ausgebeuteten besetzt wird. Den Mitgliedern aus gesellschaftlich begünstigten Klassen, die ein Monopol entweder auf die Machtmittel des Krieges oder der Intelligenz oder der Produktion (die Produktionsmittel, vor allem Grund und Boden) besitzen, wird es in einer solchen Organisation durch ihre bevorzugte Stellung fast stets früher oder später gelingen, deren Leitung in die Hand zu bekommen und durch sie die Machtmittel der Organisation in Machtmittel der eigenen, ausbeutenden Klasse zu

verwandeln, ihrer sozialen Position neue, kräftige Stützen zu geben. So wird aus der Leitung eine Herrschaft, aus der Organisation eine Herrschaftsorganisation, ein Mittel, Unterdrückung und Ausbeutung zu sichern und zu verlängern.

Gar manche in ihrem Ursprung demokratische Kirche, gar manche demokratische Produktivgenossenschaft ist so im Lauf der Entwicklung durch das Wirken von Klassenunterschieden zu einer Herrschaftsinstitution geworden. Und so auch manches Gemeinwesen primitiver Demokratie zu einem Ausbeuterstaat.

Nun ist auch der umgekehrte Fall möglich. In einer derartigen Organisation kann die ausgebeutete Klasse an Zahl, an Intelligenz, an Zusammenhang so erstarken, dass es ihr gelingt, die Leitung und die Verfügung über die Machtmittel der Organisation zu erobern.

Aber das vermag kein dauernder Zustand zu bleiben. Die ausgebeutete Klasse kann nicht die Organisation beherrschen, ohne sie nun ihrerseits zu einem Werkzeug ihrer Klasseninteressen zu gestalten, also sie zu benutzen, die Ausbeutung und die gesellschaftlich bevorzugte Stellung der Ausbeuterklasse, ihr Monopol auf Besitz, Bildung oder Waffen zu bekämpfen und ihm innerhalb, des Bereiches der Organisation ein Ende zu machen. Gelingt ihr das nicht, sind die gesellschaftlichen Bedingungen dazu nicht gegeben, die in letzter Linie in den Produktionsverhältnissen begründet sind, dann wird über kurz oder lang die gesellschaftlich bevorzugte Klasse auch wieder die Organisation beherrschen.

Organisationen, die mehrere Klassen umfassen, sind also in der Regel Herrschaftsorganisationen der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse begünstigten Klassen.

Die machtvollste und umfassendste Organisation dieser Art ist 'der Staat' geworden. Diese Machtstellung und Grösse ist dasjenige, was ihn von anderen Organisationen unterscheidet.

Es ist ein Unterschied des Grades, nicht des Wesens. Im Mittelalter war die grösste und mächtigste Organisation die Kirche. Die gewaltigsten und erbittertsten Kämpfe wurden bei seinem Ausgang daher um den Besitz der Kirchengewalt ausgekämpft, ebenso wie heute um den Besitz der Staatsgewalt gerungen wird. Es wird jedoch niemand einfallen zu behaupten:

„Die blosse Tatsache, dass, je grösser das Interesse an der Reformation war, desto näher ihre Vertreter zum Papsttum getreten sind, gibt zu denken.“

Renner stellt diese Behauptung auf, nur spricht er nicht vom Verhältnis der Reformation zum Papsttum, sondern von dem der Vertreter des Proletariats zur Staatsregierung.

b) Organisation und Krieg.

Je mehr sich die Gesellschaft entwickelt, desto zahlreicher und mannigfacher die Organisationen in ihrer Mitte, desto grösser aber auch der Antrieb zur Organisation.

Es ist klar, dass die Menschen nicht für alle Zwecke und unter allen Umständen einer festen und strammen Organisation bedürfen. Sie brauchen sie am wenigsten dort, wo es sich um nichts Ernsthaftes handelt, zum Spiel, sie brauchen sie am meisten dort, wo es auf Leben und Tod geht, im Kampfe. Sie brauchen sie nicht dort, wo nur wenige

Individuen zusammenwirken, die sich leicht verständigen können und wo Zeit ist, sich zu verständigen oder die Alltäglichkeit immer wieder die gleichen Verhältnisse bringt. Ganz anders dort, wo es gilt, grosse Massen zusammenzubringen, wo grosse Entscheidungen oft von der raschen Ausnutzung von Momenten abhängen, wo das Ueberraschende³ das Unerwartete, ja nicht selten das Unerhörte auf Schritt und Tritt droht.

In solchen Situationen wurde zuerst die Notwendigkeit einer festen Organisation unter einer allgemein anerkannten Leitung empfunden. Sie wurden am frühesten geschaffen durch den Krieg. *Der Krieg hat die ersten Massenorganisationen hervorgerufen*. Ein grosser Feldherr sein, hiess von jeher auch ein grosser Organisator sein, von Alexander und Cäsar an bis auf Napoleon.

Balzac lässt in seiner „Scenes de la vie privée“ (autre etude de la femme) einen russischen Fürsten sagen:

„Organisation ist ein Wort des (französischen) Kaiserreiches, es umfasst den ganzen Napoleon.“

Als erste Massenorganisation hat die kriegerische Organisation auch zuerst höhere Organisationsformen hervorgebracht.

In diesem Sinne ist es wohl aufzufassen, wenn in dem hinterlassenen Fragment, das ich als „Einleitung“ in der zweiten Neuauflage der „Kritik der politischen Oekonomie“ veröffentlichte, Marx sagt:

„Der Krieg ist früher ausgebildet wie der Frieden: „(Auszuführen wäre) die Art, wie durch den Krieg und in den Armeen u. s. w. Gewisse ökonomische Verhältnisse, wie Lohnarbeit, Maschinerie u. s. w. früher entwickelt (werden) als im Innern der bürgerlichen Gesellschaft. Auch das Verhältnis von Produktivkraft und Verkehrsverhältnissen wird besonders anschaulich in der Armee.“ (XLVI.)

Da nach dem bekannten Wort Gott stets auf Seite der stärkeren Bataillone stand, hat seit jeher in einem Kriege ein Gemeinwesen so grosse Massen aufzubieten gesucht, als seine Einwohnerzahl und die Verkehrsverhältnisse erlaubten. Stets waren die Massen, die im Kriege zu gemeinsamem Wirken zusammengeführt wurden, weit grösser als die Massen, die man in einem Werke des Friedens vereinigte. Das gilt auch jetzt wieder. Wer hätte je im Frieden daran gedacht, eine Arbeiterarmee von zehn Millionen Mann zu gemeinsamer Arbeit zu organisieren!

Je mehr die Technik in das Kriegswesen eindringt, desto mehr hängt der Sieg aber nicht bloss von der Masse und der Organisation der *Kämpfer*, sondern auch von der Masse der *Produkte* ab, die ihnen zugeführt werden, desto tiefer die Eingriffe des Krieges in den Produktionsprozess, desto grösser die Notwendigkeit der kriegführenden Staatsgewalt, auch in diesen Prozess organisierend einzugreifen.

Wäre der Sozialismus nichts wie staatliche Organisation und Verwaltung der Produktion, dann würde er durch nichts mehr gefördert als durch den Krieg und die Vorbereitung auf ihn. Je ungeheurer die Kriege, je rascher sie einander folgen, je umfassender das Wettrüsten, desto rascher bauen wir dann die Grundlagen des Sozialismus auf. Unser Grundsatz hätte sonach zu lauten: *durch Militarismus zum Sozialismus*.

Es hat in der Tat schon im Frieden Parteigenossen gegeben, die in der grossen Organisationsfähigkeit der deutschen Arbeiter und ihrer strammen Disziplin in Partei und Gewerkschaft eine Wirkung des deutschen Militarismus sahen. Darin steckt ein Körnchen Wahrheit. Allerdings waren es meist deutsche Sozialdemokraten, die gerade in dieser

Disziplin die wichtigste Ursache der von allen Seiten bis zum Kriege anerkannten Ueberlegenheit der deutschen Partei über die ausländischen Bruderparteien suchten. Andere meinten, jene Ueberlegenheit sei auf die marxistische Durchbildung und das rege theoretische Interesse des deutschen Proletariats zurückzuführen und nicht auf das, was französische Genossen respektlos als „Korporalsgeist“ oder „Gesinnung des Gamaschenknopfs“ (caporalisme) bezeichneten.

Als dann der Krieg ausbrach, wurde er von deutschen Sozialdemokraten als ein Gottesgericht hingestellt, in dem die bessere Sache, die Sache des Sozialismus, siegen müsse, denn der Sieg gehöre der besseren Organisation.

Auch Renner verfiel diesen Gedanken. Wir haben von ihm oben schon den Satz zitiert, in dem er sich für die „kriegerische Auslese“ begeistert, die in der Art wirkt:

„Dass diejenige Macht, die sich als die *stärkste Organisation* (im Kriege, K.) erweist, auch durch die Geschichte zum *grössten Organisationswerk* berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird, die Richterin, Walterin und Rechtsschöpferin der Völker.“ (S. 278.)

So verkündet er im Namen des Sozialismus die Weltherrschaft desjenigen Staates, dessen Militarismus sich als der stärkste erweist.

Er steht nicht allein mit diesem Gedanken da. Man höre zum Beispiel Lensch, der uns auseinandersetzt, dass sich „in diesem Kriege die deutsche Revolution vollzieht“ durch den Sieg der deutschen Armeen. Denn in England und Frankreich herrscht die Bourgeoisie und mit ihr der „Individualismus“ und die „Atomisierung“ der Gesellschaft:

„Das heutige Deutschland dagegen vertritt ein geschichtlich vorgeschrittenes Gesellschaftsprinzip: das der sozialen Organisation . . .“

„In Deutschland erstarkte jenes Prinzip, dessen belebende Kraft ihm jetzt die Möglichkeit gibt, den Weltkrieg gegen die grössten Land- und Seemächte, die unser Planet je gesehen, siegreich durchzuhalten: das Prinzip der Organisation.“

Daher siegt mit den deutschen Armeen auch das deutsche Proletariat, denn ganz so wie Renner behauptet auch Lensch:

„Die Arbeiterklasse ist die geschichtliche Vertreterin des Organisationsprinzips.“

Dabei hat das deutsche Proletariat noch das besondere Glück, dass der preussische Militarismus der Träger des gleichen Prinzips ist:

„Es gelang in Preussen der Staatsverwaltung, im Gegensatz zu England und Frankreich, eine über den Klassen schwebende Stellung zu bewahren und das Prinzip der Organisation, das *ihre besondere Eigenheit darstellte*, jetzt mit voller Kraft auf eine erstarkte, kapitalistische Gesellschaft anzuwenden.“

So gab es zwischen dem Proletariat und der preussischen Regierung eine „gewisse entwicklungstechnische Verwandtschaft“, die leider von beiden Seiten nicht recht begriffen wurde, bis der Weltkrieg alle trennenden Missverständnisse beseitigte:

„Trotz aller Arbeiterfeindschaft hat in keinem Lande der Welt die Arbeiterklasse in kurzen Jahren eine derartige Stellung im öffentlichen Leben sich errungen wie in Deutschland. Hier, wo alles aufgebaut war auf der rationellen Organisation, musste auch die Klasse schnell zur Bedeutung kommen, die ihrer ganzen sozialen Struktur nach der spezifische Träger des Organisationsgedankens ist.“ (Vorwort zu „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“, datiert vom Mai 1916.)

Nichts irriger als die Auffassung, dass die Arbeiterklasse „der spezifische Träger des Organisationsgedankens“ sei. Dass diese Renner-Lensch'sche Auffassung nicht original, sondern eine sehr alte Ueberlieferung ist, macht sie nicht richtiger.

Dass die Arbeiterklasse nicht der besondere Träger des Organisationsgedankens

ist, haben wir bereits gesehen. Lensch widerspricht sich ja schon selbst, wenn er in einem Atem die preussische Staatsverwaltung zum Träger des gleichen Gedankens macht. Und er weiss auch ganz gut, woher diese „Verwandtschaft“ rührt. Er selbst unterstreicht in seinem Buche den Satz:

Die gleiche Ursache, die aus Preussen ‚den Militärstaat‘ machte, machte ihn auch zum ‚Staat der Organisation‘.“ (S. 150.)

c) Organisation und Kapital.

Ebenso falsch wie der Satz: die Arbeiterklasse sei der besondere Träger des Organisationsgedankens, ist auch der andere Satz, dass die Kapitalistenklasse der spezifische Träger des „Individualismus“, „Atomismus“ und „Anarchismus“ sei. Für diese Auffassung spricht nichts als der äussere Schein. Der freilich so sehr, dass sie allgemein akzeptiert wurde. Alle Welt betrachtet den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus als einen Gegensatz zwischen Individualismus und Organisation. Marx und Engels haben den Gegensatz jedoch nie so gefasst.

Der falsche Schein rührt zum grössten Teil daher, dass die Klasse der industriellen Kapitalisten nicht aufkommen konnte ohne Zerreissung der Fesseln des Feudalwesens, des Zunftzwangs, des bürokratischen Absolutismus. Hängt aber an den damals gewonnenen Freiheiten nicht heute noch das sozialistische Proletariat? Ja ist es nicht ihr eifrigster Hüter geworden, weit eifriger, als die Kapitalistenklasse selbst? Hängt es doch nicht bloss an den politischen Freiheiten, sondern auch an den ökonomischen, der Koalitionsfreiheit, der Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, dem Freihandel. Ist dadurch das Proletariat „individualistisch“ und „atomistisch“ geworden?

Die Herbeiführung dieser Freiheiten bedeutete keineswegs die „Atomisierung“ der Gesellschaft, sondern eröffnete nur die Möglichkeit, neue Organisationen an Stelle der alten zu schaffen.

Nichts verkehrter, als wenn Renner uns erzählt:

„Nach den Dekreten des 4. August, nach diesem Höhepunkt der französischen Revolution, mochten die freien Bürger auf den Plätzen von Paris glücklich tanzen: sie waren frei als Personen, waren unbeschränkte Eigentümer und frei zirkulierten die Waren auf allen Märkten (oder sollten es wenigstens!) — die kapitalistische Produktionsweise mochte sich entfalten. An dem Tage aber, wo das Proletariat in diesem Staate zur Herrschaft kommt, *beginnt nicht der Tanz, sondern die Arbeit.*“ (S. 24.)

Also der Kapitalismus kündigte sich mit Tanz an; wenn dagegen das Proletariat zur Herrschaft kommt, dann „beginnt die Arbeit“, dann wird also noch mehr geschuftet werden müssen, als unter dem Regime der Kapitalisten. Bisher meinten wir, der Kapitalismus habe über das Proletariat unendliche Arbeitsqual verhängt, der Sozialismus werde ihm Musse und Tanz bringen.

Wahrscheinlich hat sich Renner hier, wie so oft in seinem Buche, nur schief ausgedrückt. Er wollte bloss sagen: nach der bürgerlichen Revolution mochte jeder tun; was er wollte, es war nicht nötig, eine neue organisatorische Regelung einzuführen. Wenn wir ans Ruder kommen, beginnt die Arbeit der Neuorganisation.

So mag's leidlich scheinen, aber auch so ist's falsch.

Nach dem 4. August 1789 begann für die Gesetzgeber und Politiker des

revolutionären Frankreich nicht eine Zeit des Müsigganges, die sie fröhlichem Tanz widmen konnten, sondern eine Zeit mühevoller Arbeit der völligen Neuorganisation des Staates und des bürgerlichen Verkehrs. Es begann der Kampf um die Staatsverfassung, die sich mit der Erklärung der Menschenrechte nicht erschöpfte, es begann die Neuordnung des gesamten Unterrichtswesens und des Verkehrswesens sowie des Rechtes, alles sehr mühevollen organisatorischen Arbeiten, die bis heute ihre Früchte tragen. Weit entfernt, den einzelnen ganz seinem Belieben zu überlassen, wurde sogar im Interesse der Gleichheit manche Last gleich verteilt, von der bis dahin viele freigeblieben waren, also vielen Individuen Freiheiten genommen, die sie besaßen. So ist der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht ein Kind der bürgerlichen Revolution. Wie verträgt sich der mit „Individualismus“ und „Atomismus“?

Aber freilich, viel wichtiger als die *staatliche* Organisationsarbeit wurde durch die Revolution die *private* Arbeit dieser Art, die der bürokratische Absolutismus gänzlich unterbunden hatte. Wenn man nur die bürokratische Organisationsarbeit des Staates als Organisation betrachtet und jede private Organisation als Individualismus und Atomismus, dann allerdings wurde das Gebiet der Organisationsarbeit durch die Revolution etwas eingeschränkt. Für die meisten Beobachter dieser wie mancher anderen Zeit existiert nur das, was in den öffentlichen Akten des Staates steht. Und die verzeichnen natürlich die private Organisationsarbeit um so weniger, je grösser die Freiheit des Organisierens. Aber nichts irriger als zu schliessen, dass diese Freiheit nicht benutzt wurde.

Die Zahl der Vereine wurde jetzt Legion, sowohl ökonomischer wie politischer und wissenschaftlicher, künstlerischer, geselliger. Kaum ein erwachsenes, selbständiges Individuum, das nicht einer Organisation angehört, viele sogar mehreren. Es wuchsen die politischen Parteien — der Jakobinerklub war eine gewaltige Organisation und in ihr wurde nicht getanzt.

Vor allem aber wuchsen nun die ökonomischen Organisationen der Produktion, die Fabriken, die an Stelle des „Individualismus“ und „Atomismus“ des selbständigen Heimarbeiters und des nicht zünftigen Handwerkers — und deren gab es viele schon vor der Revolution — das planmässige Zusammenarbeiten vieler Lohnarbeiter in einer gemeinsamen Arbeitsstätte setzten. Für die Lohnarbeiter bedeutete das keineswegs den Tanz freier Personen und unbeschränkter Eigentümer, sondern die Fesselung in die härteste Fronarbeit.

Nach aussen hin nahm dieser Prozess aber trotzdem den Anschein der Atomisierung und Individualisierung an, weil die Leiter dieser Organisationen, die Fabrikanten, keine Störung dulden wollten und ungemessene Freiheit für sich — angeblich freilich auch für ihre Lohnsklaven — verlangten.

Die Arbeitersehtzgesetze wurden bekämpft im Namen der Freiheit des Individuums, sie bedeuteten aber in Wirklichkeit Regelungen nicht für vereinzelte Individuen, sondern für bestehende, oft sehr umfangreiche Organisationen, die Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen etc., deren Mitglieder dadurch erhöhte individuelle Freiheit, längere freie Zeit erhielten, über die sie nach Belieben verfügen durften, in der sie tanzen mochten, wenn es ihnen behagte.

Die „individualistischen“ Fabrikanten waren es, die mit der Organisation der Arbeiter begannen — allerdings nicht in Klassenorganisationen, sondern Herrschaftsorganisationen, die von den Kapitalisten geleitet wurden.

Es ist eine ganz verkehrte Vorstellung, zu glauben, die organisatorische Tätigkeit des Kapitals beginne erst mit der Bildung von Kapitalistengesellschaften. Der einzelne Kapitalist ist von Anfang an organisatorisch tätig, sobald er in die Industrie eingreift. Schon die Tätigkeit des Verlegers, der Heimarbeiter von sich abhängig macht, ist eine organisatorische, dann erst recht die Tätigkeit des industriellen Unternehmers in der Manufaktur oder der Fabrik. Ebenso die Tätigkeit des Bankiers, sobald er in regelmässige Verbindung mit der Industrie gelangt. Ob es ein einzelner Kapitalist oder eine Verbindung von Kapitalisten ist, die diese Organisationstätigkeit betreibt, ist zunächst nicht entscheidend. Nicht davon hängt die organisatorische Tätigkeit ab, sondern von der Grosse des Betriebes oder der Kundschaft. Der industrielle Kapitalismus beruht von vornherein auf Massenverkehr und Massenproduktion und daher auf Organisation. Nicht Kapitalisten, sondern Kleinbürger, Heimarbeiter und Intellektuelle neigen am meisten zum „Individualismus“ und zur „Atomisierung“ des „Anarchismus“. Die Form der Aktiengesellschaft hat für die industrielle Organisation nur die Bedeutung, dass sie die Ausdehnung der Betriebe und ihren Zusammenschluss erleichtert und beschleunigt und damit die organisatorische Tätigkeit des Kapitals erweitert, die in den Kartellen und Trusts und den großen Zentralbanken bisher ihren Höhepunkt fand.

Bei dieser Entwicklung gewinnt das industrielle Kapital aber auch wachsenden Einfluss auf die Staatsgewalt."

Wohl ist der Staat eine Herrschaftsorganisation ebenso wie die kapitalistische Fabrik. Aber die letztere kennt nur *ein* Herrschaftsverhältnis und nur *einen* Herrn. Ein Staat ist ein viel komplizierteres und viel umfangreicheres Gebilde als eine Fabrik. Wenn in dieser sich bloss der Fabrikant und seine Lohnarbeiter gegenüberstehen, er als Autokrat und sie als rechtlose Werkzeuge der Profiterzeugung, so findet im Staat der Fabrikant neben sich noch andere ökonomisch oder gesellschaftlich bevorzugte Klassen, Grundbesitzer, Finanzleute, Händler, Offiziere, Kleriker etc., die alle an der bestehenden Gesellschaftsordnung interessiert sind, alle vom Mehrwert leben, aber nicht direkt am *industriellen* Profit interessiert sein müssen und höher als dessen momentane Grösse die ungestörte Fortdauer der bestehenden Ordnung schätzen. Unter diesen Klassen gab es oft scharfe Gegensätze, die es dann auch den arbeitenden Klassen, Bauern, Handwerkern, Lohnarbeitern erlaubten, Einfluss auf die Staatsmaschinerie zu gewinnen.

Das alles nimmt dem Staat noch nicht seinen Charakter als Herrschaftsorganisation. Aber er ist eine andere Art dieser Organisation als die Fabrik. Er ist nicht eine blosser Herrschaftsorganisation der Fabrikanten allein. So vermochte das staatliche Eingreifen in die Fabrikorganisation die Allmacht des Fabrikanten zugunsten der Arbeiter etwas dort zu beschränken, wo deren Ausbeutung Formen annahm, die den Fortbestand der Arbeiterklasse und damit der ganzen Gesellschaft bedrohten.

Darüber ist der Arbeiterschutz eines bürgerlichen Staates noch nirgends hinausgegangen.

Die Gegensätze innerhalb der besitzenden Klassen, durch die ebenso wie durch den Druck der Arbeiterklasse der Arbeiterschutz gefördert wurde, haben in den letzten Jahrzehnten sich nicht verschärft, sondern vermindert. Die grössten industriellen Kapitalisten sind mit den Bankmagnaten zum Finanzkapital vereinigt und mit dem grossen Grundeigentum versippt und verschwägert.

Die Folge ist wachsende Macht der grossen Kapitalisten im Staate. Damit ändert sich ihre Stellung ihm gegenüber. Ehedem standen sie ihm misstrauisch, ja feindselig

gegenüber, wenn er mehr sein wollte als Nachtwächter, Heute sind sie seiner sicher und benützen ihn als wirksames Werkzeug der Profitwirtschaft. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass es diese Wandlung ist, die Renner als „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ erscheint.

Irgendein neues Prinzip wird mit dem wachsenden Einfluss des Großkapitals im Staate und des Staates im Wirtschaftsleben in keiner Weise in die kapitalistische Wirtschaft hineingetragen, da diese, wie nochmals betont sei, von Anfang nicht auf dem Individualismus, sondern auf der Organisation von Massen beruht — ebenso wie der Militarismus. Der Staatskapitalismus bereitet dem Militarismus den Weg und umgekehrt. In diesem Sinne, aber auch nur in diesem, ist die Kriegswirtschaft allerdings die blosser Fortsetzung dessen, was die Friedenswirtschaft angebahnt hat. In jedem anderen Sinne bedeutet jedoch die eine das gerade Gegenteil der anderen.

d) Organisation und Klassenkampf.

Organisation ist also das Prinzip nicht bloss der Arbeiterklasse und des Sozialismus, sondern auch des Militarismus und des Kapitalismus. Die grosse Frage, die in unserer Zeit zur Entscheidung steht, ist, nicht die, *ob Individualismus oder Organisation*, sondern die, *ob die Gesellschaft organisiert werden soll durch Militarismus und Kapitalismus oder durch das Proletariat*.

Wenn man sich als Marxist bekennt, darf man vor allem die Grundlage nicht außer acht lassen, auf der sich der Sozialismus aufbaut: *den Klassenkampf*.

Wir Sozialdemokraten sind die Partei des Proletariats.

Einerlei, ob wir selbst alle Proletarier sind oder nicht, unser aller grosses Ziel ist die Befreiung des Proletariats und damit des gesamten geknechteten Teiles der Menschheit.

Die Organisation ist uns nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu diesem Ziele. Nicht die Organisation „an sich“, nicht jede wirtschaftliche Organisation ist von uns zu fördern, sondern nur jene Organisationen, die die ökonomische, politische, intellektuelle, moralische Kraft und Selbständigkeit des Proletariats fördern.

Organisationen gegnerischer Klassen sind zu bekämpfen.

Sie mögen den „Organisationsgedanken“ noch so sehr fördern, sie stärken nur die Feinde des Proletariats, hemmen seinen Emanzipationskampf. Nichts verkehrter zum Beispiel als die oft geäusserte Ansicht, Genossenschaften von Agrariern seien ein Fortschritt zum Sozialismus, denn dieser bedeute doch „Genossenschaftlichkeit“. Der Sozialismus bedeutet nur die Genossenschaftlichkeit von Arbeitern und nicht die von Ausbeutern.

Und was von unserer Stellung zur Organisation überhaupt gilt, trifft auch für die besondere Organisation, den Staat zu. Ebenso wenig wie gegenüber der Organisation „an sich“ nehmen wir gegenüber dem „Staat an sich“ eine bestimmte Stellung ein. Wie bei der Organisation, hängt sie beim Staat davon ab, in den Händen welcher Klasse er ist, welchen Interessen er dient, welche Politik er treibt.

Ebenso wenig wie jede wirtschaftliche Organisation ist uns jede Art Staatswirtschaft von vornherein „Sozialismus“.

Im Gegenteil. Der Staat ist eine Herrschaftsorganisation und von vornherein in der Regel eine Organisation in den Händen der ausbeutenden Klassen. Nur unter besonderen Verhältnissen kann er in die Hände der ausgebeuteten Klassen gelangen, und nur dort, wo dies gelungen, vermag er zum mächtigsten Werkzeug ihrer Emanzipation zu werden.

Wo dies nicht der Fall, ist die Staatsgewalt ein Werkzeug ihrer Unterdrückung und aufs schärfste zu bekämpfen.

Wohl sind die herrschenden Klassen im Staate sehr oft nicht einig, sondern stehen untereinander im Kampfe. Das Proletariat täte sehr unrecht, bei diesen Kämpfen abseits zu stehen, statt in sie einzugreifen. Es mag dabei sehr wohl einmal die eine oder die andere Seite unterstützen, aber es hüte sich davor, jemals seine Selbständigkeit aufzugeben oder Vertrauen 'zu einer der bürgerlichen Parteien zu fassen. Es muss sich stets des Marxschen Wortes bewusst sein, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann.

Wohl vermag eine sozialistische Partei in einem modernen Staate Einfluss schon zu gewinnen, ehe das Proletariat die ganze politische Macht erobert hat. Sie kann früher schon politische Macht üben und soll trachten, sie üben zu können.

Sie darf aber nie vergessen, dass ihre Macht auf der Kraft des Proletariats beruht, seiner Geschlossenheit und dem Vertrauen, das es ihr entgegenbringt, und nicht auf dem Vertrauen bürgerlicher Parteien und Regierungen.

Das Proletariat ist heute in jedem modernen Staate so zahlreich und stark geworden, dass jede politische Partei einer Anhängerschaft aus seinen Reihen bedarf, eine jede mit der Sozialdemokratie um die Seelen der Proletarier ringen muss.

Das kann keine Partei, ohne dem Proletariat Versprechungen und auch wirkliche Konzessionen zu machen. So weit die ersteren gehen mögen, die letzteren werden stets geringfügig und ungenügend sein, weil sie das bürgerliche Interesse nicht verletzen dürfen.

Durch nichts kann die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien und die Regierungen auf der Bahn der Konzessionen weiter treiben als durch rücksichtslose Kritik an diesen Konzessionen. Durch nichts wird sie das Vertrauen des Proletariats besser erringen, als durch solche Kritik, durch schärfste Opposition.

Sie arbeitet am positivsten als Oppositionspartei, fördert als solche am besten die praktischen Interessen des Proletariats und ihre eigene Machtstellung. In dem einen wie in dem anderen Sinne wirkt sie als Oppositionspartei auch dadurch, dass unter einem bürgerlichen Regime die Oppositionsstellung die einzige ist, die es ermöglicht, den gesamten kampffähigen und kampfesfrohen Teil des Proletariats in einer geschlossenen Organisation dauernd zusammenzuhalten und ihm dadurch die grösste Kraft zu verleihen, die es zu entfalten imstande ist.

Ja, Organisation ist das Prinzip der Arbeiterklasse. Aber nicht Organisation überhaupt, sondern *proletarische Organisation*. Und die *geschlossene Organisation* ist seine beste Waffe — *jedoch eine Waffe nur zum Kampfe*. Nicht aber frommt ihm der Zusammenschluss, um einhellig einem Rattenfänger von Hameln zu folgen der im das Liedlein von der arbeiterfreundlichen Staatsgewalt vorpfeift, die immer mehr darauf bedacht sei, im Gegensatz zum Kapital dem Proletariat zu dienen, und der es durch diese schöne Melodie von der „Staatsferne“ in die „Staatsnähe“ verlocken, das heisst, aus einer Partei der Opposition in eine Regierungspartei — aber noch lange nicht in eine regierende Partei — verwandeln will.

Diese Melodie hat die Deutsche Sozialdemokratie gesprengt, einen grossen Teil von ihr entmannt, sie praktisch in einer Epoche gewaltigster Entscheidungen auf das höchste geschwächt. Es ist die Melodie vom 4. August.

Wie gut theoretisch begründet diese Politik ist, hat der Leser jetzt gesehen. Ich

hoffe, das hier Gesagte genügt, die Rennersche Arbeit und damit die Grundlagen der Politik des 4. August zu kennzeichnen.

Wohl wäre noch viel über das Buch und seinen Inhalt zu sagen, da es fast alle grundlegenden Fragen unserer Theorie und Praxis behandelt, und alle in einer Weise, die zu lebhaftem Widerspruch herausfordern.

Aber sie alle erledigen wollen, hiesse eine Bibliothek schreiben, denn eine irige Behauptung vorzubringen, dazu genügen oft zwei Zeilen, während zu ihrer Richtigstellung vielleicht nicht einmal zwanzig Seiten ausreichen.

Eine so erschöpfende Erörterung darf man dem Leser in einer Epoche erregtester Aktualität nicht zumuten. Die Zeit des Versenkens in theoretische Studien ist noch nicht wiedergekommen.

Handelte es sich nicht um das sachliche Interesse an den hier erörterten Fragen, dann hätte ich mich sogar noch kürzer fassen können, denn lebendige Kraft wird das Rennersche Buch nicht erlangen. Es wird unfruchtbar bleiben für unsere *Theorie*, die nur durch Forschungen und nicht durch Entrüstung über den Mangel an Forschungen der anderen, die Hindurch gut begründete und nicht durch vorläufige Antworten gefördert werden kann. Es wird aber auch unfruchtbar bleiben für unsere *Praxis* und Bedeutung höchstens behalten als Kuriosum, das der Generation nach dem Kriege als eines der Exempel der Verwüstungen, die er in so vielen Köpfen und selbst höchst scharfsinnigen angerichtet hat, noch gezeigt werden wird, wenn die noch größeren Verwüstungen dieser Art vergessen sind, die wir in so vielen unserer Organe der Sozialistischen Tagespresse schauernd miterlebten.

Auf die Praxis des Proletariats wird Renner's Werk ohne dauernden Einfluss bleiben, weil die Voraussetzungen, von denen es ausgeht, mit dem Kriege schwinden, und nicht minder die Erwartungen, denen es Ausdruck gibt. Ja heute schon, während noch der Krieg tobt, der Kriegszustand uns umfängt, die Kriegswirtschaft alle ökonomischen Gesetze in ihre Gegenteil verkehrt, beginnen die Klassengegensätze und Klassenkämpfe sich immer ungestümmer geltend zu machen, Vorboten dessen, was der Abschluss des Krieges bringen wird. Die „Staatsferne“, das heisst die Opposition des Proletariats, wächst rapid und wird so lange wachsen, bis sie nicht durch „Annäherung“ an die Staatsregierung, sondern durch deren Eroberung überwunden ist.

Das war die Auffassung des Kommunistischen Manifests.

Es war die Auffassung der Marxisten bis zum Kriege. Dieser hat nichts daran geändert.

Wir bleiben, was wir waren: die Partei des unversöhnlichen Klassenkampfes.